

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Auslieferung Sonntag. Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Verlags-Zentral-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1878.

#### Die Interfons-Gebühr

Betrifft für die sechsgrößten Kolonialgebiete oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 10 Pf. (gültig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen bis erste Seite 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. August 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Militärdiktatur im Reichslande.

Von einem Lothringer wird uns geschrieben:

O nein! Die Männlein der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ brauchen nicht rasselnd ihre Dementiersprüche in Bewegung zu setzen. Es handelt sich hier nicht um die Enthüllung eines künftigen Staatsstreikplanes, der die elsäss-lothringische Verfassung „in Scherben schlagen“ und die beiden Gaue mit Bajonetten regieren will, sondern um eine Militärdiktatur, die zwar nicht auf dem Papier, aber in den Tatsachen längst existiert und der die bürgerliche Bevölkerung Elsäß-Lothringens schuldlos preisgegeben zu sein scheint.

Was vor wenigen Tagen eine Kriegsgerichtsverhandlung in Reß von dieser brutalen Militärdiktatur aus Tageslicht gebracht hat, stellt wirklich vieles schon Dagewesene bei weitem in den Schatten. Ein friedlicher Kaufmann, nicht einmal ein Eingeborener, sondern ein Rheinländer, noch dazu Unteroffizier der Landwehr, gerät eines Tages ohne sein Verschulden in einer engen Straße von Reß zwischen zwei aneinander vorbeimarschierenden Militärabteilungen, die zum Teil wegen Platzmangels auf dem Fahrdamm den Bürgersteig überschwemmen. Während er sich aus dem Gedränge herauswinden will, erhält er mit einem Kommissstiefel einen so kräftigen Fußtritt ins Gesäß, daß er zusammenknickt. Dieser Rheinländer scheint nun doch nicht die rechte Ehrsurat vor dem Wesen des preussisch-deutschen Militärstaats befehlen zu haben, denn statt sich bescheiden mit den erhaltenen Wunden und Knien nach Hause zu trollen, wendet er sich, als ihn ein Soldat mit dem Zuruf: „Verfluchter Schangel, mach Dich weg!“ abermals mit einem Tritt weiter befördert, an den die Abteilung führenden Unteroffiziere mit den Worten: „Herr Sergeant, Ihr Flügelmann hat mich getreten, ich bitte, seinen Namen festzustellen!“ Aber da kommt der Zivilist schon an. „Du Wades“, brüllt der Sergeant, „mach, daß Du wegkommst, sonst schlage ich Dir ins Genick!“ und schon haut er dem Verdugten eine Ohrfeige runter. Zwei Offiziere, die nun angegangen werden, nehmen für das Militär Partei und empfehlen dem Sergeanten, den Kaufmann zu arrelieren, falls er die Truppe weiter „belästigen“ sollte. So weit die Straßenszene. Mit vieler Mühe wußte es der Mißhandelte zu erreichen, daß ein Verfahren eingeleitet wurde und hatte jetzt die „Benützung“, den tretenden Musketier zu acht, den schlagenden Sergeanten zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt zu sehen. Er kann sich aber Glück wünschen, mit Tritten, Schlägen und Beleidigungen billig davongekommen zu sein, denn er mußte von einem der als Zeugen vernommenen Soldaten hören, daß der Hauptmann sie wegen Mangel an Schneid angeranzelt hatte: sie hätten das Seitengewehr ziehen und den Zivilisten niederstrecken sollen!!!

Dies der Tatbestand, der mit seinem ganzen Drum und Dran an die Zeit vor Jena und Auerstadt erinnert, als kein Bürger vor dem brutalen Uebermut eines rohen Offizierkorps und einer ebenso rohen Soldateska seines Lebens sicher war, und als eine Kabinettsorder des alten Fritz den Offizieren ausdrücklich das Prügeln der Bürger verbieten mußte, weil es doch gar zu sehr überhand nahm. Aber es wäre falsch, in diesem vor dem Wehr Kriegsgericht abgehandelten Rohheitsakt lediglich das Vergehen von ein paar Rülpeln zu sehen, für die weiter niemand verantwortlich ist. Sicher ist der verurteilte Musketier ein roher Patron und der verurteilte Sergeant ähneln in seinem ganzen Verkehren und in der Milde seiner Sitten auffallend jenen Juhlältern, die Herr v. Heeringen in einem Atemzug mit den Sozialdemokraten nennt, und vor deren Verhörung er das Heer durch das Wirtshausverbot schlingen will. Aber so wenig die Reugleutnants und Feuerwerker im Krupp-Prozess, so wenig sind dieser Sergeant und Musketier mit ihren Handlungen als Einzelwesen zu betrachten, sondern samt und sonders sind sie stramme Vertreter eines mehr als strammen Systems. Wenn die Herren von der Regierung bei den Debatten über die Militärvorlage erstaut und mit einem höhnischen Unterton in der Stimme gefragt haben, was denn eigentlich Militarismus sei, hier haben sie eine wackelige Probe von Militarismus. Daß ein Bürger, der in eine marschierende Militärschlange hineingerät, mit Fußtrittern begrüßt wird, daß der Führer der Abteilung, statt einzuschreiten, mit Schimpfworten und Ohrfeigen die Mißhandlung seiner Untergebenen verschärft, daß hinzukommende Offiziere unbesehen den Mißhandelten der Verhaftung für wert erachten, daß ein Hauptmann erhoht ist, weil die Soldaten nicht sofort mit Seitengewehrstrichen den Eindringling zerlegt haben, daß das Kriegsgericht lächerlich geringe Strafen auswirft, kurz: daß auf den verschiedenen Stufen der militärischen Hierarchie die Mißachtung gegen den, der „nur“ ein Zivilist, „nur“ ein Bürger ist, mehr oder minder deutlich zum Ausdruck kommt, das ist Militarismus! Das ist ein Ausfluß jenes Systems, das wir bis aufs Messer bekämpfen.

Dieser Fall hat aber noch eine ganz besondere Note. Die Schimpftitulaturen, die Sergeant und Musketier dem Kaufmann an den Kopf geworfen haben, „Schangel“ und „Wades“, sind Worte aus dem reichen Sprachschatz der preussischen Eroberer, die nur auf Eingeborene in Elsäß-Lothringen angewendet werden. Daß sie hier fielen, zeigt, wie sehr sich der tretende Musketier und der ohrfeigende Sergeant der germanisatorischen Rolle ihres Luns bewußt waren. Sie hielten den Zivilisten für einen Eingeborenen, und dem die

Wucht des preussischen Kommissstiefels und die Kraft der deutschen Faust zu Gemüte zu führen, erschien als eine patriotische Pflicht. Auch das aber ist der Ausfluß eines Systems, das die Soldateska just im Reichsland in einen schroffen Gegensatz zum Bürgertum stellt und jeden Sanitätsgeföhren sich als Herren im eroberten Lande fühlen läßt. Gerade die letzten Monate sind an Beispielen dieses Systems überreich gewesen, das einer Militärdiktatur so ähnlich sieht wie ein saules Ei dem andern.

In Straßburg läßt der Kommandierende auf belebten öffentlichen Plätzen, obwohl die StraÙe selbst nach Herrn v. Jagow dem Verkehr und nicht artilleristischen Übungen dient, Batterien in Parade an sich vorbeiziehen und tracht mit feinen Manen besonders gern durch enge Gassen, so daß sich die Bürger ängstlich an die Häuserwände drücken müssen. Derselbe General v. Deimling unterzagt, als ihn eine Preßkritik unangenehm berührt, seinem Korps, die „Straßburger Neue Zeitung“ zu halten. In Wülhausen i. E. boykottieren die Offiziere ein Hotel, weil dort die Musik einmal die Marseillaise gespielt hat. In Reß verbietet die Militärverwaltung auf der Pulverinsel, einem Park, der eigentlich der Stadt gehört, den Besuchern aus dem Bürgertum jede Unterhaltung in französischer Sprache. In derselben Stadt springt, wie dieser Tage noch die Blätter zu berichten wußten, ein Leutnantchen in einem Café auf, als eine Sängerin ein französisches Lied singt, und tröhrt: „Hier sind wir in Deutschland, hier darf nur deutsch gesungen werden!“ Und so mit Grazie weiter bis ins Unendliche!

Diese liebliche Art, durch Militär zu „germanisieren“, gefällt natürlich gewissen alldeutschen Blättern über die Maßen wohl. So brachte es die „Straßburger Post“ einmal im Ernst fertig — es klingt allerdings wie ein „Simplicissimus“-Witz — zu schreiben, die Errichtung einer Unteroffizierschule sei das beste Mittel, die Forderung: „Elsäß-Lothringen den Elsäß-Lothringern!“ zu erfüllen. Die Unteroffizierschule ist längst errichtet, und seit zweiundbierzig Jahren wird das Band nun schon von Unteroffizieren, aktiven und inaktiven, regiert, aber die undankbaren Elsässer und Lothringer sehen den Segen der „germanisierenden“ Militärdiktatur nicht ein und werden durch Experimente à la Deimling nur störrischer.

Auch der Vorfall, den die Wehr Kriegsgerichtsverhandlung enthüllt hat, ist nicht dazu angetan, die „gute Gesinnung“ der Einheimischen zu fördern. Vor allem aber wird der neue Herr Kriegsminister dem Reichstag im nächsten Winter darüber Aufklärung zu geben haben, was er zu tun gedenkt, um brutale Uebergriffe des Militärs gegen das Bürgertum von der Art des Wehr Vorfalles zu vermeiden und insbesondere, was mit dem an die Seitengewehre appellierenden schneidigen Hauptmann geschehen ist, denn im allgemeinen entspricht es wohl nicht den Rechtsbegriffen des 19. Jahrhunderts, daß, wer zufällig in eine Truppenabteilung hineingerät, zusammen-gestochen wird, selbst wenn es sich „nur“ um einen Zivilisten oder gar „nur“ um einen „Schangel“ oder „Wades“ handelt!

## Die neue Balkansituation.

Grenz über die Vorkanlage.

London, 12. August. Heute nachmittags sprach Sir Edward Grey im Unterhaus über die Lage am Balkan und teilte mit, daß die Vorkanlagervereinbarung sich vertagt habe. Sie sei vor dem Schlusse gekommen, daß sie ein Stadium erreicht habe, in welchem eine Pause gerechtfertigt sei, und werde wieder zusammenzutreten, sobald es notwendig sei, und wenn es der einstimmige Wunsch der beteiligten Regierungen wäre. Die Vertagung der Vorkanlagervereinbarung gebe keinen Grund für irgendwelche ungünstigen Schlüsse auf die Beziehungen der Großmächte zueinander. Grey sagte: Wir haben das Stadium erreicht, in welchem das europäische Konzert so fest begründet ist, daß die bloße Tatsache der Vertagung der Vorkanlagervereinbarung keinen Zweifel an der Gesundheit und an dem Wohlbefinden des Konzertes erregen wird. Grey erinnerte an Ursprung und Ziel der Vorkanlagervereinbarung und sagte: Ihre Hauptaufgabe war die, unter den Mächten eine Verhändigung über die albanische Frage und über die Inseln im Ägäischen Meere zu erzielen. Die Verhändigung über beide Fragen ist erreicht. Was Albanien angeht, so wird eine internationale Kontrollkommission eingesetzt, deren Hauptaufgabe es ist, den autonomen Staat mit einem Fürsten an der Spitze zu errichten, der von den Mächten gewählt werden wird.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung fragte Warran erstens, ob die Türkei den Mächten kürzlich freiwillig Vorschläge betreffs der Verwaltungsreform in Armenien gemacht habe; zweitens, ob England zu diesen Vorschlägen Stellung genommen habe; drittens, wie weit die Verhandlungen unter den Mächten im Hinblick auf die allgemeine Reform der asiatischen Türkei gediehen sind, und ob als Grundlage dieser Verhandlungen vereinbart worden ist, daß sie nicht die Errichtung von Einflußsphären zum Gegenstand haben, sondern der Türkei die gemeinsame Weisheit aller Mächte sichern werden, um ihre asiatischen Besitzungen zu schützen und eine gute Regierung einzurichten. Grey antwortete auf die erste Frage bejahend, was die zweite und die dritte Frage betreffe, so sei die Lage die, daß die Vertreter der sechs Großmächte in Konstantinopel in eine Erörterung der Grundzüge für die Reform eingetreten sind, aber er könne in einem so frühen Stadium der Beratung noch keine Mitteilung über die Art des Entwurfes machen. Er könne nur sagen, daß das Ziel aller Mächte genau in den letzten Worten der Anfrage befaßt ist, daß sie nämlich nicht die Errichtung

von Einflußsphären im türkischen Reiche zum Gegenstand haben.

Was die Ägäischen Inseln betrifft, so hat England durch seine Stellung am Mittelmeer ein besonderes Interesse daran, daß keine der Inseln von einer der Großmächte in Anspruch genommen oder behalten wird. Hierüber haben wir eine Verständigung erzielt. Das Schicksal aller dieser Inseln, einschließlich derer, die augenblicklich von Italien okkupiert sind, interessiert alle Großmächte und wird schließlich von ihnen entschieden. Keine der Großmächte wird eine der Inseln für sich behalten. Die Frage, was geschehen würde, wenn ein kritischer werden, als die Türkei die Ausführung der Bestimmungen des Vertrages von Lausanne auf unbestimmte Zeit hinauszögerte, und die italienische Okkupation daher unbestimmte Zeit fortdauerie. Italien lieh uns keinen Augenblick in Zweifel, daß es beabsichtige, seinen Teil an dem Vertrag zu erfüllen, wenn die Türkei den ihren erfüllt habe. Wir haben alles Vertrauen in den guten Glauben Italiens, und wissen, daß es die Türkei drängt, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen, daher braucht uns die Frage des unbestimmten Aufschubs gegenwärtig nicht zu beschäftigen.

Was die gegenwärtige Lage betrifft, so bestehen zwei sehr ernste schwierige Fragen, nämlich die Entscheidung über Thrazien und Mazedonien. Was Thrazien betrifft, so hat sich die türkische Regierung über den Frieden von London hinweggesetzt, der unter den Auspizien der Mächte geschlossen wurde, und hat Thrazien und Adrianopel besetzt. Was Thrazien und Adrianopel betrifft, so erhoben die Mächte Vorstellungen in Konstantinopel, daß die Linie Enos-Midia im großen und ganzen respektiert werden müsse. Dabei hatten sie jedoch jeden Punkt zu berücksichtigen, den die Pforte als unerlässlich für die Verteidigung der Grenze erachtet. Eine gute Grenze kann auf der Grundlage des Friedens von London geschaffen werden, aber der Besitz Thraziens und Adrianopels würde nach begründeter Auffassung im Frieden nur die Finanzen der Türkei noch mehr belasten und im Fall eines Krieges für sie eine dauernde Schwäche bedeuten.

Die Linie Enos-Midia wäre vielleicht nie zustande gekommen, wenn man nicht gewußt hätte, daß eine oder mehrere Großmächte interveniert haben würden, wenn im Kriege zwischen der Türkei und den Verbündeten die Frage Konstantinopels und der Meerenge aufgeworfen worden wäre. Dann wäre die türkische Grenze vielleicht nicht so vorteilhaft ausgefallen, als es jetzt der Fall ist. Wenn es direkt oder indirekt den Großmächten zu danken ist, daß der Londoner Friede an der Linie Enos-Midia fest machte, so sind die Mächte berechtigt, ihre Wünsche in Konstantinopel bekanntzugeben und Rat zu erziehen, wenn es sich darum handelt, die türkische Grenze festzusetzen. Die britische Politik der Türkei gegenüber besteht darin, die türkische Herrschaft und ihre Unverletzlichkeit in ihrem asiatischen Gebiete und dem Gebiete jenseits der Linie Enos-Midia zu befestigen und zu sichern. Diese Politik hängt aber von dem guten Willen der übrigen europäischen Mächte ab, England allein kann diese Politik nicht erfolgreich durchführen; denn viele andere Mächte haben auch ein Interesse an der asiatischen Türkei. Was geschehen kann, muß auf Grund allgemeiner Zustimmung geschehen. Der gute Wille der Mächte kann aber nichts erreichen, wenn die Türkei ihren Rat betreffs Adrianopels und Thraziens nicht befolgt. In diesem Falle wäre jene Politik gescheitert. Früher oder später, sei es durch finanzielle Not oder durch die bewaffnete Intervention einer oder mehrerer Mächte deren Rat verschmäht wurde, würde Unheil über die Türkei hereinschlagen, vor dem wir sie nicht schützen könnten.

Was den Frieden von Bulareß betrifft, so glauben wir, wenn überhaupt eine Einmischung der Mächte stattfinden sollte, es nur ein Minimum von Einmischung sein würde. Der Frieden sollte als rechtskräftig betrachtet werden, abgesehen von etwaigen Modifikationen in besonderen Punkten, die bestimmte Mächte zu machen wünschen, deren Interessen starker in Frage kämen als unsere eigenen. Niemand bestreitet das Recht irgendeiner Großmacht, Punkte hervorzuheben, die nach ihrer Ueberzeugung modifiziert, d. h. einer Erörterung unterzogen werden müßten. Aber man muß sich vergegenwärtigen, daß, wenn eine Macht die Revision eines Punktes vorschlägt, möglicherweise andere Mächte die Revision anderer Punkte vorschlagen würden. Es wäre zwecklos, Modifikationen vorzuschlagen, wenn die betreffende Macht nicht bereit wäre, ihren Anteil durch Anwendung von Gewalt durchzusetzen. Wir sind bereit, allen Entscheidungen zugustimmen, die die Zustimmung der Großmächte findet. Wir selbst beabsichtigen nicht, Modifikationen vorzuschlagen. Man ist hier der Meinung, daß die Mächte eine gewisse Zeit brauchen werden, um sowohl, was Thrazien als auch was Mazedonien betrifft, die bestehende Lage zu prüfen, die durch die türkische Wiederbesetzung von Adrianopel und den Frieden von Bulareß entstanden ist, bevor sie sich endgültig entscheiden, welche Forderungen sie zu erheben und welche Schritte sie zu unternehmen wünschen. Wir sollten im Interesse des allgemeinen Friedens auch weiterhin so eng wie möglich mit den anderen Mächten zusammenarbeiten.

Sir Edward Grey schloß: Ich glaube, sowohl die Türkei wie die Balkanverbündeten dürfen nicht darauf rechnen, daß, wenn auch die Mächte sich während der letzten Monate einer gewaltigen Intervention enthalten haben, unter allen Umständen keine Großmacht intervenieren werde, wenn sie entsprechend provoziert ist.

#### Noch eine Abschüttelung der österreichischen Revisionsheer.

Wien, 12. August. Die „Wölkische Zeitung“ meldet aus Berlin: Nach Budapest sollen aus Berlin Meldungen gelangt sein, wonach in Berliner amtlichen Kreisen der

Widerstand gegen eine Revisionspolitik gewissermaßen zurückgetreten sei, dieser Ausdruck ist irreführend. Deutschland kämpft in der Frage der Ueberprüfung nicht gegen andere Mächte, nimmt aber nicht an europäischen Versuchen zur Abänderung des Bukarester Vertrages teil und verhindert dadurch ein europäisches Vorgehen gegen das mühevoll zustande gebrachte Friedenswerk. Deutschland beteiligt sich nur an solchen Erörterungen der Mächte, die der Absicht dienen, dem Vertrage die Zustimmung Europas zu sichern. Eine Gegnerschaft gegen Bulgarien ist nicht im Spiele, aber wie die Dinge jetzt liegen, lassen sich die bulgarischen Wünsche ohne neue Gefährdung des Friedens nicht verwirklichen.

#### Auch Frankreich gegen eine Revision des Bukarester Friedens.

Paris, 12. August. Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: Der Augenblick scheint uns gekommen zu sein, die widersprechenden Nachrichten über die Haltung der Regierungen Frankreichs und Russlands in der Krawalla-Angelegenheit klarzustellen. Keine von beiden hat jemals von der anderen ein Opfer ihres Standpunktes verlangt und beide haben einander regelmäßig ihre Ansichten mitgeteilt. Russland wußte, daß Frankreich dafür war, Krawalla, eine griechische Stadt, an Griechenland zu geben, und in Frankreich war der Wunsch Russlands nicht unbekannt, diesen Hafen am Negäischen Meere Bulgarien zu sichern. Die beiden Regierungen wußten, daß keine von ihnen ihrer Meinung eine solche Wichtigkeit beimäße, daß sie von ihrem Verbündeten ein Opfer seiner Meinung hätte fordern müssen, da die Tendenzen der allgemeinen Politik der Mächte und die Tatsachen sie beide dahin führen mußten, sich auf eine der beiden Lösungen zu einigen. Da die Frage der Revision heute negativ entschieden ist, ist es nicht mehr an der Zeit, auf die Angelegenheit einzugehen. Sicher ist, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern niemals herzlicher waren, als in diesem Augenblick.

#### Beurlaubung österreichischer Reservisten.

Wien, 12. August. Wie die „Militärische Rundschau“ mitteilt, finden in den allernächsten Tagen in größerem Umfang Beurlaubungen von einberufenen Reservisten im Bereiche von Bosnien, Herzegovina und Dalmatien statt. Zu einer Entlassung der schwergeprüften Reservisten kann sich die schwarzgelbe Kriegsmaschine immer noch nicht entschließen.

#### Bulgarische Klagen über türkische Grenzverletzungen.

Sofia, 11. August. (Nachricht der Agence Bulgare.) Wie das Hauptquartier erfährt, befestigen die Türken Kirilija. Die türkischen Soldaten nehmen die Ernte weg, die sie nach Timobahit fortführen. Die Einwohner der Dörfer Kozovo, Sirkohor und Kamila flüchteten in die Wälder. Ihr Vieh wurde geraubt. Die Dörfer Velika, Kobassura, Kassa, Pirgopol, Ugarci und Jama wurden von türkischen Truppen umzingelt. Die Soldaten begehen allerlei Gewalttaten. Griechen dienen den Türken als Spione. Gestern abend wurde ein bulgarischer Posten bei Krumoslawar im Bezirk Darmanli von einer türkischen Abteilung von 20 Reitern und 200 Infanteristen angegriffen, die etwa 60 Leute aus jenem Gebiet gefangen nahmen und nach Papsolj brachten.

## Politische Uebersicht.

### Ist es schon aus?

Man schreibt uns: Da bisher nichts davon zu hören war, daß die Militärbehörde infolge des Kornwalzerprozesses weitere Recherchen unternimmt, möchten wir nochmals folgende Stellen aus der gerichtlichen Vernehmung Brandis wiedergeben. Sie lauten: „Der Verhandlungsführer überreicht dem Zeugen Brandis das bei ihm beschlagnahmte Notizbuch, in dem sich auf den Seiten 1 bis 19 das Verzeichnis der Kornwalzer befindet, zu denen nach der Ansicht der Anklage der Angeklagte Tilsan das Material ge-

## Der französische Vorstoß gegen Berlin.

Der Waffenstillstand, der am 4. Juni 1818 in Boisguy abgeschlossen worden war, lief ab, wie ihn sich beide Teile gedacht hatten: unter steten Mithlungen der Verbündeten wie Napoleons und ohne daß die Versprechungen zu Prag über das Befreiwerden einer leeren Pötte hinausgekommen wären. Noch während des Prager Kongresses hatte ein lebhaftes Gespräch zwischen Preußen und Rußland auf der einen und Oesterreich auf der anderen Seite zum Ziele geführt: der Habsburgerstaat trat dem Bündnis gegen Napoleon bei, erhielt aber dafür die Anwartschaft auf das Königreich Italien und Syrien, der König von Sardinien sollte sein Erbe zurückbekommen, Mittelitalien samt Genua unter die Erzherrzöge der österreichischen Vetternschaft aufgeteilt werden, Sizilien wieder an die Bourbonen fallen. So wurden, ehe noch die Revolution in Gestalt Napoleons niedergeworfen war, die Völker wieder ganz nach den überlebten Grundfäden des achtzehnten Jahrhunderts verflochten und verschachtet. Am 10. August verkündeten Signalfeuer von den Klippen des Melengebürges, daß die Zeit der Waffenruhe vorüber sei und daß sich die Heere von drei Mächten von den Hilfstruppen der kleineren Staaten abgesehen, auf Napoleon stürzen würden.

Bald begannen denn auch die kriegerischen Operationen. Die Verbündeten verfügten über insgesamt 492 000 Mann, die aber in drei verschiedene Heerkörper eingeteilt wurden. Das Hauptheer, meist Oesterreicher, aber auch Preußen und Russen umfassend, stand unter Schwarzenberg, der sich in seinem Hauptquartier mit den drei Potentaten von Rußland, Preußen und Oesterreich herumzudrängern hatte, in Böhmen, um Wien gegen einen Angriff der Franzosen zu sichern. Die schlesische Armee, die sich aus zwei russischen Heeresabteilungen und einer preussischen unter Jork zusammensetzte, stand, wiewohl die junkerlichen Samaschentröpfe in Friedrich Wilhelm III. Umgebung dem heftig widerstrebt hatten, unter der Führung Blüchers, dessen Stabschef Gneisenau von Jork in der unerquicklichsten Weise angefeindet wurde — dem ultrakonservativen Manne von Lauröggen war Blücher nur ein „roher Nuss“ und Gneisenau ein „phantastisches Kraftgenie“ und nicht als Gift und Galle pfliegte er zu spielen gegen die „Heerwerber“, wie er die Reformen in Gausch und Hogen nannte. Die Nordarmee endlich stand in den Marken und an der Niederrhein und wies als Kern zwei preussische Heerhaufen unter den Generalen Bülow und Tauenzien auf, außerdem fand sich hier ein russisches und ein schwedisches Korps nebst kleineren Heerespflücken anderer Staaten vor. Befehligt wurde die Nordarmee von dem schwedischen Kronprinzen Bernadotte, der sehr zu Unrecht in den Ruf eines allerersten militärischen Genies geraten war.

„Es ging,“ kennzeichnet der Junker v. d. Marwitz die all-

gemeine Stimmung, „ein ganz sonderbarer Geist vor ihm her umhergeirrt er niemals Geldrenten verrichtet hatte, so traute jedermann in der Mark sie ihm doch zu, und keinem fiel ein, daß wenn er anföhre, noch irgendeine Gefahr sein könne.“ Napoleon verfügte über rund 50 000 Mann weniger als die Verbündeten und zählte auch weniger Geschütz und Artillerie, aber er hatte den Vorzug der einheitlichen Heeresleitung für sich und glaubte auch im Besitz der Eiblinie mit mehreren Festungen so sicher zu sein, daß er den Rat einiger Schwarzscher, sich bis zur Saale oder gar bis zum Rhein zurückzuziehen und dort, mit hohen Hülsquellen im Rücken, die Entscheidungsschlacht abzuwarten, unmutig in den Wind schlug. Während man im Hauptquartier der Verbündeten den Plan ausgeheckt hatte, daß jeder der drei Heerkörper, von Napoleon angegriffen, sich so lange zurückziehen sollte, bis die beiden anderen Armeen heran seien und den Feind in der Flanke und vom Rücken her packen könnten, beschloß Napoleon, zunächst das schlesische Heer unter Blücher über den Haufen zu rennen, dann starke Truppenmassen durch die Lausiger Döflein nach Böhmen hineinzuwerfen und die Verbündeten vor sich her nach Wien zu treiben. Aber als er Blücher auf den Leib rückte, wich der schlauere Husar zurück, um die Franzosen hinter sich herzulockern und so Schwarzenberg Gelegenheit zu einem günstigen Angriff auf Dresden zu geben, das Napoleon als den wichtigen Angelpunkt seiner Operationen betrachtete. Zur rechten Zeit noch der Franzosen-läuter der Oraten, ließ Macdonald mit rund 60 000 Mann im Angesicht von Blücher zurück und strebte selbst mit der alten und der jungen Garde nach Dresden, um dem Schlag der Verbündeten zuvorzukommen. Während es ihm wirklich bei Dresden gelang, über das Heer Schwarzenbergs am 26. August einen blutigen und unbesrittenen Sieg davonzutragen, war Macdonald zur selben Zeit an der Raabach von Blücher auf das unglücklichste Kampfgelände gelockt worden und hatte eine unheilvolle Niederlage davongetragen.

Nicht besser war es den drei Armeekorps gegangen, die unter Dubinot, Reynier und Bertrand zugleich mit Napoleons Ausbruch gegen die schlesische Armee in der Richtung nach Berlin abmarschiert waren. Von Norden sollte Davout aus Hamburg diesen Streitkräften zu Hilfe kommen, von Magdeburg aus General Girard mit 9000 Mann der Bernadotteschen Armee in die Flanke fallen. Den Zweck dieser Bewegung sah Napoleon darin, die preussische Hauptstadt in seine Hand zu bekommen, die Stadt, wenn sie Widerstand leisten sollte, durch das Feuer von fünfzig Haubigen einzuschern, vor allem aber mit der Landwehr — der „mauvais infanterie“, dem „schlechten Fußvolk“, wie er sie nichtachtend nannte — und dem „wahnwitzigen Janhagel“ aufzuräumen und die Feuerbrände der Völkerhebung in ganz Norddeutschland auszutreten. Nach dieser Arbeit hatte er den Rücken frei und konnte mit doppelter Aufsicht auf Erfolg den Stier der Hauptarmee im Operationsradius von Dresden bei den Hörnern packen.

### Unterirdische Minen gegen die „Völkfürsorge“.

Die Ueberzeugung von dem „Stillstand“ oder „Rückgang“ der Sozialdemokratie scheint bei unseren patriotischen Gegnern noch nicht allzu fest Wurzel geschlagen haben, sonst würde man gegenüber der verdächtigen „Völkfürsorge“ nicht solche Burzelbäume schlagen, als es jetzt wieder in Schlesien geschieht. Der „Völkswacht“ ist ein Zirkular des Reichstreuen Bergarbeitersekretariats für Niederschlesien auf den Tisch gestreut, das an die Arbeitgeber der Provinz gerichtet ist und diese auffordert, der „öffentlich-rechtlichen“ Konkurrenz der „Völkfürsorge“ das Interesse ihrer Arbeiter zuzuwenden. In dem Zirkular heißt es unter anderem:

„Obertwaldburg, den 7. August 1918. Sehr geehrter Herr! Die von den sozialdemokratischen Konsumvereinen und Gewerkschaften neu gegründete „Völkfürsorge“ stellt für unser gesamtes politisches Leben, noch mehr aber für unser Wirtschaftsleben, eine neue ernste Gefahr dar. Aus diesem Grunde haben Behörden, maßgebende und einflußreiche Personen aus allen politischen Parteien und allen sozialen Ständen sich ernstlich mit der Frage beschäftigt: Wie können wir dieser Gefahr begegnen? Ist es möglich, die große Zahl derjenigen Arbeiter, welche zur Zeit noch nicht von der Sozialdemokratie infiziert sind, vor dem Schicksal zu bewahren, durch die Betätigung eines an sich sehr gesunden Sparsinnes mit der Sozialdemo-

### Ein Reichsverbändler.

Vor der Düsseldorfener Strafkammer hatte sich am Sonnabend ein Kaffiererin aus Gelsenkirchen wegen Untreue zu verantworten. Das Mädchen war in einem Düsseldorfener Geschäft angestellt und hat diesem etwa 3700 M. unterschlagen. Sie ist von der Natur etwas tiefmütterlich behandelt, möchte aber trotzdem gern Ehefrau werden. Dieses Sehnen wurde von dem verheirateten Schriftsteller Paul Karl Diemann aus Essen, der für die Reichsverbandskorrespondenz schrieb, in der gemeinsten Weise ausgenützt. Diemann schwindelte dem Mädchen vor, er werde sich scheiden lassen, um es dann zu heiraten. Im Vertrauen darauf sah ihm das Mädchen sein Spargehäufchen in Höhe von 1800 M. und als Diemann dann immer wieder Geld verlangte, begriff sie die Angelegenheit schließlich an der Geschäftskasse. Diemann hatte sich — ohne daß das Mädchen zunächst dahinter kam — von diesem aushalten lassen. Vor Gericht gab er an, er habe zeitweilig feste Stellung gehabt und nebenbei viele Sachen für den Reichsverband gekauft, gegen die Sozialdemokratie geschrieben und diese Sachen zur Bezahlung erhalten. — Das Gericht verurteilte die Kaffiererin zu sechs Monaten und den Reichsverbändler Diemann wegen Hehleri zu einem Jahr Gefängnis.

### Eigene Schuld und fremdes Mißtrauen.

Es läßt sich wohl nicht bestreiten, daß der deutsche Kaiser eine große persönliche Vorliebe für Norwegen hat und in Norwegen eine gewisse Popularität genießt. Seine ewig wiederholten Nordlandstreifen und der Umstand, daß er so leicht nichts unternehmen kann, ohne daß die Presse von Hunderten von besessenen Schmöckern in Bewegung gesetzt wird, haben für die landschaftlichen Schönheiten Norwegens eine starke Resonanz gemacht. Was die historische Kritik auch sonst an Wilhelm II. wird auszuweisen finden,

Aber das Unternehmen mißlang auf der ganzen Linie. Bernadotte allerdings war ein blaffer Jauderer, der sich vorgenommen hatte, den Krieg gegen Napoleon „mit Methode und Langsamkeit zu führen“ und der jetzt drauf und dran war, Berlin kampflös in die Hände des heranwachsenden Feindes lassen zu lassen. Aber Bülow wußte den Schwachmütigen unzustimmen und Bülow war es auch, der sich am 23. August mit Ungeßüm auf Reyniers Korps warf, das bis Großbeeren, keine drei Meilen von Berlin entfernt, gekommen war, und, während die beiden anderen französischen Korps noch fern waren, einen großen Erfolg davontrug. Deutsche kämpften hier, wie so oft in den Feldzügen dieser Zeitpanne, gegen Deutsche, denn Reyniers Korps bestand zum großen Teil aus Sachsen, die sich tapfer schlugen. Bülow erbeutete 26 Geschütze, nahm 1700 Mann gefangen und zwang Dubinots Streitkräfte, in Verwirrung bis Wittenberg zurückzuziehen. Als Davout die Ingridsbotschaft von Großbeeren vernahm, machte er schleunigst kehrt. Auch Girard suchte sich zurückzuziehen, stieß aber am 27. August bei Hagelberg auf den preussischen General Firsfeld, der ihm eine vernichtende Niederlage beibrachte — kaum 1700 von den 9000 kamen nach Magdeburg zurück.

So war Berlin vor einer Besetzung durch die Franzosen gerettet, die dort, sowohl um Rache zu nehmen, wie um Schreden einzuschüßen, sicher furchtbar gehaust hätten. Ihre Rettung verdankte die Hauptstadt einzig und allein, von Bülow's Kühner Entschlußkraft zu schweigen, der Tapferkeit der von den Junkern so mißachteten märkischen Landwehren. Den Löwenanteil an dem Tage von Großbeeren durfte wie an der Raabach die Landwehr für sich beanspruchen und bei Hagelberg hatte ausschließlich Landwehr das Gefecht geschlagen. Der Instinkt für das Notwendigste nach einer gewonnenen Schlacht sah diesen geringfügig behandelten Milizen so im Blut, daß die Gräfin Sophie Schöerlin sehr anschaulich von Großbeeren berichtete konnte, „wie die Landwehr sich der Freude des Sieges so ganz überließen, daß sie von keinem Einhalten und Umkehren hören wollten und zu glauben schienen, ein fliehender Feind müsse bis ans Ende der Welt verfolgt werden.“

Aber nicht den eigentlichen Siegern wurde der verdiente Lorbeer. Wenn Bernadotte, statt mit Gehr bei Fuß bei Seite stehen zu bleiben, zur rechten Zeit in die Schlacht von Großbeeren eingegriffen hätte, wäre von Dubinots ganzer Armee nicht Mann noch Maus entkommen. Aber der schwedische Kronprinz sah so wenig sein Verschulden ein, daß er vielmehr in ruhmredigen Vulturen sich das Verdienst an dem Siege zuschrieb. So neigte sich der Berliner Magistrat auf einem Jubiläumsgange in das Lager der Siegel dankbar und demütig vor dem Schweden und sah an Bülow gleichgültig vorbei. Die Landwehr gar, die Ketterin der Hauptstadt, begegnete unmittelbar nach dem Feldzug wieder dem schmarrenden Hohn und Spott der durch die Straßen Berlins strömenden Gardejunker!

Kräfte in Beziehungen zu kommen, die sie schwer oder gar nicht wieder lösen können?

Ist es möglich, eine Versicherung zu empfehlen, welche den Versicherten gegen die angeblieben oder wirklich vorhandenen Schäden der bisherigen Volksversicherung schützt?

Es wird dann von den Bemühungen um andere Versicherungen gesprochen und gesagt:

Nach mühseligen Verhandlungen ist es gelungen, nicht nur einen, sondern (leider) mehrere Wege zu bahnen.“

Von diesen „leider mehreren“ Wegen wird dann die „öffentlich-rechtliche“ Volksversicherung für Schlesien empfohlen und um ihr die Mitglieder zuzutreiben, behauptet ein beigelegtes Flugblatt folgendes über die „sozialdemokratische“ Völkfürsorge:

„Wo bleibt das Geld, welches die rote Völkfürsorge dem Versicherten weniger ausahlt, wie die Versicherung der nationalen Volksversicherung? In sozialdemokratischen Blättern war zu lesen, daß 45 000 Beamte angestellt werden sollten (!). Daß diese Beamten natürlich nicht von sozialdemokratischen Redensarten und Phrasen leben, beweist die Tatsache, daß für den Posten eines Generalagenten ein Betrag von 30 000 M. ausgesetzt worden ist. Wie die sozialdemokratische Partei Gehälter von 30 000 M. mit ihrem Parteiprinzip vereinbart, das zu enträtseln wird nur Sozialdemokraten möglich sein.“

Im Speziellen wird dann noch die Behauptung aufgestellt, daß die „Völkfürsorge“ einen großen Teil ihrer Gelder, etwa 88 1/2 Proz., dazu verwendet, um politische Demagogen zu besolden.“

Man sieht, die Reichstreuen sprechen vor den erbärmlichsten Mügen nicht zurück, um die flüchtenden Scharen ihrer Anhänger an sich zu fesseln. Vielleicht sieht sich die „Völkfürsorge“ die Verbreiter dieses Pamphlets einmal etwas genauer an und klopf ihnen gehörig auf die Finger.

### Angefochtene preussische Landtagswahlen.

In 17 Wahlkreisen ist gegen die neugewählten Abgeordneten Protest eingelegt. Die Wahlproteste richten sich gegen 22 Abgeordnete, von denen 5 den Konserwativen, 5 den Freikonservativen, 7 den Nationalliberalen, 2 der fortschrittlichen Volkspartei, 1 dem Zentrum und je 1 der wirtschaftlichen Vereinigung und den Christlich-sozialen angehören.

Außerdem sind von den Abteilungen der Wahlprüfungskommission noch die Wahlen von 11 Abgeordneten zur Prüfung überwiesen worden. Es handelt sich dabei um 4 Fortschrittler, 2 Konserwative, 2 Freikonservative, 1 Nationalliberalen und 2 Zentrumsabgeordnete.

### Ein Reichsverbändler.

Vor der Düsseldorfener Strafkammer hatte sich am Sonnabend ein Kaffiererin aus Gelsenkirchen wegen Untreue zu verantworten. Das Mädchen war in einem Düsseldorfener Geschäft angestellt und hat diesem etwa 3700 M. unterschlagen. Sie ist von der Natur etwas tiefmütterlich behandelt, möchte aber trotzdem gern Ehefrau werden. Dieses Sehnen wurde von dem verheirateten Schriftsteller Paul Karl Diemann aus Essen, der für die Reichsverbandskorrespondenz schrieb, in der gemeinsten Weise ausgenützt. Diemann schwindelte dem Mädchen vor, er werde sich scheiden lassen, um es dann zu heiraten. Im Vertrauen darauf sah ihm das Mädchen sein Spargehäufchen in Höhe von 1800 M. und als Diemann dann immer wieder Geld verlangte, begriff sie die Angelegenheit schließlich an der Geschäftskasse. Diemann hatte sich — ohne daß das Mädchen zunächst dahinter kam — von diesem aushalten lassen. Vor Gericht gab er an, er habe zeitweilig feste Stellung gehabt und nebenbei viele Sachen für den Reichsverband gekauft, gegen die Sozialdemokratie geschrieben und diese Sachen zur Bezahlung erhalten. — Das Gericht verurteilte die Kaffiererin zu sechs Monaten und den Reichsverbändler Diemann wegen Hehleri zu einem Jahr Gefängnis.

### Eigene Schuld und fremdes Mißtrauen.

Es läßt sich wohl nicht bestreiten, daß der deutsche Kaiser eine große persönliche Vorliebe für Norwegen hat und in Norwegen eine gewisse Popularität genießt. Seine ewig wiederholten Nordlandstreifen und der Umstand, daß er so leicht nichts unternehmen kann, ohne daß die Presse von Hunderten von besessenen Schmöckern in Bewegung gesetzt wird, haben für die landschaftlichen Schönheiten Norwegens eine starke Resonanz gemacht. Was die historische Kritik auch sonst an Wilhelm II. wird auszuweisen finden,

Aber das Unternehmen mißlang auf der ganzen Linie. Bernadotte allerdings war ein blaffer Jauderer, der sich vorgenommen hatte, den Krieg gegen Napoleon „mit Methode und Langsamkeit zu führen“ und der jetzt drauf und dran war, Berlin kampflös in die Hände des heranwachsenden Feindes lassen zu lassen. Aber Bülow wußte den Schwachmütigen unzustimmen und Bülow war es auch, der sich am 23. August mit Ungeßüm auf Reyniers Korps warf, das bis Großbeeren, keine drei Meilen von Berlin entfernt, gekommen war, und, während die beiden anderen französischen Korps noch fern waren, einen großen Erfolg davontrug. Deutsche kämpften hier, wie so oft in den Feldzügen dieser Zeitpanne, gegen Deutsche, denn Reyniers Korps bestand zum großen Teil aus Sachsen, die sich tapfer schlugen. Bülow erbeutete 26 Geschütze, nahm 1700 Mann gefangen und zwang Dubinots Streitkräfte, in Verwirrung bis Wittenberg zurückzuziehen. Als Davout die Ingridsbotschaft von Großbeeren vernahm, machte er schleunigst kehrt. Auch Girard suchte sich zurückzuziehen, stieß aber am 27. August bei Hagelberg auf den preussischen General Firsfeld, der ihm eine vernichtende Niederlage beibrachte — kaum 1700 von den 9000 kamen nach Magdeburg zurück.

So war Berlin vor einer Besetzung durch die Franzosen gerettet, die dort, sowohl um Rache zu nehmen, wie um Schreden einzuschüßen, sicher furchtbar gehaust hätten. Ihre Rettung verdankte die Hauptstadt einzig und allein, von Bülow's Kühner Entschlußkraft zu schweigen, der Tapferkeit der von den Junkern so mißachteten märkischen Landwehren. Den Löwenanteil an dem Tage von Großbeeren durfte wie an der Raabach die Landwehr für sich beanspruchen und bei Hagelberg hatte ausschließlich Landwehr das Gefecht geschlagen. Der Instinkt für das Notwendigste nach einer gewonnenen Schlacht sah diesen geringfügig behandelten Milizen so im Blut, daß die Gräfin Sophie Schöerlin sehr anschaulich von Großbeeren berichtete konnte, „wie die Landwehr sich der Freude des Sieges so ganz überließen, daß sie von keinem Einhalten und Umkehren hören wollten und zu glauben schienen, ein fliehender Feind müsse bis ans Ende der Welt verfolgt werden.“

Aber nicht den eigentlichen Siegern wurde der verdiente Lorbeer. Wenn Bernadotte, statt mit Gehr bei Fuß bei Seite stehen zu bleiben, zur rechten Zeit in die Schlacht von Großbeeren eingegriffen hätte, wäre von Dubinots ganzer Armee nicht Mann noch Maus entkommen. Aber der schwedische Kronprinz sah so wenig sein Verschulden ein, daß er vielmehr in ruhmredigen Vulturen sich das Verdienst an dem Siege zuschrieb. So neigte sich der Berliner Magistrat auf einem Jubiläumsgange in das Lager der Siegel dankbar und demütig vor dem Schweden und sah an Bülow gleichgültig vorbei. Die Landwehr gar, die Ketterin der Hauptstadt, begegnete unmittelbar nach dem Feldzug wieder dem schmarrenden Hohn und Spott der durch die Straßen Berlins strömenden Gardejunker!

daß er den Touristenverkehr nach Norwegen gehoben hat, wird eine der Herrlichkeiten sein, die ihm auch der Blasse Reich lassen muß.

Richtsbestoweniger fangen in Norwegen auch ruhige Zeitungen an, unangenehm berührt zu werden, weil die deutschen Kriegsschiffe maßlos die Häfen ihres Landes ausfüllen.

Man hat das Gefühl, daß einem Deutschland zu nahe auf den Leib rückt und diese Nähe Deutschlands wird mit Unbehagen empfunden. Die „Kistenposten“ wissen will, sollen sogar neue Bestimmungen erlassen werden, nach denen eine einzelne fremde Macht nur eine bestimmte Anzahl von Kriegsschiffen in die norwegischen Häfen entsenden darf, und man verschweigt durchaus nicht, daß die deutschen Kriegsschiffe als die Urheber dieser neuen Bestimmungen anzusehen sind.

Um beruhigend zu wirken, hat darum der offiziöse Draht einen längeren Artikel in die Welt geschickt, der aber selbstverständlich an dem Kern der ganzen Frage vorbeiredet. Im wesentlichen erklärt er die norwegische Zeitungsberührung mit der angeblichen Tatsache, daß in einem recht bedeutenden Teil der norwegischen Presse englisches Kapital stecken soll. Wir wissen nicht, ob diese Behauptung richtig ist, wir kennen aber die Schleichwege des internationalen Kapitals viel zu gut, als daß wir sie von vornherein für unmöglich halten sollten. Die Abneigung aber, die das norwegische Volk bei einer allzu intimen deutschen Annäherung empfindet, hat mit dem englischen Kapital nichts zu tun und wird in gleichem Maße in Dänemark und anderen kleinen Ländern empfunden.

Wenn die freien Germanen des Nordens auf die englische Weltmacht mit Neid blicken, während es ihnen bei dem bloßen Gedanken einer deutschen Umarbeitung eiskalt über den Rücken läuft, müssen wir unseren Dank für diese schmeichelhaften Tatsachen beim preussischen Feudalismus abstrahieren. Die Art und Weise, wie wir die fremden Rationalitäten mißhandeln, die in unseren Grenzen wohnen, läßt unseren Staat überall in der Welt als einen Sucht- und Hausstaat erscheinen, vor dem alle freien Völker sich hüten.

In Besonderen aber haben die Norweger allen Grund zu einem gelinden Schauer, wenn sie ihre Blicke nach Nordischleswig richten. Die Norweger und die Dänen haben bekanntlich die Kultursprache gemeinsam. Was in Nordischleswig in der niederdeutschen und brutalsten Weise mißhandelt wird, ist die Sprache Ibsens und Björnsens und die Sprache der norwegischen Kultur überhaupt. Man muß den freien Norwegern schon eine Gänsehaut zugute halten, wenn sie sehen, wie in Nordischleswig unschuldige Menschen administrativ gefoltert und aus dem Lande gejagt werden, nur weil sie die Sprache der norwegischen Kultur reden. Man muß das um so eher, als das feudale Regiment ja auch in unserer inneren Politik die denkbar lächerlichsten Erscheinungen zeitigt. In Norwegen ist der Präsident des obersten Gerichtshofes des Landes ein erklärter Sozialdemokrat, in Deutschland werden die sozialdemokratischen Massen mit den brutalsten Mitteln verfolgt und bei jeder Gelegenheit gehetzt und getreten. Der Anblick einer so widerwärtigen Gewalt Herrschaft aber kann bei freien Völkern selbstverständlich nur einen Schauer hervorrufen.

Die feudalen Junker fressen unser nationales Ansehen, wie sie das Mark unseres Volkes fressen, um ihre Herrschaft zu behalten. So lange Deutschland ein feudales absolutistisches Gemeinwesen ist, wird es nach außen hin nicht ohne Grund als ein Sklavenstaat scheinen, vor dessen Annäherung man unwillkürlich zurückbebt.

Und daran werden keine offiziellen Beschwichtigungstelegramme etwas zu ändern vermögen.

### Folgen der hohen Zölle.

Die wir kürzlich schon berichten konnten, sind von der Strafzolltarif in Offenburg einige Kaufleute aus Köln, die in Rehl bei Straßburg eine Spiritieerzeugung besitzen, zu hohen Geldstrafen verurteilt worden. Wie wir nachträglich erfahren, wurde unter der Deklaration von Steinloshentz in Wagen, die mit besonderen Innenräumen versehen waren, Spirit in größeren Quantitäten aus der Schweiz nach Deutschland geschmuggelt. Der Zoll für 100 Kilo Spirit beträgt 275 M. Bei diesem ungeheuren Zollfuß ist es natürlich ganz unmöglich, Spiritus aus der Schweiz einzuführen. Daher die Versuchung zum Schmuggel, bei dem eine einzige Ladung etwa 4000 M. Reingewinn bringt.

### Krieg im Frieden.

Auf dem Truppenübungsplatz Sennelager bei Paderborn in Westfalen scheint es seltsam zugehen. Vor einigen Wochen haben wir nach den Meldungen bürgerlicher Lokalblätter von bösen Folgen außergewöhnlicher Vorkäuflichkeiten berichtet und unsere Vermutung darüber ausgedrückt, daß die Militärbehörden sich in vollständiges Schweigen hüllten, obwohl zwei Mann dabei zu Tode gekommen und eine Anzahl Leute krank geworden sein sollten. Erst nach ungefähr 14 Tagen verbreitete das Bureau Hirsch eine lahmne Verichtigung von „zukünftiger Seite“, in der aber der Tod eines Referenten zugegeben war.

Am 8. August brachte darauf das „Westf. Volksblatt“ — ein Zentrumsorgan — folgende Mitteilung:

Sennelager, 7. August. Ein Soldat des Dragonerregiments Nr. 5 Hofheim brachte sich gestern mit seinem Karabiner lebensgefährliche Verletzungen bei. Wie verlautet, handelt es sich um einen Selbstmordversuch aus „Liebesgram“. — Bei der am Mittwoch abgehaltenen Besichtigung der sechs Kavallerieregimenter, die zurzeit in der Sonne zusammengezogen sind, soll es, wie wir in letzter Stunde erfahren, zu schweren Unglücksfällen gekommen sein. Wie es heißt, sind sieben Kavaliere des Deutzer Regiments schwer verletzt worden, von denen einer bereits gestorben sein soll. Wir geben die Nachricht wieder, wie wir sie hören; eine Bestätigung bleibt abzuwarten.

Seitdem die militärfromme Zeitung diese doch gewiß nicht allmächtige Nachricht in die Welt setzte — wenn auch begehrennderweise in kleinem, unauffälligen Druck — sind drei bis vier Tage vergangen, aber keine Militärbehörde meldet sich. Weder eine Bestätigung, noch ein Widerruf dringt aus dem geheimnisvollen militärischen Dunkel der westfälischen Sandbüche. Immerhin — wäre die Mitteilung falsch, so wartete gewiß das Zentrumsorgan nicht mehr auf eine „Bestätigung“, und danach läßt sich annehmen, daß, wenn nicht alles, so mindestens ein großer Teil dessen, was mitgeteilt worden ist, stimmt. Und dann wäre allerdings wieder ein frohes Weibchen dafür gegeben, in welcher unverantwortlichen Weise bei den militärischen Übungen mit den Mannschaften umgesprungen wird.

### Oesterreich.

#### Eine schwierige Rechtsfrage.

Brag, 11. August. (Fig. Ver.) Die L. L. Landesverwaltungs-Kommission für Böhmen, die nach der Regierung „neben der Verfassung“ steht, konnte ihre Tätigkeit nur aufnehmen, indem sie den vom Landtag gewählten Landesausschüssen ihre Funktionen nahm. Nach der Landesverfassung behalten die Landesausschüsse bei Landtagsauflösung ihre Mandate bis zur neuen Session. Die jetzt abgelagerten Landesausschüsse waren allerdings schon von dem vorigen Landtag 1908 gewählt, da der letzte infolge der deutschen Obstruktion nicht einmal zu dieser Wahl kam. Nun lagen die tschechischen Landesverwaltungs-Kommissionen bei dem Spezialgericht für

Verfassungsbeschwerden, dem L. L. Reichsgericht, wegen Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte durch ihre Verfassung. Gibt ihnen das Reichsgericht etwa recht, so müßte die Landesverwaltungs-Kommission abtreten oder die Regierung müßte statt „neben“, ganz offenkundig über die Verfassung treten. — Das Reichsgericht wird vom Kaiser aus den vom Parlament vorgeschlagenen Juristen gebildet, das jüngst ernannte Mitglied ist der Wiener demokratische Sozialpolitiker Abg. Dr. Dfner.

### Afrika.

#### Eine englische Schlappe in Somaliland.

London, 12. August. Nach offiziellen Depeschen betreffend eine Niederlage in Somaliland griffen 1000 Dornische ein Kamelreiterkorps am 9. August zwischen Berbera und Damaan an und schnitten ihm den Rückzug ab. Das Maschinengewehr funktionierte nicht. Am 10. August langten Verstärkungen an. Es gelang dem Kamelreiterkorps nach Durac zu kommen. Wegen Mangels an Munition verfolgten die Dornische nicht. Die Kamelreiter werden Durac räumen, da ein neuer Angriff in Aussicht steht; ihre Verluste betragen einen englischen Offizier tot, einen verwundet, einige fünfzig Mann tot und verwundet. Die Verluste der Dornische sollen bedeutend sein.

### Amerika.

#### Die Thammann-Wirtschaft.

Albany (New York), 12. August. Die Legislatur des Staates New York hat den Bericht ihrer Kommission gutgeheißen, in dem Gouverneur Sulzer beschuldigt wird, Wahlgelder für seinen persönlichen Gebrauch verwendet zu haben. Die Legislatur nahm darauf mit 84 gegen 30 Stimmen den Antrag des Abgeordneten Lehn an, eine Resolution auf Erhebung der Anklage gegen Sulzer zur Beratung zu stellen.

#### Castros Putsch gescheitert.

Washington, 12. August. Der amerikanische Konsul in Caracas meldet, daß der Versuch Castros, eine Revolution in Venezuela herbeizuführen, schiefgeschlagen ist. Der Konsul bestätigt, daß General Torres und seine Offiziere, die sich an die Spitze der Revolution im östlichen Teil des Landes gestellt hatten, gefangen genommen worden sind.

## Aus der Partei.

#### Totenliste der Partei.

In Aßern starb im Alter von 71 Jahren unser Parteigenosse Franz Peter. Seit Jahren war er mit einem schweren Nierleiden behaftet, gegen welches Peter öfters in Baden-Baden Linderung suchte. Franz Peter vermalte mit Sorgfalt den Fonds für die Unterhaltung der Grabstätte der Kassater Standrechtsober. Im politischen Leben trat er wenig hervor, da ihm die Rednergabe fehlte. Als Sohn eines alten Demokraten, der im Jahre 1849 in Baden für Deutschlands Einheit und Freiheit kämpfte, blieb der junge Peter der alten Demokratie treu und erkannte, wie Amand Bögg, in der Sozialdemokratie die richtige Vertreterin des Volkes. Ein stets aufmerksamer Besucher unserer Parteitage war Franz Peter auch immer bereit, für die Sozialdemokratie materielle Opfer zu bringen. Seine Einäscherung fand am Dienstag in Baden-Baden statt.

#### Der Bezirksparteitag für das östliche Westfalen und die lippsischen Fürstentümer

fand am Sonntag in Bielefeld statt, 129 Delegierte aus den 9 Kreisen des Bezirks und 15 Parteifunktionäre waren anwesend, außerdem für den Parteivorstand Genosse Braun. Dieser hob in seiner Begrüßungsansprache die zwei wichtigsten Fragen, die die Partei zurzeit beschäftigen: ob die Reichstagsfraktion ihre Pflicht getan habe und die Diskussion des politischen Massenstreiks hervor. Die Kosten der Beibringung seien vom Volke abgewehrt; diesen Erfolg sollten wir uns nicht verlämmern lassen. Zur Verzögerung liege keine Veranlassung vor. Ein gewisser Stillstand sei nach Reichstagswahlen fast stets eingetreten. Unsere Entwicklung bewente sich immer in Wellenlinien aufwärts. Viele Genossen hätten eben ihre Hoffnungen zu hoch geschraubt. Der Massenstreik sei das wichtigste und wichtigste Kampfmittel. Wollten wir es anwenden, dann dürften wir unsere Erfolge nicht verkleinern und einzelne Führer nicht verlegen. Nur durch eigene Kraft können wir siegen, deshalb müssen wir unablässig am Bau der Organisation arbeiten und die Massen mit dem richtigen Geist erfüllen. Dann werden wir die uns bevorstehenden Kämpfe auch siegreich bestehen.

Aus dem Geschäftsbericht der Bezirksleitung ist folgendes hervorgehoben: Die Mitgliederzahl stieg von 12 176 am 30. Juni 1912 auf 12 897 (darunter 1101 weibliche) am 31. März 1913. Das ist eine Zunahme um 721 oder um fast 6 Proz. Die Einnahmen betragen infolge des Massenbestandes von 8006,10 M. 37 788 M., die Ausgaben 34 405,02 M., mithin betrug das Kostenvermögen der Kreise am 31. März 3292,08 M. Die Bezirkskasse vereinnahmte 3379,81 M. und verausgabte 6128,29 M., sodas ihr ein Bestand von 2211,32 M. verblieb. An den Parteivorstand wurden 3048,08 M. abgeführt; der Bezirk erhielt als Zuschuß von diesem 4900 M. — 1398 Versammlungen fanden statt, davon waren 190 Volksversammlungen, 250 385 Flugblätter und Broschüren wurden verbreitet. Die Zahl der „Volksmacht“-Abonnenten ging um 190 zurück. Die „Arbeiter-Jugend“ zählt 900 Abonnenten. Die Zahl der Orte mit sozialdemokratischen Gemeindevorstreitern ist von 60 auf 64 gestiegen, die Zahl der Vertreter von 157 auf 172. Im lippsischen und Schaumburg-lippsischen Landtag ist ein sozialdemokratischer Abgeordneter. Das Bildungswesen wurde weiter gepflegt. Es fanden in drei Orten an je vier Abenden ein naturwissenschaftlicher Kursus, außerdem in 14 Orten solche Einzelvorträge und in zwei Orten an je vier Abenden ein literarischer Kursus und 22 solcher Einzelvorträge statt; außerdem 21 Theateraufführungen mit Max Dreher's Drama „Wintersturm“ und zwei Konzerte und Liederabende.

Außer Referaten über die Presse und Bildungsarbeit nahm der Bezirksparteitag ein Referat über „Die politische Situation und den Parteitag in Jena“ entgegen. Genosse Severing, der Referent, erörtert in den Deckungsunterlagen der Regierung eine deutsche Anerkennung unserer Macht. Das Wort: Keinen Mann und keinen Groschen für die nicht im Programm; es sei ein Schlagwort. Es wickel deshalb nicht erheben, wenn Abgeordnete, wie die Genossen Emmel, Nülle, Kunnert, Stadthagen, Geyer sich gegen die Praxien wenden, die selbst noch vor kurzem dem Manifest sozialistischer Parlamentarier Frankreichs und Deutschlands, das sich gegen jede Heeresvermehrung wandte und zum mindesten die Kosten dafür den Besitzenden aufzuerlegen verlangte, zustimmten. Und Genosse Geyer verlangte als Referent über die Reichsfinanzreform auf dem Nürnberg Parteitage selbst. Die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen politischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit einer bezugslosen Minderheit opfern.“ Bei dieser Kritik mußte man sich doch fragen: Was könnte mit diesem Aufwand von Kraft Positives für die Partei geleistet werden? Wir mühten auf dem Wirtschaftsmarkt, in der Frage der Arbeitslosenversicherung die Führung behalten. Ebenfalls ist die Gestaltung der Handelsverträge für uns auch als Produzenten wichtig.

Die Massenstreikdebatte sollte nicht in dem Tone der Rosa Luxemburg und anderer gepflogen werden, sondern man müßte den Massen zeigen, daß nur durch das Zusammengehen der Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft der Kampf um unsere Ziele siegreich sein kann. Redner empfahl folgende Resolutionen zur Annahme:

Der Bezirksparteitag für das östliche Westfalen und die lippsischen Fürstentümer erklärt sich ausdrücklich mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages bei Erledigung der Beibr- und Deckungsunterlagen einverstanden. Insbesondere begrüßt er die tatkräftige, positive Politik der sozialdemokratischen Fraktion, die es verhindert, daß auch diesmal wieder die Kosten des wahnwichtigen Betrübens den breiten Volksmassen auferlegt wurden. Sie erklärt in der Heranziehung der Besitzenden durch direkte Beibrsteuern auch eines jener Mittel, durch die die Militarisierung Deutschlands mit verhindert werden kann.

Der Bezirksparteitag hält die Einberufung eines außerordentlichen preussischen Parteitages zur Erörterung der Frage der Eröberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für geboten. Bei der Entscheidung über den Zeitpunkt der Tagung empfiehlt es sich, etwaige Rundgebungen der Regierung oder die Einberufung des Landtages zu berücksichtigen.

Die Annahme erfolgte einstimmig. Zum Schluß hielt Abg. Genosse Hirsch einen Vortrag über „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“, in dem er die Aufgaben unserer Genossen in Gemeindevertretungen durch zahlreiche Beispiele erörterte.

Der Parteitag beschloß im Anschluß an das Referat folgende Resolution:

„Im Hinblick auf die durch die nahe bevorstehende Wirtschaftskrise eintretende Arbeitslosigkeit empfiehlt der Bezirksparteitag den sozialdemokratischen Gemeindevertretern in den Orten des östlichen Westfalen und der lippsischen Fürstentümer, die Gemeindeverwaltungen zu Vorkehrungen gegen die Schäden der Arbeitslosigkeit zu veranlassen.“

Als geeignete Maßnahmen hierfür kommen in Betracht:

1. Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung und bis zur Durchführung dieser Einrichtung Gewährung von Zuschüssen an die Arbeitervereinigungen, die ihren arbeitslosen Mitgliedern Unterstützung zahlen.
2. Sofortige Inangriffnahme notwendiger kommunaler Arbeiten.
3. Vorbereitung von Kostbararbeiten.
4. Bezug von Lebensmitteln durch die Gemeinden und Abgabe zum Selbstkostenpreis an die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung.

Der Parteitag erachtet, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter durch die schnellste Vorbereitung von Anträgen die Initiative zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergreifen.“ Damit waren die Arbeiten des Bezirksparteitages erledigt.

#### Aus der nordamerikanischen Partei.

New York, 27. Juli. (Fig. Ver.) Der vor 5 Jahren ins Leben gerufene „Sozialistische Unterstützungsverein“ trägt sich mit der Absicht, ein Gut zu kaufen und dasselbe als Altersheim für bedürftige Parteiveteranen einzurichten. Ursprünglich gegründet, um Genossen, welche durch das deutsche Schanzgesetz zur Auswanderung gezwungen wurden, vor der grimmigsten Not und dem mit der öffentlichen Armenunterstützung verbundenen Mangel zu bewahren, dehnte der Sozialistische Unterstützungsverein seine Fürsorge nach und nach auf andere bedürftige Parteimitglieder aus. Der Verein zählt gegenwärtig etwa 1200 Mitglieder, meistens deutsche Genossen, aber zum Teil auch Leute, welche der Parteiorganisation nicht angehören. Der Monatsbeitrag ist auf 5 Cent (20 Pfennig) festgesetzt. Um die Einnahmen zu erhöhen, werden von Zeit zu Zeit Vergünstigungen veranfaßt, die sich durchgehends eines guten Besuchs erfreuen und Ueberflüsse ergeben.

## Soziales.

#### Die Hinterbliebenenversicherung.

Mit jedem Rechnungsabluß tritt klarer zutage, wie sehr die Versicherten in Deutschland durch die Hinterbliebenenversicherung der neuen Reichsversicherungsordnung geleimt wurden. Geradezu aufreizend sind die Ziffern der Landesversicherungsanstalt Schlesiens für den Monat Mai des laufenden Jahres. Danach wurden für die Hinterbliebenen der ganzen Provinz ausgezahlt an Witwenrente 8015 M., an Waisenrente 22 805 M., an Wittwengeld 6443 M., an Witwenfrankenrente 18 M., an Waisenloshaussteuer 104 M.; alles in allem 32 885 M. Ueberträgt man diese kolossale Leistung auf alle zwölf Monate des Jahres, so ergibt sich eine Gesamtausgabe von kaum 4 000 000 M. Demgegenüber muß aber hervorgehoben werden, daß den Hinterbliebenen die Beiträge verlorben, die im Jahre 1911 noch 882 000 M. betragen, nicht mehr zurückgezahlt wurden. Und zum Schluß muß berücksichtigt werden, daß der Etat der Landesversicherungsanstalt mit einer Eröberung infolge der Erhöhung der Beiträge rechnet, die 8 Millionen Mark ausmacht, nämlich 23 Millionen Mark statt bisher 15 Millionen. Was haben also die Arbeiter in Schlesien von der neuen Hinterbliebenenversicherung?

Sie zahlen mehr 8 000 000 M.  
Sie erhalten weniger 882 000 M.  
Sie erhalten mehr rund 400 000 M.  
Fast 9 Millionen Mark Verlust und keine halbe Million Gewinn! Das mehrgezahlte Geld sammelt sich in den Kassen der Versicherungsgesellschaften an und befriedigt das Anleihenbedürfnis der Agrarier, der Industriellen und des Staates. Aus den Taschen der Arbeiter genommen dient es den Interessen seiner Gegner. (Siehe auch 1. Beilage.)

## Letzte Nachrichten.

#### Androhung von Repressivmaßnahmen in Böhmen.

Brag, 12. August. (B. Z. V.) Eine amtliche Mitteilung erklart die Witternachrichten für durchaus falsch, die berichten von angeblichen Erlassen betreffend strenger Weisungen hinsichtlich der Handhabung von Brechpolizei, des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie über äußerst rigorose Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eventuell durch Waffengewalt. Die Statthalterei gab mit Rücksicht darauf, daß die Einsetzung der Landesverwaltungs-Kommission die Öffentlichkeit lebhaft beschäftige, tatsächlich einen einzigen Erlass heraus, der vollkommen gesetzmäßig den Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt, daß der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Eröberung bezüglich der Landesverwaltungs-Kommission in keiner Weise in den Weg getreten werde, daß jedoch völlig gesetzwidrige Ausführungen mit den entsprechenden gesetzlich vorgesehenen Vorbeugungs- und Repressivmaßnahmen zu behandeln sein werden. Die Mitteilung stellt fest, daß die zahlreichen bisherigen Rundgebungen bezüglich der Kommission erfreulicherweise zu keinerlei besonderem Einschreiten Anlaß geben.

#### Sie wollen keine Bulgaren werden.

Athen, 12. August. (Meldung der Agence d'Athènes.) Die Abwanderung der Griechen und Russen aus Athen ist all-gemein. Die Leute wollen keinesfalls wieder Bulgaren werden; sie fürchten für ihr Leben und ihr Vermögen. Die griechische Regierung ist sehr in Sorge, denn sie muß dieser Bevölkerung, die ausgedehnte Besitzungen und wertvolle Häuser im Stich gelassen hat, die erste Hilfe leisten. Die zuerst angekommenen Flüchtlinge wünschten nach Kowalla gebracht zu werden.

#### Greshs Politik findet in England Billigung.

London, 12. August. (B. Z. V.) Unterhaus. Bonar Law brachte zum Ausdruck, daß Greshs Politik allgemeine Billigung finde und wünschte dem Staatssekretär Glad zum Erfolg seiner Anstrengungen zur Vermeidung eines europäischen Krieges.



Gewerkschaftliches.

Eine Kennzeichnung der Gelben.

Der Hauptaufschwung nationaler Arbeitervereine, in dem sich alles vereinigt, was von Vertretung der Arbeiterinteressen nichts wissen will, hielt kürzlich mit vielem Lärm und Tara eine Tagung in Hamburg ab.

Was diese Hoffnung anbetrifft, so werden natürlich die Klassenbetrefften Arbeiter bestrebt sein, sie zu schanden zu machen. Aber auch auf die großen Zahlen stolz zu sein, haben die Racher der gelben Bewegung keine Ursache.

Wer möchte auch wohl Gemeinschaft haben mit den gelben Verrätern der Arbeiterinteressen. Jeder Arbeiter, der auf Ehre hält und die Pflicht der Solidarität kennt, geht den Gelben aus dem Wege.

Das Verhältnis zu den übrigen Organisationen gestaltet sich mit der zunehmenden Bedeutung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung immer ungünstiger.

Die katholischen Arbeitervereine, deren eine Gruppe in den Berliner Fachabteilungen ihre eigene gewerkschaftliche Organisation hat, während die andere Gruppe in engsten Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften steht, nichts von unserer Bewegung wissen wollen, ist erklärlich.

Dieses Verhalten eines gelben Führers ist eine treffende Kennzeichnung seiner eigenen Bewegung. Weder schwarze noch blaue Organisationen wollen Gemeinschaft mit den Gelben haben.

Kleines feuilleton.

Zwei Briefe von Karl Marx. In der Handschriftensammlung Barnhagens von Enke, die in der Berliner Königl. Bibliothek aufbewahrt wird, hat Dr. Gustav Raper, der den mährischen Frühzeiten der demokratischen Bewegung in Deutschland nachforscht, zwei bisher unbekannt gebliebene Briefe gefunden.

Der erste Brief ist nach Paris gerichtet, wohin Lassalle im Sommer 1855 — zu welchem Zweck, ist nicht bekannt — gereist war. Er erbat von Marx die Adressen von Pariser Gesinnungsgenossen.

Marx ist damals lächerlich unter dem Tode seines einzigen Knaben. Auch dies Ereignis berührt der Brief: „Waco sagt, daß wirklich bedeutende Menschen so viel Relationen zur Natur und der Welt haben, so viel Gegenstände des Interesses, daß sie jeden Verlust leicht verkümmern.“

Zum Schluß ein Gruß an den alten Freund und Gefährten der Pariser Zeit, an Heinrich Heine, den Wärtner der Matrosengruft: „Siehst Du Heine wieder, so grüße ihn von mir.“

Der Brief gibt auch Nachricht von einem aus dem Redaktionsstab der „Neuen Rheinischen Zeitung“, von Georg Weerth, mit dem auch Lassalle gut befreundet war.

von jedem ehrenwerten Arbeiter, so stehen die Gelben da, bis sie einmal wieder von der Bildfläche verschwunden sein werden.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Mühlenmacher.

Die im Deutschen Mühlenverband organisierten Mühlenarbeiter und Arbeiterinnen haben gemeinsam mit den in diesem Berufe tätigen Zwischenmeistern Forderungen an die Arbeitgeber gestellt.

Am Montag fand wiederum eine öffentliche Versammlung aller Mühlenarbeiter und Arbeiterinnen und der Zwischenmeister statt, in der das Resultat der neuerlichen Verhandlungen mit Fabrikanten bekanntgegeben wurde.

Im Verlaufe der Versammlung ließ noch ein Schreiben von dem Verein der Berliner Mühlenfabrikanten ein, in dem diese sich bereit erklären, ihren Meistern eine Lohnserhöhung zu gewähren, daß sie aber aus technischen Gründen nicht in der Lage seien, einem Minimaltarif zuzustimmen.

Nach längerer Diskussion, die den starken Unmut der Anwesenden scharf zum Ausdruck brachte, wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Meister auf Grund des Schreibens mit den Fabrikanten nochmals in Verhandlungen treten werden.

Achtung, Freiseurgehilfen! Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt: Köhler, Mügener Str. 16; Wolf, Ranteuffelstraße 68; Rybicki, Waldstr. 24.

Transportarbeiterstreik in Eberswalde.

Die Expeditious- und Kohlenarbeiter befinden sich im Ausstand. Die Firmen versuchen aus Berlin Streikbrecher heranzuziehen, ebenso aus Stettin und Hamburg.

Deutsches Reich.

Der Werftarbeiterstreik in Hamburg.

Auf der gestern in Hamburg abgehaltenen Delegiertenversammlung der beteiligten Verbände herrschte die Auffassung vor, daß die Werftarbeiter nach der Entscheidung des Verbandstages der Metallarbeiter bereit seien, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Ueber eine angebliche Streikrawallzene in Hamburg-Altona geht durch die bürgerliche Presse eine Mitteilung, daß in der Nacht zum Sonntag, also vom 9. zum 10. August, in der „großen Freiheit“ in Altona Arbeitswillige von streikenden Metern und Werftarbeitern belästigt worden seien.

Der ganze Hergang hat, wie durch Augenzeugen festgestellt worden ist, mit den Streikenden oder Arbeitswilligen gar nichts zu tun.

Es handelt sich um einen Straßentumult, wie er leider in jener Gegend nicht ganz selten vorkommt. Zwei betrunkene jüngere Leute sind aus einer der dortigen Gastwirtschaften gekommen, sind auf der Straße umhergetaumelt, bis ein Polizeibeamter einen nach der Wache hinführen wollte.

Ausland.

Der Generalstreik in Italien.

Wenn die vorliegenden Meldungen des Telegraphischen Korrespondenzbureaus zutreffen, scheint der von der Syndikalistischen Richtung proklamierte Generalstreik nicht ausgeführt worden zu sein.

Der Generalstreik der von Montag nachmittag 4 Uhr für ganz Italien allgemein sein sollte, hat bis jetzt in dem geschäftlichen Leben Rom nur wenig Störungen verursacht.

Ein spät abends eingetroffenes Telegramm unseres Korrespondenten sagt: In Rom streifen die Typographen, Maurer und Erdarbeiter sowie die Straßenbahner.

Deutscher Bauarbeiterichutzkongress.

Leipzig, den 12. August 1913.

In der heutigen Sitzung hielt Professor Dr. Sommerfeld in Berlin einen Bildbildevortrag über die Berufskrankheiten im Baugewerbe.

Seine Ausführungen führten ihn zu dem Schluß, zu verlangen, daß Berufskrankheiten den Betriebsunfällen gleichgestellt und ebenso wie die Unfälle angezeigt und entschädigt werden müßten.

In der anschließenden Diskussion besprach Streine-Hamburg vom Malerverband insbesondere die Wirkungen der Bleifarben. Er erklärte, daß die Eigenart des Malerberufes die wirksame Bekämpfung der Bleikrankheit sehr erschwere.

Staudinger (Leipzig (Steinarbeiterverband) fordert ebenfalls die Durchführung des § 547 der Reichsversicherungsordnung und wendet sich gegen die Erledigung einer Eingabe seines Ver-

ahren Arbeiterschaft ist er bis heute heraus als erster Dichter einer sozialistisch gerichteten Lyrik bekannt geblieben. Das Feuilleton der „Neuen Rheinischen Zeitung“ wurde seiner schlagfertig-ausgelassenen satirischen Kampflust anvertraut und trug ihm drei Monate Kölner Arresthaus ein.

Daß die beiden Marx-Briefe, die G. Mayer in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht hat, sich in den Händen Barnhagens befanden, erklärt sich aus den freundschaftlichen Beziehungen, die Lassalle zu diesem Manne der tiefsten Verbindungen unterhielt.

Mannchen-Pis und die frommen Jücker. Aus Brüssel teilte der „Vorwärts“ vor einigen Tagen mit, daß dem berühmten bronzenen Anblein, das auf die natürlässliche Weise der Welt Wasser in einem kleinen Wogen in ein Bassin sprudeln läßt, vom Volkswitz arg mitgepielt worden sei.

Uns ist es hier weit schlimmer ergangen. Wir haben an der Weinbergstraße eine Brunnenanlage mit einer entzückenden Ausbildung des Original-Mannchen-Pis, die denkbar lieblich-würdiger Weise die Vorübergehenden ergötzt.

hinan, den rohe Sittensagerei zwingt, das Wasser bei sich zu behalten, bis ein schweres Blasenleiden ihm bereinst ein trauriges Ende bereiten wird.

Über das ist nicht das einzige Mal, daß sich die Sittensagerei unserer spießbürgerlichen Demokratie manifestiert: Im vorigen Jahre schenkte ein Stadtbaumeister der Stadt zu ihren fast 400 Brunnen einen weiteren, der ungefähr 50 000 fr. kostete und eine vornehme Fierde des Wirkplatzes bildet.

Auch an diesen Schuftigkeiten trägt, wie überall, wo Rehnliches geschah, die fromme Tagespresse die Schuld: sie drehte so lange, bis sie ihren Willen hatte und heuchelt nun tapfer Schuldlosigkeit und Harmlosigkeit.

Die Erkennbarkeit der optischen Eisenbahnsignale. Ein reiches Material seiner kritischen Studien über die Sichtbarkeit der Farben der Eisenbahnsignale, die von so hoher Bedeutung für die Sicherheit der Fahrenenden ist, hat ein Dr. Ginefous zu einem Buche vereinigt.

Das Material seiner kritischen Studien über die Sichtbarkeit der Farben der Eisenbahnsignale, die von so hoher Bedeutung für die Sicherheit der Fahrenenden ist, hat ein Dr. Ginefous zu einem Buche vereinigt.

Jigemerische Sprachweisheit. Echter Volkswitz, in die Form kurzer Sätze gegossen und schlagen wichtig, sind die Sprüche, die G. Schmidt unter Jigemern gesammelt hat und in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht: Wenn deine Frau mit dir zankt, hat sie etwas auf dem Gewissen.

bandes durch den Ministerialdirektor Dr. Caspar vom Reichsamt des Innern, der mit Berufung auf das Verbot des Wiener Arztes Dr. Baze über die gesundheitlichen Verhältnisse der Steinmetze erklärt habe, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose bei den Steinarbeitern nicht größer sei als bei den übrigen Arbeitern. Wer das Buch gelesen hat, muß sich darüber wundern, daß Dr. Caspar eine derartige Antwort gibt. (Sehr richtig!) Während die durchschnittliche Sterblichkeit in Deutschland 17 bis 18 pro Tausend beträgt, ist der Durchschnitt der Sterblichkeit im niederösterreichischen Sandsteingebiet 81 pro Tausend. (Hört! hört!) Die Ausstellung der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands auf der Leipziger Kaufmannsausstellung liefert zahlreiche Beweise für die Wichtigkeit unserer Klagen. (Zustimmung.)

**Wälder-Verlin (Waldhauer):** Uns ist es gelungen, unsere Arbeitsbedingungen wesentlich zu verbessern und infolgedessen haben sich auch die Gesundheitsverhältnisse bei uns gehoben. Wir haben im allgemeinen den Siebenstundentag durchgesetzt (hört! hört!) und bedauern, daß die Reichsregierung bei ihren Vorschriften für unser Gewerbe diesen in Wirklichkeit erreichten Siebenstundentag immer noch als nicht vorhanden betrachtet.

Professor Dr. Sommerfeld erklärt in seinem Schlußwort, daß nach von ihm angestellten Versuchen, die Weisfarben im Innenauftritt durch Anstrichen vollständig ersetzt werden können und auch im Außenanstrich nahezu einbehaltlich sind.

Damit ist diese Diskussion geschlossen und es wird die Diskussion zu Punkt 2 fortgesetzt. Mehrere Redner trugen aus ihren Erfahrungen lebens- und gesundheitsgefährliche Mängel im Baubetriebe vor. — Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wird die vorliegende Resolution einstimmig angenommen. Die weiter dazu vorliegenden Anträge werden zum Teil durch die Resolution als erledigt erklärt, zum Teil den Gewerkschaftsvorständen und der sozialpolitischen Abteilung der General-Kommission zur weiteren Veranlassung überwiesen. — Ueber den letzten Punkt der Tagesordnung:

**Die beabsichtigte Regelung des Submissionswesens durch Reichsgesetz**  
referiert Silber-Schmidt: Er begründet folgende Resolution:

„Am die Mängel im Submissionswesen zu beseitigen, hält der Dritte Bauarbeiterkongress die Einführung des Regievertriebes bei Ausführung der öffentlichen Arbeiten für dringend geboten. Staat, Reich und Gemeinden sind die größten Arbeitgeber in unserem Wirtschaftsleben, die ein nach Millionen zählendes Heer von Arbeitern und Angestellten beschäftigen. Aus der staatsbürgerlichen Stellung der Beschäftigten ist der Rechtsanspruch und das Verlangen hinreichend begründet, daß die wirtschaftliche Stellung gegenüber dem Privatbetrieb miteingestuft und in der Durchführung des Arbeiterschutzes und der sozialen Fürsorge vorbildlich ist und zur Weisheit anregt. Als zur Einführung der Regiearbeit ist eine Neuordnung des Submissionswesens zu fordern. Bei Vergabe öffentlicher Arbeiten und Lieferungen soll der Unternehmer zur Erfüllung bestimmter Bedingungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten verpflichtet werden. Als solche kommen in Betracht:

1. Den Arbeitern und Angestellten ist das Koalitionsrecht in vollem Umfange zu gewähren.
2. Die Durchführung und Einhaltung der zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen vereinbarten oder tariflich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen oder, soweit solche nicht bestehen, die gewerblichen Löhne, Arbeitszeiten und sonstigen Arbeitsbedingungen.
3. Die bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen aller Art durchzuführen.
4. Mehrlinge in unterhältnismäßiger Zahl bei Ausführung der Arbeiten einschließlich der Herstellung der Lieferungen nicht zu beschäftigen.
5. Bei Neueinstellung von Arbeitern die von den Kommunen oder von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gemeinschaftlich erteilten paritätischen Arbeitsnachweise zu benutzen.
6. In erster Linie ortsangehörige und ferner inländische Arbeiter zu beschäftigen, bevor Ausländer eingestellt werden.
7. Arbeiten und Lieferungen dürfen nicht an Zwischenunternehmer vergeben werden.
8. Der Zuschlag darf demjenigen nicht erteilt werden, der wiederholt gegen die Bestimmungen des Unfalls-, Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherungsgesetzes verstoßen hat.
9. Dem Unternehmer ist eine Verpflichtung zur angemessenen Sicherheitsstellung aufzuerlegen, aus der die bauleitende Behörde im Bedarfsfalle berechtigt ist, die rückständigen Löhne und Ge-

eine Erfindung. — Der beste Schlaf ist vor Mitternacht. Also wache, wenn die Leute zu schlafen. — Der Sämerz hört auf, wenn du nicht auf ihn hörst. — Weisheit kommt so pünktlich, wie dem Gehängten die Begnadigung. — Wenn du morgen zu essen hast, ist heute ein schöner Tag. — Gut stehen ist schwerer als gut sitzen. — Wer langsam aus dem Bett steigt, ist rasch in den Kleidern. — Verachte dein Haus nicht eher, als bis du einen Sarg hast. — Wer die Leute dumm machen kann, ist ein kluger Mann.

Ein vorgeschichtliches Grab ist in der Nähe der schottischen Stadt Forres entdeckt und von Professor Reid aus Aberdeen untersucht worden. Die darin gefundenen Reste sind die eines Mannes von durchschnittlichem Typus, der wahrscheinlich ein Vertreter der vorhistorischen Bewohner Großbritanniens gewesen ist. Unter dieser Voraussetzung würde das Alter des Grabes auf 2-3000 Jahre zu schätzen sein. Auffällig ist die geringe Größe des Skeletts, die auf nur 150 oder 160 Zentimeter angegeben wird. Leider erwiesen sich die Knochen als weniger gut erhalten, als es bei ihrer ersten Aufdeckung erschien. Der Boden des Grabes war mit kleinen Steinen belegt, sonst aber konnte kein Gegenstand aufgefunden werden, der eine genauere Bestimmung des Alters ermöglicht hätte. Die Knochenbildung verrät übrigens, daß diese Urbewohner Schottlands in einer nach vorn geneigten Haltung zu sitzen pflegten und daß die Zähne überhaupt unbekümmert blieben. Der Fundort dieser Knochenreste, die nach Aberdeen geschafft worden sind, liegt in Nordschottland nahe der Meereshöhe Hindhornbay.

### Notizen.

— Theaterchronik. Das Deutsche Künstlertheater (Theater der Sozialität) eröffnet seine Vorstellungen am 21. August mit der Aufführung von Shakespeares „Wilhelm Tell“. Herr Hart Hauptmann leitet die Inszenierung.

— Die Fremdenlegation auf der Wähne. Der Kommandeur der französischen Fremdenlegation, Erwin Rosen, hat seine Wissenschaft zu einem vieraktigen Drama „Casford“ verwertet.

— Gründung von Alkoholforschungsinstituten. Die englische Temperenzlerliga hielt bei Gelegenheit des Londoner internationalen Kongresses eine Versammlung ab, an der sich viele Ärzte und Forscher beteiligten. Im Anschluß daran wurde ein deutscher Arbeitsausschuß zur Gründung von Alkoholforschungsinstituten gebildet.

— Magier Horzi ist noch der „Neuen freien Presse“ in Rastatt schwer erkrankt.

— Ein Resothorium-Trust ist von den Hauptproduzenten dieses wichtigen Heilmittels gebildet worden. Jede Hoffnung, daß der neue Kapitalistenbund den ungeheuerlich emporgeschauerten Preis seines Produkts — 200 M. pro Milligramm — herunterdrücken werde, ist natürlich eitel. Die Zwischenhändler, die minderwertige Ware für schweres Geld liefern, sollen abgetan werden. Man will das Geschäft ganz allein machen.

— Ueber die Heilung von Geisteskranken durch Radiumbestrahlung haben die französischen Ärzte Wardand, Dominici und Cheron auf dem internationalen Kongress in London Mitteilung gemacht. Die Versuche haben in der bekannten Grenant'schen Charbonnet de Paris stattgefunden, die von Dr. Morchand geleitet ist. Von 20 Geisteskranken, die behandelt wurden, sollen 14 in sehr kurzer Zeit geheilt worden sein.

bälter und die Beiträge für die Arbeiterversicherung direkt an die Geschädigten zu zahlen.

10. Der Unternehmer ist verpflichtet, der Behörde auf Verlangen jederzeit in die mit den Arbeiterorganisationen geschlossenen Tarifverträge und anderen Vereinbarungen Einsicht zu gestatten und über deren Erfüllung unter Vorlegung der Lohnlisten und sonstigen Unterlagen Aufschluß zu erteilen.

Unternehmer, die bei früheren Aufträgen diesen Verbindlichkeiten nicht in vertretbarer Weise nachgekommen sind, und solche, die die Erfüllung der Bedingungen nicht anerkennen wollen, sind von der Bewerbung auszuschließen. Den Unternehmern, die die übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht erfüllen, ist die übertragene Arbeit oder Lieferung zu entziehen. Die Behörde hat vor Erteilung des Zuschlages für die Ausführung der Arbeit oder der Herstellung der Lieferung die am Orte oder für den Bezirk vorhandenen Vertreter der Arbeiterverbände darüber zu vernehmen, ob und welche Gewähr der für die Vergabe der Arbeit in Frage kommende Unternehmer bietet, daß die unter 1 bis 10 genannten Bedingungen erfüllt werden.

Zur Begründung dieser Resolution wurde vom Referenten ausgeführt: Solange die Arbeiter nicht den Lohn für ihre Arbeit erhalten, solange nicht für das Interesse der Gesamtheit, sondern für den Profit produziert wird, solange werden auch die Arbeiter bei den Submissionen mit ihren Forderungen nicht berücksichtigt werden; erst wenn diese Zustände beseitigt sind, wird es besser werden. Wir fordern die Erziehung der Submissionsarbeiten durch Regiearbeiten, aber eine Vorbedingung ist natürlich, daß den Staatsarbeitern ihre staatsbürgerlichen Rechte gesichert werden. (Stürmischer Beifall.) Wir sehen in der Post und Eisenbahn großartige Organisationen, aber wir sehen hier zugleich die bürokratische Antreiberei und verschiedene Mängel. Es ist klar, daß auch für staatliche Regiebetriebe erst die Erfahrungen gesammelt werden müssen, ebenso wie sie die Gemeinden für ihre großartigen Unternehmungen sammeln mußten. Also einzelne Mängel beweisen nichts gegen das Prinzip. Der Redner erwähnt dann, daß in Offenbach a. M., der einzigen deutschen Stadt mit einer sozialdemokratischen Mehrheit, die Mindestforderungen seiner Resolution bereits erfüllt seien und daß auch in Karlsruhe das Koalitionsrecht der Arbeiter bei Submissionsunternehmern gesichert sei. Dagegen sehen wir in Rülpsen im Elbich den furchtbaren Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der bewaffneten Macht infolge der Mängel im Submissionswesen in dieser preussischen Provinz. Unsere Forderungen über die Submissionen sind ein erheblicher Teil des Bauarbeiterkampfes. Wir müssen mit all unserer Kraft für ihre Durchführung eintreten.

Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen und die vorliegenden Anträge auch hier teils für erledigt erklärt, teils der sozialpolitischen Abteilung der General-Kommission überwiesen.

In seinem Schlußwort warf der Vorsitzende Baplow einen Rückblick auf die Arbeiten des Kongresses und fügte hinzu: Der Bedeutung des Bauarbeiterkampfes wird die Öffentlichkeit sich nicht verschließen können. Wir haben diesmal die Behörden nicht eingeladen. Wir haben das früher getan, aber sie hatten keine Zeit, die Klagen der Bauarbeiter anzuhören. Nun, wer sich darüber informieren will, der findet reiches Material. Hinter unseren Forderungen muß unsere organisierte Macht stehen. Aber das bitte ich nicht so aufzufassen, als ob nun gleich überall, wo etwas nicht in der Ordnung ist, die Arbeit niedergelegt werden sollte. Erst müssen wir unsere Forderungen von Mann zu Mann weitergeben, müssen die gesamte Arbeiterschaft mit dem Bewußtsein von ihrer Notwendigkeit erfüllen. Wenn dann ein anderes Mittel nicht verfangt, werden wir der Gesellschaft unsere Macht zeigen müssen. (Stürmischer Beifall.) Ich will bei Ihnen keine Hoffnungen erwecken, aber wir müssen nach wie vor alles tun, um die Macht zu erreichen und sie mit Disziplin zu gebrauchen. (Beifällige Zustimmung.) Arbeiten wir also in diesem Sinne weiter, trotzdem wir, die organisierte Macht zu erwerben. In diesem Sinne schreibe ich mit dem Ruf: Die Organisationen der deutschen Bauarbeiter und der deutsche Bauarbeiterkampf, sie leben hoch!

### Die Neuwahlen zu den Ausschüssen und Vorständen der Krankenkassen in Preußen

Sollen nach einem jetzt veröffentlichten Ministerialerlaß vom 22. Juli 1913 schnellst möglich vorgenommen werden. Nach einer früheren Ministerialverordnung sollten die Wahlen zu den Ausschüssen und Vorständen der neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen bis Anfang November stattfinden. Diese preussische Ministerialverordnung ist aber durch eine Verordnung des Bundesrats vom 11. Juli 1913 umgekehrt worden. Nach dieser Bundesratsverordnung sollen die Wahlen für die neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen bis zum 1. Oktober 1913 beendet sein. Infolge dieser Bundesratsverordnung hat der preussische Handelsminister nunmehr bestimmt, daß die Wahlen zu den übrigen Krankenkassen, die zugelassenen besonderen Ortskrankenkassen, die Betriebs- und Innungs-Krankenkassen, ebenfalls so zeitig vorzunehmen sind, daß die Kassenorgane vom 1. Januar 1914 ab den neuen Vorschriften entsprechend zusammengefaßt sind.

Während die Wahlen bei den neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen von den Versicherungsämtern vorzubereiten sind, haben bei den bestehenden Kassen deren Vorstände diese Arbeit zu leisten. Zum Teil sind die Wahlen für die neuerrichteten Kassen schon ausgeschrieben worden. Hierbei ist es wichtig, die Vorschriften über die Aufstellung der Wählerlisten zu beachten. Die Wählerlisten bei den neuerrichteten Kassen sind nach den Mitgliederlisten der Kassen aufzustellen, die in die neue Kasse aufgehen. Da außerdem die neu in die Versicherung Eintretenden wahlberechtigt sind, müssen auch sie in die Wählerliste aufgenommen werden. Sie werden durch öffentliche Bekanntmachung des Versicherungsamtes aufgefordert, sich zur Eintragung in die Wählerliste zu melden. Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste aufgenommen sind, sind zur Wahl zugelassen, wenn sie in einer alle Mitglieder des Wahlschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen. Die Auseraumung der Wahl muß so zeitig erfolgen, daß den Beteiligten genügend Zeit bleibt, sich über die zu wählenden Personen schlüssig zu machen und ordnungsmäßige Vorschlagslisten einzureichen.

Die Beteiligung an diesen Wahlen ist nach dem neuen Wahlrecht zu den Krankenkassen von größter Wichtigkeit. Denn bei der nunmehr anzuwendenden Verhältniswahl kommt es bekanntlich auf jede Stimme an. Mit der bisher vielfach zu beobachtenden Gleichgültigkeit gegenüber den Krankenkassenwahlen muß es deshalb vorbei sein.

An der oben erwähnten Bundesratsverordnung ist noch bemerkenswert, daß sie, wie schon einmal, die Verordnungen des preussischen Ministeriums durchkreuzt. Während die preussischen Verordnungen immerhin einige Rücksicht auf die Praxis nehmen, kümmert sich der Bundesrat mit seinem im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Verordnungsentwurf überhaupt nicht um die Bedürfnisse der Krankenkassen. In diesem Falle ist er sogar vor einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen nicht zurückgeschreckt. Entgegen den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gibt der Bundesrat den Versicherungsämtern den Auftrag, die Geschäfte der neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen (Abschluß der Verträge mit Angestellten, Ärzten, Apothekern usw.) wahrzunehmen, wenn die Kassenorgane am 1. Oktober 1913 noch nicht gewählt sind. Der Bundesrat wollte diesen Verstoß gegen das Gesetz nur damit rechtfertigen, daß ihm Artikel 100 des Einführungsgesetzes die Blankovollmacht erteilt, noch andere als die vom Reichstage beschlossenen Übergangsbestimmungen zu erlassen. Allerdings sind die Kassenorgane berechtigt, die vom Versicherungsamt abgeschlossenen Verträge wieder zu kündigen. Um so mehr wird es daher notwendig sein, für eine geeignete und sachverständige Vertretung der Beschäftigten in den Kassenorganen zu sorgen.

### Aus Industrie und Handel.

#### Sinkender Fleischverbrauch.

In dem gleichen Tempo wie die Fleischpreise steigen, geht der Fleischkonsum zurück. Es ist von ärztlichen Autoritäten einwandfrei festgestellt worden, daß die Versorgung Deutschlands mit Fleisch selbst in normalen Zeiten den an eine ausreichende Ernährung des Volkes zu stellenden Anforderungen nicht genügt. Dies gilt erst recht bei den gegenwärtigen Zuerungsverhältnissen. Die ohnehin schon unzureichende Fleischversorgung ist im laufenden Jahre noch weiter zurückgegangen. Aus der Fleischbeschaus- und Außenhandelsstatistik berechnet sich der Fleischverbrauch im zweiten Quartal 1912 und 1913 pro Kopf der Bevölkerung auf Kilogramm:

	Zweites Quartal 1912	1913
Rindfleisch . . . . .	3,56	3,40
Kalb- und Hammelfleisch . . . . .	0,54	0,70
Schweinefleisch . . . . .	5,83	5,03
Hammelfleisch . . . . .	0,19	0,15
Ziegenfleisch . . . . .	0,09	0,04
Insgesamt 10,14	9,32	

Der gesamte Fleischverbrauch belief sich im zweiten Quartal 1913 auf 624 083 Tonnen gegen 646 381 Tonnen im Vorjahre. Die Versorgung mit im Inlande geschlachtetem Fleisch ist von 624 074 Tonnen auf 613 177 Tonnen zurückgegangen. Die Einfuhr (abzüglich des Exports) sank von 12 207 Tonnen auf 10 906 Tonnen. Daß die Einschränkung des Fleischkonsums in erster Linie die weniger bemittelten Volksschichten trifft, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Die Konjunktur in der Eisenindustrie hat in der letzten Zeit erheblich nachgelassen, wie auch aus den Ziffern der Außenhandelsstatistik hervorgeht. Es betrug im Monat Juni (in Doppelzentnern):

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1912	1913	1912	1913
Roheisen . . . . .	161 590	143 460	667 990	694 130
Rohblöcke . . . . .	18 600	8 270	608 170	418 120
Träger, eiserne . . . . .	6 560	770	444 100	435 400
Schienen und Schwellen . . . . .	3 700	310	420 370	384 530

Einfuhr und Ausfuhr sind also im vergangenen Monat erheblich niedriger gewesen als im Juli des Vorjahres. Der Rückgang des in- und ausländischen Verbrauches, der in dem Sinken der Eisenpreise schon lange in Erscheinung tritt, wird durch diese Zahlen bestätigt.

Der Abbau des Fürstentumens. Ueber die Ursache der Schwierigkeiten des Fürstentumens erfährt man jetzt, daß der Konzern seine dringenden Geldbedürfnisse durch Lombardierung (Verpfändung) von Wertpapieren befriedigt hatte, in der letzten Zeit aber nicht imstande war, die Lombards einzulösen. Um sich aus der verfahrenen Lage zu retten, übertrug der Konzern die Ordnung seiner Angelegenheiten der Deutschen Bank, die insgesamt für etwa 50 Millionen Mark Lombards auszulösen hatte. Der größere Teil der besseren Werte ist jetzt von der Deutschen Bank verkauft worden. Für vier Millionen Mark Omnibusaktien übernahm die Hochbahngesellschaft. Der böhmische Braunkohlenindustrielle und -Großhändler Betschler erwirbt für drei bis vier Millionen Mark Niederlausitzer Kohlen-Aktien und für zehn Millionen Mark Hohenlohe-Aktien. Die Aktien der weiteren weniger rentablen Unternehmungen des Fürstentumens werden ebenfalls abgetrieben werden, falls die Deutsche Bank nicht den bequemeren und für sie rentabileren Weg des Konkurses dieser Unternehmungen wählt. Die Aktionäre würden allerdings dabei leer ausgehen.

### Soziales.

#### Ein erregter Vorsitzender.

In der gestrigen Sitzung des Innungs-Schiedsgerichts kam es zu recht erregten Szenen.

Ein Kläger hatte von seinem Arbeitgeber die Aufforderung erhalten, zwecks endgültiger Abrechnung zu ihm zu kommen. Er glaubte triftige Gründe zu haben, das nicht zu tun. In der Verhandlung spielte dieser Umstand eine Rolle. Der Kläger meinte auf eine Frage des Vorsitzenden nicht einfach mit „Ja“ antworten zu sollen, sondern wollte zugleich auch seine Handlung begründen. Dies ließ aber der Vorsitzende nicht zu. Der Kläger schloß sich dadurch offenbar in der Wahrnehmung seiner Rechte beeinträchtigt, sprach weiter und wurde etwas erregt, als ihm Ruhe geboten ward. Jetzt verlor der Vorsitzende Dagemann die Selbstbeherrschung. Er verbat sich in hochgradiger Erregung „solch frechen Ton“ und was dergleichen „liebenswürdige“ Redensarten mehr waren.

Als dann die Parteien das Sitzungszimmer verlassen hatten, damit das Gericht berate, drang die Stimme des offenbar stark erregten Vorsitzenden durch alle Türen. Es fand im Beratungszimmer — soviel hörte man aus den durch die Türen des Beratungszimmers hindurch schallenden Worten des Vorsitzenden —, eine Auseinandersetzung gegen die geschilderte Art des Vorgehens des Vorsitzenden statt. Schließlich kam ein Arbeiterbeifügiger Streitkopf heraus. Er hatte ausscheiden müssen, weil ein Arbeitgeberbeifügiger fehlte.

Menschlich begreiflich ist, daß ein Vorsitzender manchmal nur ein „Ja“ oder „Nein“ auf eine Frage hören will. Aber aus guten Gründen räumt kein Gesetz dem Vorsitzenden das Recht auf Erfüllung solchen Wunsches ein. Es würde ja sonst die Aufklärung des Tatbestandes und die Erwerbung der Wahrheit erheblich gehindert werden. Wir sagten „menschlich begreiflich“ sei solch Wunsch eines Vorsitzenden, und er kommt recht häufig zum Ausdruck. Er entspricht dem Wunsch, eine Verhandlung abzukürzen und allein die Ausfüllung eines Schemas zu verlangen, das der Vorsitzende nach dem ihm bis dahin Bekannten zur Entscheidung für ausreichend hält. Vor solchem mehr oder minder auf Voreingenommenheit beruhenden Schema sollte sich jeder Vorsitzende hüten. Auch bei ordentlichen Gerichten wird oft dagegen gefehlt. In Erinnerung ist uns, wie der sehr joviale Landgerichtsdirektor Suttman einmal einen Sachverständigen anfuhr, der die ihm gestellte Frage nicht mit „ja“ oder „nein“, sondern mit längeren Darlegungen beantwortete. Der Sachverständige erwiderte: „Aber, Herr Direktor, ich bin doch kein Angeklagter oder gar schon Beurteilt, ich bin ja nur Sachverständiger.“ Der Direktor sah einen Moment den Sachverständigen ganz perplex an, dann erklärte er lachend: „Sie haben ganz recht; ich bin hier der Angeklagte, von mir selbst wider Willen angeklagt, jetzt mit Bewußtsein von mir verurteilt. Nehmen Sie nicht abel, was mir im falschen Eifer rauspläzt.“ Damit war die Sache zur Zufriedenheit aller erledigt. Solche Menschlichkeiten können jedem Richter zustehen. Was ihm aber nicht zuzustehen darf, das sind beleidigende Bemerkungen gegen die Partei, die lediglich ihre Rechte wahrnehmen will. Da sollte der Richter, auch der Innungsschiedsgerichtsrichter, an die Mahnung Wallers von der Vogelweibe denken: „Röz an rigel für die tür, id kein boese wort dar hie Stof den Riegel vor die tür, soll kein böses wort herfür.“

**Krebs als Unfallfolge.**

Ein überaus interessantes Obergutachten (erstattet von Professor Dr. Thiem) wird in Nr. 7 der „Ärztlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ veröffentlicht. Mitte März 1909 starb ein Arbeiter Joachim K. ein Stilk von der Kreislage abgeschleudertes Holz gegen die rechte Bauchseite. K. empfand heftigen Schmerz, lagte mit beiden Händen nach der getroffenen Stelle, arbeitete aber trotz großer Schmerzen bis zu Ostern 1909 (11. April). Am wurde der Unfall angemeldet. Der Verletzte wurde von Ärzten und in der Greifswalder Universitätsklinik untersucht und behandelt. Etwa am 25. Juli wird der Gallenblasenkrebs festgestellt. Am 16. August 1909 starb der Unfallverletzte. Festgestellt wurde in der Beweisaufnahme, daß der Harn des Verletzten im März 1909 rötlich-braun gefärbt war.

Der Anspruch der Witwe auf Unfallrente wurde von der Berufsgenossenschaft und dem Schiedsgericht abgelehnt, weil nach dem Gutachten der Tod Folge des Gallenblasenkrebzes war, dieser aber unabhängig vom Unfall sich entwickelt habe. Das Reichsversicherungsamt forderte von Professor Thiem ein Obergutachten ein. Dies veröffentlichte Gutachten, dessen Studium Arbeitsschreibern sehr zu empfehlen ist, kommt auf Grund ungemein sorgfältiger Darlegungen zu folgender Annahme als der wahrscheinlichsten für die Todesursache: Der Verstorbene habe Gallensteine gehabt. Durch den Schlag sei eine Entzündung der Gallenblase und der Gallenwege eingetreten. Diese habe den Krebs verursacht. Das Reichsversicherungsamt nahm auf Grund dieses Obergutachtens für überwiegend wahrscheinlich an, daß der Schlag des abgeschleuderten Holzes den Gallenblasenkrebs zur Entstehung gebracht und mithin von ursächlicher Bedeutung für den Tod geworden ist. Es sprach der Witwe die Rente zu.

Der Fall zeigt wieder, wie zutreffend unsere oft wiederholte Mahnung ist, die Beweismittel für auch scheinbar unerhebliche Unfälle sich durch Unfallanzeige zu sichern.

**Jugendbewegung.**

**Die feindseligen Brüder.**

Trotz des Gegenseitigkeitsvertrages ist das Verhältnis zwischen den katholischen Jugendvereinen und dem Jungdeutscherbund kein allzu herzliches. Das beweisen außer der bekannten Breslauer Resolution auch noch andere Tatsachen. So schreibt zum Beispiel eben jetzt wieder die „Gladbacher Wacht“:

„Der Jungdeutscherbund nach Kräften blamiert haben einige Diskussionsredner seiner Hauptversammlung (Berlin, 9. Mai 1913), allen voran der Polizeipräsident von Magdeburg, der nicht weniger verlangte als die Unterstützung der Stellenvermittlungen der Arbeitgeberverbände und der gelben Gewerkschaften durch den Bund. Auch sonst wurden die gelben Gewerkschaften bei der Tagung empfohlen. Wenn das die Meinung ist, daß man mit Hilfe von einiger Kriegsspielerei „so nebenbei“ die arbeitende Jugend auf Gnade und Ungnade den Unternehmern anliefern will, dann mag man nur darauf verzichten, noch einen frei empfindenden Jungen für Jungdeutschland zu werden.“

Man darf natürlich nicht annehmen, daß Bedenken gegen die „gelben“ Gewerkschaften diese an sich erfreuliche Stellungnahme gegen den Jungdeutscherbund hervorgerufen haben. Die christlichen Gewerkschaften sind längst viel zu sehr selbst ins „gelbe“ Fahrwasser geraten, als daß sie ein Recht hätten, „frei empfindende Jungen“ für sich zu reklamieren. Eine der vorstehenden gleich folgende Notiz läßt denn auch mit wünschenswerter Deutlichkeit den Zweck der Uebung erkennen. Es heißt da:

„90 548 Schulfrauen und 33 229 Mädchen gehören der deutschen Turnerschaft an. Es bestehen dort 1995 Knaben- und 479 Mädchenabteilungen. — Sorgt, daß eure schulpflichtigen Brüder und Schwestern nicht mit Hilfe solcher Abteilungen der katholischen Jugendbewegung vorweg genommen werden.“

Also nur die Angst um den Bestand der katholischen Jugendvereine ist die Veranlassung des freundschaftlichen Fußtrittes gegen den Jungdeutscherbund.

**Gerichts-Zeitung.**

**Zentrumsterrorismus vor Gericht.**

In dem oberpfälzischen Städtchen Verching lebte 1910/11 der als fleißiger und ruhiger Mann bekannte Schlosser Hohmeier unbehelligt, bis er anfang sich politisch zu betätigen und für die Sozialdemokratie zu wirken, namentlich durch Verbreitung unserer Presse. Das Städtchen ist noch vollständig schwarz. Eine andere Meinung lassen die Zentrumsgroßen nicht aufkommen, deshalb wurde gegen Hohmeier eine lebhafteste Hege entfaltet. Sie führte dazu, daß er aus seiner Wohnung vertrieben wurde und auch kein anderes Unterkommen mehr finden konnte, so daß er sich gezwungen sah, auch seine Stellung aufzugeben und fortzuziehen. Es gelang ihm, in Neumarkt i. d. Oberpfalz gleich wieder eine neue Stellung als Reisender einer Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen zu finden. Aber die schwarze Gesellschaft von Verching verfolgte ihn auch hierher. Raum hatte er seine Tätigkeit begonnen, so erschien im ultramontanen „Neumarkter Tagblatt“ folgende Notiz aus Verching:

„Allen gutgemeinten Kirchentreuen Katholiken, insbesondere den Obmännern der christlichen Bauernvereine wird auf diesem Wege

zu wissen getan, daß sich seit einigen Tagen in der Neumarkter Gegend und weiterem Umkreis ein Mann herumtreibt, der bei einer Neumarkter Firma als Maschinenreisender in Stellung steht. Derselbe ist ein ausgesprochener Sozialdemokrat, welcher es als seine Lebensaufgabe betrachtet, durch Verbreitung von kirchenfeindlichen Schundblättern in katholischen Gegenden das Glaubensfundament zu untergraben. Demgegenüber hat dieser Hasser katholischen Lebens und besonders katholischer Geistlichkeit dieses Treiben seit längerer Zeit in Verding zu betätigen sich bemüht, und durch unflätige Beschimpfungen der Verdingen Bürgerlichkeit in den Postnachrichten sich allgemeinen wohlverdienten Hohn zugezogen und in Verding sich wohl für immer unmöglichen Aufenthalt zugesichert. Vor diesem gefährlichen Treiben und namentlich vor dessen gefährlichen religiösen Blättern sei jede christliche Familie nachdrücklich gewarnt.“

Die Wirkung dieses Ergusses war die, daß H. sofort wieder brotlos wurde. Er konnte bei den aufgegebenen Bauern keine einzige Bestellung mehr aufnehmen. Deshalb verklagte er den Zentrumsterrorist Springner auf Entschädigung wegen Brotlosigkeit. Das Amtsgericht Neumarkt verurteilte Sp. zur Zahlung von 300 M. Das Landgericht Amberg hat jetzt dieses Urteil bestätigt.

Trotzdem wird es Zentrumsteuere und Konserbative geben, die behaupten, sie seien tolerant, aber — die Sozialdemokraten üben Terrorismus.

**Unaufgeklärt?**

Eine etwas dunkle Mißhandlungsgeschichte, bei der Aussage gegen Aussage stand, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Wegen Körperverletzung und Verleumdung war die Gattin eines Oberingenieurs, Frau Berta Malchow aus Schöneberg, angeklagt.

Der in der Holzstraße in Schöneberg wohnhafte Schneidermeister Salls Grün hatte an den Ehemann der Angeklagten schon anfangs dieses Jahres einen Anzug und andere Sachen geliefert, die sofort bezahlt wurden. Die Ablieferung eines bald darauf bestellten Anzuges verzögerte sich, wie Grün behauptete, dadurch, daß er den Oberingenieur M., der viel unterwegs ist, nicht antraf. Endlich am Pfingstsonnabend habe er Gelegenheit gehabt, den bestellten Anzug abzuliefern. Da es zu seinem Geschäftsprinzip gehört, bei Anzügen, zu denen ihm von den Bestellern der Stoff selbst geliefert wird, sofortige Zahlung des Schneiderlohnes zu verlangen, habe er am Telefon mitgeteilt, daß er die quittierte Rechnung gleich mitbringen werde. Wie er annehme, habe sich M. hierüber geäußert. Denn wie er in der M.'schen Wohnung erschienen sei, sei er mit Schimpfworten empfangen worden. Wie M. vor Gericht unter Eid ausfragte, habe die Frau M., während ihr Mann im Nebenzimmer die Beinkleider anprobierete, zu ihm geäußert: „Solches Judenpad müßte man gleich hinausschmeißen!“ Als er gegen diese Beschimpfung protestierte, habe ihm die Frau M. mit der Faust zwei Schläge versetzt. Er habe sofort einen heftigen Schmerz und Sausen im Kopf verspürt, ferner sei ihm plötzlich übel geworden, so daß ihn Herr M. die Treppen hinunter und in einem Automobil nach einem in seinem Hause gelegenen Restaurant gebracht habe. Was dann geschehen sei, wisse er nicht mehr. — Wie die Verhandlung ergab, wurde Grün sofort nach der Unfallsituation gebracht, wo der als Sachverständiger vernommene Arzt einen Schlaganfall mit einer rechtsseitigen Lähmung konstatierte. Wie der Sachverständige weiter bekundete, habe er festgestellt, daß G. im Gehirntumoren und Rötungen gehabt habe, die nach seiner Ueberzeugung nur von Schlägen herrühren konnten.

Der als Zeuge vernommene Ehemann der Angeklagten, der ebenfalls vereidigt wurde, gab eine dem eidlichen Zeugnis des Grün diametral gegenüberstehende Aussage ab. Er bekundete, daß nicht geschimpft worden sei, ferner sei es völlig ausgeschlossen, daß seine Frau den Zeugen geschlagen habe, er hätte dies unbedingt sehen oder hören müssen. Er habe damals den Eindruck gehabt, als wenn G. simuliere, außerdem habe ihm der Gastwirt Behner, zu dem er G. gebracht habe, erklärt, daß G. schon öfter derartige Anfälle gehabt habe. Im besten Gegenfag zu dieser letzteren Angabe des Ehemannes M. stand wieder die Aussage des Gastwirts B., der bekundete, daß er im Gegenteil zu M. geäußert habe, er kenne den G. seit 10 Jahren als lerngeübten Menschen und habe noch nie derartige Zustände beobachtet.

Das Gericht hat mangels genügender Aufklärung zu einer Freisprechung der Angeklagten. Es erkannte an, daß der Zeuge Grün einen sehr glaubwürdigen Eindruck gemacht habe und daß sein Zeugnis durch das Gutachten des Sachverständigen in manchen Punkten unterstützt werde. Demgegenüber stehe die eidliche Aussage des Ehemannes, und außerdem erscheine es nicht glaubwürdig, daß ein Mann sich von einer Frau schlagen lasse, ohne etwas dagegen zu tun. Hinzu komme noch, daß G. weder dem Gastwirt, noch seiner Frau, noch dem Arzt auf der Unfallsituation etwas von einer Mißhandlung erzählt habe. Der Sachverhalt erweise deshalb nicht so aufgeklärt, um daraufhin zu der Verurteilung einer den guten Gesellschaftskreisen angehörenden unbehilflichen und völlig einwandfreien Dame zu kommen.

**Luftbarkeitsverbot.**

Durch Polizeiverordnung ist Jugendlichen unter 16 Jahren der Besuch öffentlicher Luftbarkeiten verboten. In Rowawes waren einige Jugendliche bei dem am 1. Mai stattgefundenen Tanz im Saale anwesend. Der Wahlvereinsvorsitzende Krähnberg wurde als Veranstalter der Feier mit einem Strafmandat von 8 M. bedacht. Das Schöffengericht in Potsdam verwarf den hiergegen eingeleiteten Einspruch und erhöhte die Strafe auf 6 M. Der Einwand der Rechtsunfähigkeit der Polizeiverordnung wegen Unvereinbarkeit mit dem Reichsvereinsgesetz wurde für hinfällig erachtet. Das Kammergericht habe in demselben Sinne bereits entschieden.

Der Verurteilte beabsichtigt, Berufung einzulegen.

**Kinderauslagen vor Gericht.**

Beläge bedenkliche Folgen ein Urteil haben kann, das sich auf die unsicheren Auslagen eines Kindes stützt, zeigte eine Verhandlung, die am Montag vor der Berufungsstrafkammer in Erfurt stattfand. Auf das Zeugnis eines 13 Jahre alten Mädchens, das in dem Materialwarenladen ihres Vaters in Mühlhausen i. Th. die Kunden mit bediente, wurde eine Frau vom Schöffengericht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie im Verdacht stand, sich von dem Mädchen Waren habe „schenken“ zu lassen. Der Materialwarenhändler hatte nämlich längere Zeit hindurch die Beobachtung gemacht, daß der Materialumfag und der vereinnahmte Betrag in argem Mißverhältnis standen. Vor der Berufungsstrafkammer wurde nun von dem Verteidiger der Angeklagten der Nachweis geführt, daß die 13jährige Belastungszeugin schon recht oft die Unwahrheit gesagt hatte, und der Vater mußte zugeben, daß das Mädchen in letzter Zeit oft die Schule wegen Unwohlseins veräumt habe. Das war offenbar, daß sich die jugendliche Zeugin in der Periode der Geschlechtsreife befindet, die nicht ohne Einfluß auf die Geistesfähigkeit des Mädchens ist, dessen Auslagen vor Gericht außerdem diesmal sehr unsicher waren. Das Gericht erkannte unter diesen Umständen auf Freisprechung der Angeklagten.

Die erste Verurteilung hat für die Angeklagte eine schlimme Wirkung gehabt, indem sie in hochgradige Nervosität verfiel wurde, die wiederholt vor Gericht zu Szenen gegen die Belastungszeugin führte, die sicherlich unbewußt ihre schweren Beschuldigungen erhoben hat. Außerdem ist der Vater der Angeklagten aus Gram über die Schande der Verurteilung seiner bis dahin unbescholtenen Tochter gestorben. Der Fall mahnt wieder die Gerichte zur Vorsicht, auf die Aussagen von Kindern hin Verurteilungen auszusprechen. Richter sollten sich stets vor Augen halten, daß insbesondere Aussagen gegenüber, die in der Pubertätszeit gemacht werden, große Vorsicht am Plage ist.

**Der Kampf einer Mutter um ihr Kind.**

Unser Reichsgerichtsberichterstatler teilt uns mit, daß er in dem Bericht, der unter dieser Spitzmarke in der Sonntagsnummer enthalten war, versehenlich als das verurteilende Gericht das Köliner Landgericht bezeichnet hatte. In erster Instanz verurteilt hatte das Landgericht Berlin I.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, nur von 7 bis 9 Uhr abends statt. — Sonnabends Sprechstunde von 1/2 bis 6 Uhr nachmittags.

**N. 9. 19.** Ihre Richte hat Anspruch auf Zahlung des Gehalts bis zur Dauer von sechs Wochen, vom Beginn der Krankheit an gerechnet. Die Klage kann auch nach der Entlassung aus der Heilanstalt erhoben werden. — **E. D. 30.** Der überlebende Ehegatte erbt die Hälfte, die andere Hälfte die Eltern resp. Geschwister des Verstorbenen. Die Haushaltsgegenstände behält der Ehegatte. Ein Testament muß entweder zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erklärt werden oder von einem der Ehegatten eigenhändig geschrieben und mit Ortsbestimmung, Datum und Unterschrift versehen sein. Im letzteren Falle muß der andere Ehegatte den ebenfalls eigenhändig geschriebenen mit Ortsbestimmung, Datum und Unterschrift versehenen Inhalt machen, daß das Testament auch als das seinige gilt. Kommen Sie eventuell in die Sprechstunde. — **N. 10. 1.** Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Sekretär: Prof. Dr. A. Blachly, Berlin, Wilhelmstr. 48. 2. Dr. J. Rosen, Berlin, Nicolstr. 42. — **N. 6. 3125.** Fragen Sie am bei der Vereinigung der Wohlthätigkeitsbestrebungen, Abteilung Jugendfürsorge, Charlottenburg, Berliner Str. 137.

**Briefkasten der Expedition.**

**E. G. 13.** Die Deutsche Bierbrauerei hat seit dem 15. März keine Bekanntmachung wegen des Preisauschreibens im Inzeratenteil unserer Blattes veröffentlicht.

**Marktpreise von Berlin am 11. August 1913, nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums.** 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,25 bis 20,30, mittel 20,18—20,22, geringe 20,10—20,14, Roggen, gute Sorte 16,54—16,55, mittel 16,52—16,53, geringe 16,50—16,51 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,20—17,60, mittel 16,70—17,10, geringe 16,30—16,60, Hafer, gute Sorte 17,70—19,10, mittel 16,60—17,60, Weizen (mizel), gute Sorte 16,50—16,70, Weizen (runder), gute Sorte 14,50—15,10, Weizenstroh 0,00, Heu, alt 0,00, neu 0,00.

**Markthallenpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00, Speldebohnen, weiße 35,00—60,00, Linen 35,00—60,00, Kartoffeln (Kleinbül.) 5,00—11,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,60—2,10, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,60—2,40, Butter 2,20—3,00, 60 Stück Eier 3,60—5,40, 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,60, Nale 1,60—3,20, Rander 1,40—3,60, Gerdte 1,60—3,00, Barke 1,00—2,40, Schlete 1,40—3,50, Meiz 0,90—1,60, 60 Stück Kresse 1,00—45,00.

**Witterungsübericht vom 12. August 1913.**

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. Tag
Swinemünde	760,0	SW	3	bedeckt	15	Varananda	767,0	SW	3	bedeckt	15
Hamburg	760,0	SW	3	bedeckt	13	Petersburg	758,0	NO	2	wolkig	17
Berlin	761,0	E	2	bedeckt	15	Wien	767,0	W	3	halb b.	15
Konst. a. R.	763,0	NO	1	Dunst	13	Udessa	766,0	W	3	bedeckt	10
München	763,0	SO	2	Dunst	14	Paris	762,0	SW	1	bedeckt	16
Wien	764,0	NO	1	bedeckt	15						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 13. August 1913.**  
Ein wenig kühl, vielfach wolkig mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Leiser Kinder-**

Schul-Stiefel  
Unübertroffene Leistungsfähigkeit.

Schuhhaus Größten Stils

- Tauernzien-Strasse 20
- König-Strasse 34
- Leipziger Strasse 65
- Oranien-Strasse 47a
- Oranien-Strasse 34
- Moabit, Turmstr. 50
- Friedenau, Rheinst. 14
- Neukölln, Bergstr. 7/8

Müller-Strasse 3a



von 4 25 bis 8 50

**Alkoholfreie Getränke**

**Franz Abraham**  
Hans Meisinger u. Römerstr. 101  
C. 25 Baristr. 2a, Fernsp. Kgt. 17709

**Si-Si**  
Bestes alkoholfreies  
Getränk  
Berlin O. Rudolfstr. 4

**Arbeiter-Bekleidung**  
Hamburger-Laden, Carl. Wallstr. 69

**Auto-Fahrschulen**

**Sanke**  
Gr. Frankfurterstr. 44  
Eintr. 141, Teilg. gest.

**Bäckereien, Konditor.**

**Blottners  
Großbäckerei**  
Geschäfte in  
Berlin,  
Charlottenburg,  
Schöneberg,  
Wilmsdorf.

Albrecht, E., Fruchtstr. 29.  
Assmus, Wilh., Teckmühlstr. 11.  
W. Bagg, Wiefelstr. 55/56.  
Friedr. Barz, Landsh. Allee 146  
Willy Bär, Stromstr. 48.  
Paul Berger, Mirbachstr. 29.  
K. Biemann, Gropiusstr. 18.  
Ewald Buchler, Weiserstr. 47.  
Ernst Buller, Brüselstr. 43.  
Alb. Dackwig, Kamerunerstr. 16.  
Paul Dilly, Markussstr. 15.  
Albert Denkwitz, Jähnsstr. 14.  
Dollwa, Ferdinand Torlestr. 4  
Otto Donath, Stolpestr. 22.

**Brot-Fabrik „Vorwärts“**  
Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Faulwetter, Hüttenstr. 87.  
Friedr. Flemming, Hüttenstr. 27.  
Paul Freitag, Stütgenstr. 13.  
E. Freyer, Hüttenstr. 72. E. Markstr.  
Georg Genz, Memelerstr. 20.  
F. George, Wilhelmstr. 23.  
H. Gierzewski, Waldenstr. 9.  
Frig Glauser, Chausseestr. 90.  
Gunnar, R. Posenerstr. 16.  
Göring, Hugo Greifwalderstr. 228  
W. Gruschka, Königsbergerstr. 25

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
und in Hildorf.  
Gegründet 1902.

Hoppe's Nudelfabrik, Adalberstr. 64  
Max Jacob, Filigranstr. 70-1.  
Georg Kappe, Wilhelmstr. 3.  
A. Kolb, Rostockerstr. 31.  
F. Kossowetz, Schivelbinderstr. 16.  
Max Kuffert, Landsh. Allee 29.  
Paul Köbernick, Wilh. Stolpestr. 25  
Ernst Küster, Frankl. Allee 127.  
Felix Kynast, Dänenstr. 5.  
Grüner  
Ladenthin, O., Weg 24.

Emil Lieske, Grüner Weg 122.  
Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42  
Carl Lindenberg, Lykestr. 4.  
August Mante, Ebertstr. 57.  
Hermann Marquand, Rigauerstr. 107  
H. Markwort, Pfingststr. 11.  
E. Mertins, Reichenbergerstr. 108.  
Nühlsteff, Spandau, Heerstr. 5.  
Frig Müllers, Gräferstr. 4.  
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.  
Roman Nowak, Wienerstr. 8  
Friedrich Ode, Madalstr. 10.  
Paul Otto, Danzigerstr. 31  
Herm. Proch, Nonsendamm.  
Friedrich Probst, Andauerstr. 51  
F. Rekor, Brotbäckerei  
Schulzenhof, Str. 33.

**Bäckerei „Nordstern“**  
Inh. Gust. Möller  
Filialen, verschied. Stadtteilen

**Kanfft**  
Reichenbergerstr. 176  
Adalberstr. 38 u. 19a

Otto Reutewich, Simon-Dachstr. 1.  
F. Rischelben, Samierstr. 11.  
Arthur Roemer, Köhl. Damm 101  
Walter Rohr, Anklamstr. 28.  
Wilhelm Sauter, Götterstr. 34.  
Max Sander, Dunkerstr. 22.  
Otto Schmidt, Adalberstr. 27.  
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.  
Helm. Schubert, Boxh. Chaus. 5/6  
Paul Schürer, Stolpestr. 25.  
E. Seeländer, Lennaustr. 7.  
Sikorski, Weissenhofstr. 11  
R. Schudo, Altes-Str. 9 Fil. O. u. NO  
Paul Sörgel, Proskauerstr. 21

**Rich. Schenk**  
Markus-  
Str. 28.  
P. Schinauer, Anklamstr. 15.  
Gustav Schöffel, Dolsingerstr. 31  
Paul Schulz, Hufelandstr. 2  
Paul Schürer, Thälenerstr. 37.  
P. Schwarzbeck, Wiefelstr. 17.  
F. Spillmann, Grüner Weg 118.  
F. Sygusch, Schönha. Allee 159  
Gustav Tappert, Prinzen-Allee 61.  
Carl Tennert, Schleierstr. 19.  
F. Tiedemann, Berk. A., Kasstr. 47.  
Ferdinand Tiel, Kamsenerstr. 57.  
Filialen in allen Stadt-  
teilen.

Josef Ulrich, Manteffelstr. 102.

**Volksbrot, E. G. m. b. H.**  
Otto Wagnitz, Müllerstr. 23  
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.  
Fritz Wahl, Koppenstr. 46  
K. Walter jr., Löwenstr. 15

**Hermann Wendt**  
Chorinestr. 50  
Fil. Ackerstr. 1

Clemens Weise, Jähnsstr. 1  
Wilhelma  
Adressstr. 22.  
Otto Wukler, Nannynstr. 73.  
E. Wolff, Grüner Weg 75.  
O. Wolchendorf, Waisenstr. 21.  
Paul Zastrow, Stromstr. 33.  
Zühke, Glitzerstr. 7, Gürtelstr. 22a

**Bäderanstalten**

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller  
Krank-Kass.  
Bad  
Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
Bad  
Weberstr. 40b  
Ami Kgt. 894.  
Bad  
Canitz-Bad, Münzstr. 2.  
Central-Bad, Neukölln  
Ansbürgerstr. 25.  
Neukölln,  
Münchenerstr. 31.  
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136  
Lieferant ehmtl. Krankenkassen  
Bad Friedrichshain, Landsh. Allee 143  
früher Mühlstr., Wallstr. 7971

**Badenanstalten**

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller  
Krank-Kass.  
Bad  
Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
Bad  
Weberstr. 40b  
Ami Kgt. 894.  
Bad  
Canitz-Bad, Münzstr. 2.  
Central-Bad, Neukölln  
Ansbürgerstr. 25.  
Neukölln,  
Münchenerstr. 31.  
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136  
Lieferant ehmtl. Krankenkassen  
Bad Friedrichshain, Landsh. Allee 143  
früher Mühlstr., Wallstr. 7971

**Badenanstalten**

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller  
Krank-Kass.  
Bad  
Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
Bad  
Weberstr. 40b  
Ami Kgt. 894.  
Bad  
Canitz-Bad, Münzstr. 2.  
Central-Bad, Neukölln  
Ansbürgerstr. 25.  
Neukölln,  
Münchenerstr. 31.  
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136  
Lieferant ehmtl. Krankenkassen  
Bad Friedrichshain, Landsh. Allee 143  
früher Mühlstr., Wallstr. 7971

**Badenanstalten**

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller  
Krank-Kass.  
Bad  
Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
Bad  
Weberstr. 40b  
Ami Kgt. 894.  
Bad  
Canitz-Bad, Münzstr. 2.  
Central-Bad, Neukölln  
Ansbürgerstr. 25.  
Neukölln,  
Münchenerstr. 31.  
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136  
Lieferant ehmtl. Krankenkassen  
Bad Friedrichshain, Landsh. Allee 143  
früher Mühlstr., Wallstr. 7971

**Badenanstalten**

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller  
Krank-Kass.  
Bad  
Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
Bad  
Weberstr. 40b  
Ami Kgt. 894.  
Bad  
Canitz-Bad, Münzstr. 2.  
Central-Bad, Neukölln  
Ansbürgerstr. 25.  
Neukölln,  
Münchenerstr. 31.  
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136  
Lieferant ehmtl. Krankenkassen  
Bad Friedrichshain, Landsh. Allee 143  
früher Mühlstr., Wallstr. 7971

**Badenanstalten**

Arkona-Bad, Anklamstr. 24.  
Bad Alt-Moabit 104, Lief. aller  
Krank-Kass.  
Bad  
Landsbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.  
Bad  
Weberstr. 40b  
Ami Kgt. 894.  
Bad  
Canitz-Bad, Münzstr. 2.  
Central-Bad, Neukölln  
Ansbürgerstr. 25.  
Neukölln,  
Münchenerstr. 31.  
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136  
Lieferant ehmtl. Krankenkassen  
Bad Friedrichshain, Landsh. Allee 143  
früher Mühlstr., Wallstr. 7971

**Erscheint 2 mal  
wöchentlich.**

**Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.**  
Kaiser-Friedrichs-Bad, Chas. 2. Bk.  
National-Bad, Brunnenstr. 9.  
Boxhag. -Str. 17  
Lief. all. Kassen

**Bad Ostend**  
Kottbuser-  
Damm 79.

**Passage-Bad**  
Wiener Str. 55.

**Silesia-Bad**  
Schleierstr. 21.

**Victoria-Bad**  
Kottbuser Damm 75

**Friedrich-Wilhelmsbad**  
Chausseestr. 47.

**Bandagen, Gummiv.**

R. Basse, Stralauer Str. 24.  
Berkholz, Köpenickerstr. 70.  
Lange, A. E., Brunnenstr. 107.  
Lange, A. E., Brunnenstr. 107.  
Meier, P., Müll. Berlinstr. 49-50  
J. Ch. Pollmann, Lehrlingerstr. 60.  
Seidelstr. 15.  
Lief. aller Kassen

**Belaucht.-Gegenst.**

Böttner, A., Danzigerstr. 96.

**Drogen u. Farben**

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.  
Gustav Bergus, Weidenweg 90.

**Brunnenstr. 108 u. 157** Apotheker  
H. Wiegel.  
Drogerie Sudrow, Ebertstr. 28.  
Prinz Handjerystr. 2 Nkt. G. Wolff.  
Kreihl's Drogerie, Fennestr. 81.  
Klaka, H., Müll. Kaiser-Friedrichs-  
Kreuzstr. 119.  
Kreibeck-Drop., Hermannstr. 119.  
Königs Adler-Drogerie, Ebertstr. 7.  
P. Lehrling, Kottbuser Damm 1-88, Parf. im  
Altr. Marsch, Culmstr. 37.  
Carl Müllig, Grüner Weg 68.  
Carthus-Drogerie, Müll. Sessstr. 24.

**Hermannstr. 57** Neukölln  
G. R. Probst.

**Prinzenstr. 103** Alfred  
Hoffmann  
Fr. Schüssler, Liebenauerstr. 22.  
Hugo Schultz, Müllerstr. 101a.  
Hyz. Gummiv., Photogr.-Artikel.

**Palaisadenstr. 45** Drogerie  
Karl Seidel.  
Überseeische Warenhandlung, 48  
Erich Probst  
Drogen, Hyz. Gummiv., Solis. Müllig.  
Welder-Drogerie, Hilt. Köpenickstr. 52  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 30.

**Bettfedern u. Betten**

G. Behrens, Neuk. Kassestr. 104  
Belluski, Fehlbildstr. 1. E. Schick  
Carl Henze, Adressstr. 55, Seiberg  
Landberger Allee 49  
reell und billig.

**Beerdig.-Anst., Sargm.**

Otto Böttner, Neukölln, Ringstr. 33.  
Müll. Bohlenstr. 11  
Beck u. Erd. Erbkass.

**H. Fischer**  
Opfenerstr. 1  
Frankfurter-Allee 170  
Hauke, W. G., Fehlbildstr. 19  
Hickel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 27  
Gust. Nohert, Potsdamerstr. 115a  
H. Petermeyer, Stollenerstr. 8  
Peter-Schley, Wilh., Sessstr. 11.

**Berufsbekleidung**

Kelsor, Otto, Gerichtstr. 66.  
Roter Laden, Schönha., Hauptstr. 103

**Bierbrauereien, Bierh.**

**W. Adelung & A. Hoffmann**  
Akt.-Brauer, Potsdam, Ely. Müll.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15  
Brandenburg, H. Wilhelmstr. 118  
Spez. Potad. Stangenbier

**Bierbrauerei Weißensee** T. Lager-  
1. Müllerstr. 18  
2. Adalberstr. 18

**Klein, Wilh.** Müllerstr. 184.  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. NW. Wiefelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.  
G. & S. Peterke, S. Köpenickstr. 14.  
W. Schuster, NW. Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ely. Flödenstr. 18

**Damenkonfektion**

Charl. Friedr. 8-11  
Anfang nach Mad  
Kottbuserstr. 74  
Brandstr. 13

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**

W. Aflner, Mulastr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landsh. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Ely. Brühl-  
str. 64.  
Fleck, E., Spand. Schönebergstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankl. Allee 139.  
Egon Heum, Nikl. Walterstr. 129.

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**  
Berlin  
Gölnstr. 23.  
Rühlmann, P., Müll. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Velgstr. 10, E. Schillerstr.  
Sallach, Th., Müll. Hermannstr. 48  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 74  
Alex. Weimar, Alexanderstr. 17  
Reichenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janko).

**Goldbier**  
Ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.  
Berliner Unions-Brauerei, Berlin &  
Luisebrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Pils- und  
Finchen-Biere.

Schulz, Herm., Schönha. Str. 23.

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 97.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weiskbier, C. Breithaupt,**  
Palaadenstr. 97. Tel. A. VII. 9234.

**Blumen und Kränze**

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zellner, Seest. 56  
E. Depar, Süd. Müll. Friedr. Str. 30, Depar 58  
O. Eahn, S. Gültz, Albrechtstr. 101

**Goldbier**  
Ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.  
Berliner Unions-Brauerei, Berlin &  
Luisebrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Pils- und  
Finchen-Biere.

Schulz, Herm., Schönha. Str. 23.

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 97.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weiskbier, C. Breithaupt,**  
Palaadenstr. 97. Tel. A. VII. 9234.

**Blumen und Kränze**

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zellner, Seest. 56  
E. Depar, Süd. Müll. Friedr. Str. 30, Depar 58  
O. Eahn, S. Gültz, Albrechtstr. 101

**Goldbier**  
Ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.  
Berliner Unions-Brauerei, Berlin &  
Luisebrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Pils- und  
Finchen-Biere.

Schulz, Herm., Schönha. Str. 23.

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 97.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weiskbier, C. Breithaupt,**  
Palaadenstr. 97. Tel. A. VII. 9234.

**Blumen und Kränze**

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zellner, Seest. 56  
E. Depar, Süd. Müll. Friedr. Str. 30, Depar 58  
O. Eahn, S. Gültz, Albrechtstr. 101

**Goldbier**  
Ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.  
Berliner Unions-Brauerei, Berlin &  
Luisebrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Pils- und  
Finchen-Biere.

Schulz, Herm., Schönha. Str. 23.

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 97.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weiskbier, C. Breithaupt,**  
Palaadenstr. 97. Tel. A. VII. 9234.

**Blumen und Kränze**

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zellner, Seest. 56  
E. Depar, Süd. Müll. Friedr. Str. 30, Depar 58  
O. Eahn, S. Gültz, Albrechtstr. 101

**Goldbier**  
Ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.  
Berliner Unions-Brauerei, Berlin &  
Luisebrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Pils- und  
Finchen-Biere.

Schulz, Herm., Schönha. Str. 23.

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 97.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weiskbier, C. Breithaupt,**  
Palaadenstr. 97. Tel. A. VII. 9234.

**Blumen und Kränze**

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zellner, Seest. 56  
E. Depar, Süd. Müll. Friedr. Str. 30, Depar 58  
O. Eahn, S. Gültz, Albrechtstr. 101

**Goldbier**  
Ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.  
Berliner Unions-Brauerei, Berlin &  
Luisebrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vortreffliche Pils- und  
Finchen-Biere.

Schulz, Herm., Schönha. Str. 23.

**Ver eins-Brauerei Teutonia, NW 97.**

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weiskbier, C. Breithaupt,**  
Palaadenstr. 97. Tel. A. VII. 9234.

**Blumen und Kränze**

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.  
Blumen-Fischer-Zellner, Seest. 56  
E. Depar, Süd. Müll. Friedr. Str. 30, Depar 58  
O. Eahn, S. Gültz, Albrechtstr. 101

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**O. Naefe**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
F. Herren- u. Damengarder.  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Hildorf, Schöneberg

**G. Kulick, Färb., Wäscherei**  
Fil. Gostav Adalberstr. 1, Weissenhofstr. 41  
Swinemünderstr. 46, Weddingerstr. 9  
Müllerstr. 40a, Neukölln, Hermannstr. 37-38

**Fleischer u. Wurstw.**

G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74  
August Blumenthal, Eisenstr. 75  
August Blumenthal, Kaiserin  
Augusta Allee 9.  
Hans Böhm, Weidenweg 21.  
A. Bentele, Thaeerstr. 21.

**Butter, Eier, Käse**

**Drei Kronen** Carl  
Davidsohn  
Danne, Karl Chorinerstr. 38.

**Gebrüder Groh**  
40 Filialen  
in Berlin und Vororten

**August Holtz** 15 Detail-  
Geschäfte.

**F. HAGEN**  
22 Verkaufsstellen 22

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Wilh. Pleß, Bottergröbldig.**  
Berlin C. 54, Rosenthalerstr. 49  
(Fischschneiderei), Fernsp. A. Nord. 3247

**Schulz, Arth., Müll. Hermannstr. 66**

**Gust. Schultze & Sohn**  
Kosmalla, E., 4 Detail-  
Geschäfte

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien** 48  
Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**

Adler's Konditor, Wrangelstr. 47.  
Althaus, Krasser-Buch, Jägerstr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cyliax, G.,** Filialen all  
Stadtteilen

**Seiffert, E.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hildorf 77, Adalberstr. 18  
Müllerstr. 184.  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. NW. Wiefelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.  
G. & S. Peterke, S. Köpenickstr. 14.  
W. Schuster, NW. Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ely. Flödenstr. 18

**Damenkonfektion**

Charl. Friedr. 8-11  
Anfang nach Mad  
Kottbuserstr. 74  
Brandstr. 13

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**

W. Aflner, Mulastr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landsh. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Ely. Brühl-  
str. 64.  
Fleck, E., Spand. Schönebergstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankl. Allee 139.  
Egon Heum, Nikl. Walterstr. 129.

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**  
Berlin  
Gölnstr. 23.  
Rühlmann, P., Müll. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Velgstr. 10, E. Schillerstr.  
Sallach, Th., Müll. Hermannstr. 48  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 74  
Alex. Weimar, Alexanderstr. 17  
Reichenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janko).

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien** 48  
Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**

Adler's Konditor, Wrangelstr. 47.  
Althaus, Krasser-Buch, Jägerstr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cyliax, G.,** Filialen all  
Stadtteilen

**Seiffert, E.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hildorf 77, Adalberstr. 18  
Müllerstr. 184.  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. NW. Wiefelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.  
G. & S. Peterke, S. Köpenickstr. 14.  
W. Schuster, NW. Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ely. Flödenstr. 18

**Damenkonfektion**

Charl. Friedr. 8-11  
Anfang nach Mad  
Kottbuserstr. 74  
Brandstr. 13

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**

W. Aflner, Mulastr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landsh. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Ely. Brühl-  
str. 64.  
Fleck, E., Spand. Schönebergstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankl. Allee 139.  
Egon Heum, Nikl. Walterstr. 129.

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**  
Berlin  
Gölnstr. 23.  
Rühlmann, P., Müll. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Velgstr. 10, E. Schillerstr.  
Sallach, Th., Müll. Hermannstr. 48  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 74  
Alex. Weimar, Alexanderstr. 17  
Reichenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janko).

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien** 48  
Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**

Adler's Konditor, Wrangelstr. 47.  
Althaus, Krasser-Buch, Jägerstr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cyliax, G.,** Filialen all  
Stadtteilen

**Seiffert, E.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hildorf 77, Adalberstr. 18  
Müllerstr. 184.  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. NW. Wiefelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.  
G. & S. Peterke, S. Köpenickstr. 14.  
W. Schuster, NW. Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ely. Flödenstr. 18

**Damenkonfektion**

Charl. Friedr. 8-11  
Anfang nach Mad  
Kottbuserstr. 74  
Brandstr. 13

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**

W. Aflner, Mulastr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landsh. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Ely. Brühl-  
str. 64.  
Fleck, E., Spand. Schönebergstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankl. Allee 139.  
Egon Heum, Nikl. Walterstr. 129.

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**  
Berlin  
Gölnstr. 23.  
Rühlmann, P., Müll. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Velgstr. 10, E. Schillerstr.  
Sallach, Th., Müll. Hermannstr. 48  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 74  
Alex. Weimar, Alexanderstr. 17  
Reichenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janko).

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien** 48  
Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**

Adler's Konditor, Wrangelstr. 47.  
Althaus, Krasser-Buch, Jägerstr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cyliax, G.,** Filialen all  
Stadtteilen

**Seiffert, E.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hildorf 77, Adalberstr. 18  
Müllerstr. 184.  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. NW. Wiefelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.  
G. & S. Peterke, S. Köpenickstr. 14.  
W. Schuster, NW. Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ely. Flödenstr. 18

**Damenkonfektion**

Charl. Friedr. 8-11  
Anfang nach Mad  
Kottbuserstr. 74  
Brandstr. 13

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**

W. Aflner, Mulastr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landsh. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Ely. Brühl-  
str. 64.  
Fleck, E., Spand. Schönebergstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankl. Allee 139.  
Egon Heum, Nikl. Walterstr. 129.

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**  
Berlin  
Gölnstr. 23.  
Rühlmann, P., Müll. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Velgstr. 10, E. Schillerstr.  
Sallach, Th., Müll. Hermannstr. 48  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 74  
Alex. Weimar, Alexanderstr. 17  
Reichenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janko).

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien** 48  
Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**

Adler's Konditor, Wrangelstr. 47.  
Althaus, Krasser-Buch, Jägerstr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cyliax, G.,** Filialen all  
Stadtteilen

**Seiffert, E.,** Filial. in Berlin  
und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hildorf 77, Adalberstr. 18  
Müllerstr. 184.  
Oberbaum 1.  
Krakow, Fr. NW. Wiefelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 49.  
G. & S. Peterke, S. Köpenickstr. 14.  
W. Schuster, NW. Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ely. Flödenstr. 18

**Damenkonfektion**

Charl. Friedr. 8-11  
Anfang nach Mad  
Kottbuserstr. 74  
Brandstr. 13

**Eisen- u. Stahlw. Waff.**

W. Aflner, Mulastr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 26  
Herm. Braun, Landsh. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 59.

Emil Braun, Adressstr. 75 Ely. Brühl-  
str. 64.  
Fleck, E., Spand. Schönebergstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankl

Habt acht auf die Krankenkassenwahlen!

Am 1. Januar 1914 treten die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung in Kraft. Die Versicherung ist erheblich ausgedehnt. Ihr sind neu unterstellt die Arbeitnehmer männlichen und weiblichen Geschlechts in der Landwirtschaft, die Dienstboten, die unabhängig Beschäftigten, die im Wandergewerbe und die im Hausgewerbe Tätigen. Für Personen, deren Versicherungs-pflicht bisher von einem Einkommen bis zu 2000 M. abhängig war, ist die Versicherungspflicht erstreckt bis auf ein Einkommen von 2500 M.

Für die Versicherung sind die Träger, die Krankenkassen, zum Teil auf wesentlich andere Grundlagen gestellt als bisher. Ein großer Teil der bisherigen Krankenkassen geht ein, es verschwindet auch die Gemeindekrankenversicherung. Die Reichsversicherungsordnung kennt nur Ortskrankenkassen, Landkrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Innungs-krankenkassen.

Bestehende Ortskrankenkassen können zu allgemeinen Ortskrankenkassen ausgebaut oder als besondere Ortskrankenkassen zugelassen werden. Sonst sind allgemeine Ortskrankenkassen neu zu errichten.

Das hat noch in diesem Jahre zu geschehen, damit am 1. Januar die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden können. Es wird im wesentlichen auch schon in den einzelnen Bezirken darüber Klarheit bestehen, wie es mit der Organisation der Krankenkassen wird.

Es gilt jedoch in den nächsten Wochen und Monaten, die Wahl für den Ausschuss dieser Krankenkassen und dann für den Vorstand vorzunehmen. In den Landkrankenkassen haben die Versicherten leider keinen Einfluß auf die Zusammen- setzung des Ausschusses und Vorstandes. Hier wählt die Be- hörde die Vertreter. Das trifft namentlich die neu der Ver- sicherung unterstellten Personen, die dort, wo eine Land- krankenkasse errichtet wird, dieser angehören müssen. Wo eine Landkrankenkasse nicht errichtet ist, ist ihre Versicherungs- pflicht bei den anderen Krankenkassen begründet. Und hier, bei den Ortskrankenkassen, bei den Betriebs- und bei den Innungs-krankenkassen, wählen die Mitglieder den Ausschuss.

Für die Ortskrankenkassen hat der Bundesrat Vor- schriften erlassen, nach denen auch die neu der Versicherung unterstellten Personen an den Wahlen zum Ausschuss teil- nehmen. Der Bundesrat hat bestimmt, daß bei neu errichte- ten allgemeinen Ortskrankenkassen das zuständige Versiche- rungsamt Wählerlisten aufzustellen und dann die Wahl- berechtigten durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern hat, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt. Diese Anordnungen sollen auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung einge- zogenen Mitglieder ausgestalteter allgemeiner Ortskrankenkassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder gelten. Es kann jedoch die oberste Verwaltungsbehörde Abweichungen anordnen oder zulassen. Sie kann auch insbesondere bestim- men, wie weit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerliste eingetragen sind, gleichwohl bei gehörigem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.

Es erwacht nun allen der Krankenkassenversicherung unterliegenden Personen die dringende Pflicht und Aufgabe, sich an diesen in nächster Zeit stattfindenden Wahlen zu be- teiligen und dazu sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Wahlberechtigt ist jede der Versicherung unterstehende Person, sofern sie über 21 Jahre alt und nicht Ausländer ist. Das

Geschlecht spielt keine Rolle.

Es muß namentlich den Frauen dringend ans Herz gelegt werden ihren ganzen Einfluß bei den Wahlen geltend zu machen. Ob die Klasse eine Schwägerinnenunterstützung, Gebarmädchen für die weiblichen Versicherungspflichtigen und Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen und anderes mehr gewährt, hängt ganz von dem sozialen Verständnis der gewählten Vertreter ab, da es sich bei diesen Leistungen nicht um die den Klassen obliegenden Pflichtenleistungen handelt. Ob Mann oder Frau also, ganz gleichgültig, sie alle müssen sich an den Wahlen beteiligen, und möglichst dafür sorgen, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Ar- beiterinnen in den Ausschuss einandt werden. Das ist nicht nur notwendig, um Leute in den Ausschuss zu bekommen, die Verständnis für den weiteren Ausbau der Krankenversiche- rung haben und die nach Möglichkeit dafür sorgen, daß die nach der Reichsversicherungsordnung zulässigen freiwilligen Leistungen der Krankenkassen auch durchgeführt werden, son- dern es ist auch nach als folgendem notwendig: Die Vor- standsmitglieder aller Krankenkassen wählen späterhin die Weisheit beim Oberversicherungsamt und die letzteren endlich wieder die Weisheit beim Reichsversicherungsamt bezw. Lan- desversicherungsamt.

Die Wahlen finden nach den Grundrissen der Verhältnis- wahl statt. Das muß ein Grund mehr sein für die frei- gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, alles daran zu setzen, Leute ihres Vertrauens in den Ausschuss der Krankenkasse zu bekommen. Sicher werden alle jene, die vorgeben, auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit aber noch immer verlagert haben, wenn es gilt, ernstlich die Interessen der Versicherten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen wahrzunehmen, sich an den Wahlen beteiligen. Wer will, daß sozialer Geist in den Krankenkassen und in den rechtsprechenden Behörden herrscht, der muß die

Wahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen.

Den Gewerkschaftskartellen aber erwacht die Pflicht, die Wahlen vorzubereiten. Sie haben insbesondere den der Krankenkassenversicherung vom 1. Januar 1914 ab unter- stehenden Personen durch örtliche Veröffentlichungen kundzu- tun, ob und wo sie sich in die Wählerlisten eintragen lassen müssen.

Die vorhin erwähnten Bestimmungen des Bundesrats haben schon Anlaß zu den verschiedensten Auslegungen ge- geben. Es macht sich bei einzelnen Behörden die Meinung geltend, daß sich auch die jetzt schon der Versicherung unter- stehenden Personen, also die bisherigen Mitglieder der Kran- kenkassen, neu in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Andererseits aber auch wieder wird für diese Personen die Wahlberechtigung anerkannt, wenn sie in den Mitglieder- listen ihrer bisherigen Krankenkasse verzeichnet sind. Ja,

es wird auch die Meinung vertreten, daß die Mitgliederliste einer ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkasse zum Aus- weis der Wahlberechtigung dient, daß aber die Mitglieder von Krankenkassen, die geschlossen werden, sich auch in die Wählerlisten eintragen lassen müssen. Wo diese letzte Auf- fassung bei den Behörden besteht, wende man sich sofort an die höhere Verwaltungsbehörde mit dem Ersuchen, eine Änderung eintreten zu lassen. Entweder müssen sich alle krankenkassenversicherungspflichtigen Personen in die Wählerliste eintragen lassen, oder aber, wo für die bisher schon ver- sicherten Personen die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse für die Wahlberechtigung entscheidend ist, da muß es für alle gelten.

Die kommenden Krankenkassenwahlen dürfen nicht ge- ringer geachtet werden, als irgendeine politische Wahl.

Das ureigste Interesse jedes einzelnen, der sozialen Fortschritt will, soll ihn veranlassen, für die Kandidatenliste der freien gewerkschaftlichen Arbeiterschaft die Stimme abzu- geben.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.

Hamburg III und der Parteitag.

Die Leitung des dritten Hamburger Wahlkreises, der mit rund 44500 Mitgliedern die stärkste sozialdemo- kratische Wahlkreisorganisation aufzuweisen hat, hatte zum Freitag fünf Distriktsversammlungen ein- berufen, in denen die Genossen Stellung zum Jenseitigen Parteitag nahmen. Referenten waren Hense, Winnig, Grosse, Luth und Dr. Laufenberg. Beschränkung und Massenstreik waren die beiden Fragen, mit denen die Referenten wie die Diskussionsredner sich in der Hauptsache beschäf- tigten.

Hense, der in Warmbed sprach, erklärte, daß in der Bekämpfung der Heeresvorlage die Fraktion be- deutend mehr hätte tun müssen. Ueber die Haltung der Fraktion zu den neuen Steuern könne nicht ohne weiteres ein abschließendes Urteil gefällt werden. Es sei jedenfalls sehr fraglich, ob wir besser gefahren wären, wenn wir die Dedungsvor- lage abgelehnt hätten. Vielleicht sei es im Volke nicht verstanden worden, wenn wir diese direkten Steuern nicht angenommen hätten. Die Massenstreikfrage sei in letzter Zeit wieder- holt aufgeworfen worden, aber so viele Artikel, so viele ver- schiedene Meinungen. Es sei zweifelhaft, ob wir der Sache dienen, wenn wir alles auf eine Karte setzen. Auf alle Fälle be- dürfe die Frage aber noch einer gründlichen Klärung. In der Debatte erklärten sich mehrere Genossen gegen die Ausführ- ungen Henses, den Massenstreik betreffend. Es müsse etwas ge- schehen, um den Kampf des Proletariats gegen Breitenwahlrecht und Verkümmern des Koalitionsrechts vorwärts zu treiben.

Eine andere Auffassung als Genosse Hense befandete in Ham- burg-Bezirk Genosse Winnig. Sowohl in der Be- kämpfung der Heeresvorlage, als auch in ihrer Taktik zur Dedungsvorlage sei die Fraktion auf einer Höhe ge- wesen, wie selten zuvor. Was die Genossen Roske und Ledebour grundsätzlich über die Heeresvorlage vorgebracht hätten, könnte man in einem Axiom zusammenfassen. Die Annahme der Heeresvorlage sei nicht zu verhindern gewesen. Aber ein gewaltiger Erfolg sei es, daß die Kosten dafür auf die Schultern der Be- stehenden abgewälzt werden könnten. Mit diesem Resultat könnten wir den Gegnern in der Agitation öffentlich gegenüber treten. Das Problem der Massenaktion müsse in Erwägung ge- zogen werden, sobald die Genossen die Absicht haben, die Junker zu stürzen. Mit Petitionen könne der preussische Wahlrechts- kämpf nicht weitergeführt werden; auch der Demonstration- streik müsse zur Anwendung kommen. Natürlich müsse er vor- bereitet werden. In der Diskussion sprach Genosse Petersen gegen die Taktik der Fraktion bei der Wehr- und Dedungsvorlage. Genosse Greger meinte, ein Massenstreik habe nur dann Aus- sicht auf Erfolg, wenn das gesamte Transportgewerbe, einschließlich der Eisenbahn, lahmgelegt werden könne.

Genosse Grosse, der in Eppendorf-Winterhude referierte, verteidigte ebenfalls die Reichstagsfraktion. Die Fra- tion sei mit Erfolg bemüht gewesen, den bürgerlichen Fraktionen die Möglichkeit zu nehmen, die Lasten für die neuen Ab- stütungen auf die Schultern der breiten Masse abzumägen. In bezug auf den Massenstreik hätten wir zwei Richtungen in der Partei zu verzeichnen. Die eine Richtung sei für den spontanen Massenstreik bei jeder Gelegenheit. Hieraus folge dann der allgemeine Generalkonstreik, was letzten Endes der Revolution gleichkäme. In diesem Sinne könnten aber nur Leute reden, die von Verantwortlichkeitsgefühl keine Spur hätten. Nautsch habe recht, wenn er sage, daß Rosa Luxemburg alles aus russischen Verhältnissen heraus betrachte. In der Diskussion traten die Genossen Bauer, Schilling und Bucherpfennig für die Propagierung des Massenstreiks ein. Genosse Stahl meinte, daß die Fraktion in der Wehr- und Dedungsvorlage sich mehr an die Massen hätte wenden müssen.

In Eimsbüttel sprach Genosse Luth. Wenn auch unsere Fraktion bei der ersten Lesung der Vorlage etwas mehr Obstruktion hätte bereiten können, so hat sie dieses bei der zweiten Lesung nachgeholt. Um indirekte Steuern für das Volk zu ver- hindern, konnte unsere Fraktion taktisch nicht anders handeln. Selbst unsere Mobilisten geben der Fraktion recht. Die Massen- streikfrage wird ebenfalls jetzt wieder diskutiert. Mit dem politischen Massenstreik haben sich schon drei internationale Kon- gresse sowie der Gewerkschaftskongress in Köln beschäftigt. Neben dem Streik auf den Ausweg mehrerer Massenstreiks im Auslande, welche mit wenig Erfolg endeten. Ein Massenstreik lasse sich nicht künstlich machen, die Organisationen seien der Maßstab als Waffe des Streiks.

Die Genossen Mühl und Siderer berurteilten in der De- batte die Taktik der Fraktion. Siderer erklärte sich nur mit der Annahme der Dedungsvorlage einverstanden. Parteilos ver- teidigte das Vorgehen der Genossen im Reichstage, ebenso Per- ner. Man dürfe unsern Gegnern kein Material geben, das gegen uns verwertet werden könne. Um den Massen mehr An- regung zum politischen Denken zu geben, stellt Werner folgen- den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion auf- zuzurechnen, im Reichstag einen Antrag auf Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk demittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts einzubringen. Gleich- zeitig ist im ganzen Reich eine lebhafteste und intensivste Propa- ganda für diese Programmforderung einzuleiten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Genosse Dr. Laufenberg führte in Harvesthude aus, daß die Fraktion in der Steuerfrage eine Schwen- kung vollzogen habe. Bisher habe der Verwendungszweck eine ausschlaggebende Rolle gespielt, habe es gegeben, diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Die Tatsache sei nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Mittel der Heeresvorlage bewilligt worden seien. Die Fraktionsmehrheit betonte, daß die bisherigen Richtlinien nicht mehr genügen; indirekte Steuern auch nur mittelbar zuzulassen, die sich durch Annahme direkter Steuern ver- hindern ließen, könne eine sozialdemokratische Fraktion nicht be- antworten. Man könne an der Taktik der Fraktion manches aus- setzen. Der Kampf hätte mit mehr Entschiedenheit und Nachdruck geführt werden sollen. Wenn man die Massen aufrütteln wolle,

so war der Ausgangspunkt dazu eine aufrüttelnde Taktik der Fraktion. Man hätte sehr wohl die Gelegenheit zur Agitation für die direkt: Gesetzgebung durch das Volk oder ein Referendum nach Schweizer Muster benutzen können, und die Bevölkerung hätte sich gewiß hinter Massenpetitionen zwecks nach- drücklicher Aufhebung indirekter Steuern gestellt. Aber alle diese Ausstellungen sagen nichts über die Frage, wie die Fraktion sich verhalten solle, wenn die Entscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern in Situationen, ähnlich der gegenwärtigen, getroffen werden soll. Und solche Situationen können bei der Möglichkeit einer dreifachen Mehrheitbildung im Reichstage wiederkehren. Man kann unter Berufung auf das Programm die Ablehnung der Dedung mit guten Gründen rechtfertigen. Aber man kann mit nicht minder guten Gründen dartun, daß eine sozial- demokratische Fraktion schlechterdings nicht die Verantwortung für neue und höhere indirekte Steuern übernehmen kann. Es wird auch hier eines klaren Botums des Parteitag bedürfen. Das Gefühl, daß die parlamentarische Situation eine sehr unbehagliche, auch für die Zukunft, ist nicht der letzte Anlaß, wenn sich spontan aus der Masse der Ruf nach dem politischen Massenstreik erheben habe. Es sei sehr wohl möglich, daß eine Niederlage in solchem Kampfe die Arbeiterschaft weit zurückwerfe. Das Unter- nehmerium werde sich mit Klauen und Zähnen wehren, die Be- schäftigten werde man einberufen und zur Arbeit kommandieren, den Belagerungszustand rücksichtslos handhaben, man werde sich nicht auf die Dauer von Tagen, sondern von Wochen einrichten müssen. Der preussische Wahlrechtskampf werde umschlagen in einen Kampf zwischen Reichstag und Bundesrat um die Vorherr- schaft. Daß die Arbeiterschaft im kommenden Herbst durch einen Generalkonstreik die Macht im Reich erobert und den Bundesrat niederzwingt, ist eine Utopie. Es handelt sich jetzt darum, die Bedingungen eines offensiven Massenstreiks zu unter- suchen. Als ein genereller, alle Berufe und Arbeiter umfassender Streik ist er zurzeit nicht möglich. Trotzdem vermag der politische Streik allein die Einheit der gesamten Arbeiter- klasse zu bewirken und damit die Vorbedingung des Sieges zu schaffen. Im lokalen Rahmen ist auch heute der politische Streik schon ammenbar. Seine Steigerung zum Generalkonstreik muß die Arbeiterschaft durch den Gebrauch lernen. Die Diskussion war eine sehr lebhafteste und ausgedehnte. Der Parteitag ist mit der Haltung der Fraktion nicht einverstanden. Das Proletariat sei letzten Endes doch der Leidtragende bei allen Steuern. För- mann und Wegener bekämpften die Ansicht des Referenten, die Massenstreikfrage betreffend. Teilkampfs hält den Massen- streik für wünschenswert, aber vorläufig sei er unbrauchbar.

Genosse Stubbe führte im Distrikt Rotenburg a. M. aus, daß die Massen auf die eventuelle Anwendung des Massen- streiks vorbereitet werden müßten. Der persönliche Kampfes- weg, der seit den achtziger und neunziger Jahren ersichtlich zurück- gegangen sei, müsse wieder lebendig werden; dann erst werde die Masse, die auf gewerkschaftlichem Gebiete wegen 3 bis 5 Pf. Lohn- zulage langwierige Kämpfe führt, auch für ihre politischen Rechte im entscheidenden Augenblick den erforderlichen Kampfesmut be- zeugen. — Die Taktik der Fraktion war insofern eine ver- lehrte, als sie die Vorlage nicht bei der ersten Lesung schon mit ge- nügender Schärfe bekämpfte und Änderungsanträge gestellt hätte. Die Bestehenden seien wohl in der Lage, die direkten Steuern auf die breiten Massen abzumägen. Zu begrüßen sei es, daß die Agrarfrage wieder erörtert werden solle. In der Diskussion meinte Siders, daß ein Massenstreik die Organisationen auf Jahre zurückwerfen würde.

In Hlensdorf sprach Genosse Bauer sich für die Fraktion aus. Es sei richtig gewesen, die direkten Steuern anzunehmen. Der Massenstreik als schärfste und letzte Waffe könne und werde einmal angewandt werden. Juvor aber müßten die Berufsarbeiterschaft organisiert sein. In der Diskussion sprachen einige Genossen gegen Bauer.

Genosse Kainbach, der in Eilbek referierte, verteidigte ebenfalls die Taktik der Fraktion bei der Dedungsvorlage. Der Massenstreik sei ein zweischneidiges Schwert. Er könne wohl die herrschende Klasse in eine unangenehme Lage bringen, andererseits könnten aber beim Wipfling die Organisationen auf Jahre zurück- geworfen werden. Ob das Breitenwahlrecht solche Opfer wert sei, erscheine ihm zweifelhaft. In der Diskussion erklärten sich die Genossen Stoll, Lehn und Müller gleichfalls mit der Haltung der Fraktion einverstanden, während Thälmann dagegen spricht.

In der Kreisgeneralversammlung des dritten Wahlkreises, in der nach diesen Versammlungen am Sonntag endgültig zum Parteitag Stellung genommen wurde, wurde der von uns oben erwähnte Antrag Berner in Eimsbüttel, die direkte Gesetzgebung durch das Volk betreffend, einstimmig angenommen. Zur Reisefeier wurde beschlossen, daß alle Ge- nossen und Genossinnen, die am 1. Mai ohne Lohnausfall feiern, den Tagelohn abzuführen haben.

Verbandstag der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe.

Stuttgart, 11. August.

Der heutige Tag ist den Konferenzen der einzelnen Branchen des graphischen Gewerbes gewidmet. Die stärkste der drei Kon- ferenzen ist die

Steindruckerkonferenz.

die sich 1. mit dem Bericht der Zentralkommission, 2. mit der tech- nischen Entwicklung im Steindruckgewerbe, 3. mit der Prämien- frage und 4. mit den logischen Verhältnissen im Steindruck- gewerbe zu beschäftigen hat. Zum Punkt 1 liegt eine Resolu- tion vor, in der festgestellt wird, daß durch die Zoll- und Handels- politik das ausländische Absatzgebiet stark zungunsten des Gewerbes beeinflusst wurde und die Rückeroberung der verloren gegangenen Absatzgebiete infolge der ersparten Eigenproduktion der Auslands- fraktionen ausichtslos erscheine, daß auch im Inlandsabsatzgebiet unter dem Einfluß der politischen Verhältnisse eine außerordentliche Ein- schränkung erfolgt sei und infolge all dieser Tatsachen heute schon die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte im Steindruck einen solchen hohen Grad erreicht habe, daß selbst tüchtige Kräfte mit monate- langer Arbeitslosigkeit zu rechnen hätten. Die Resolution fordert daher: Durchführung der Abmachungen mit dem Schupverband mit allen Mitteln, weitere Erprobung der Bestlingszahl bei Verhand- lungen und beim Abschluß von Tarifen, Betonung der sehr be- schränkten Erwerbsmöglichkeit bei der Ausbildung von Lehrlingen in keramischen Betrieben und in den Hochdruckereien und der Tat- sache, daß der Übergang vom Papierdruck zum Blech- und keramischen Druck viel leichter ist als umgekehrt. Schließlich wird in der Resolution der Hauptvorstand aufgefordert, durch intensive Auf- klärung der Einstellung von Lehrlingen in diesen Sparten entgegen- zuwirken und bei Abschluß von Tarifen sowie Abmachungen mit dem Unternehmer für diese Forderungen einzutreten.

In der Diskussion wurden die familiären Mißstände be- rührt, es wird die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in der Auf- sichtszustellung, die Mobilisierung der Presse gegen die Bestlings- zulassung und eine eingehende, regelmäßige Arbeitslosenstatistik ge- fordert.

Die oben im Auszug wiedergegebene Resolution zu Punkt 1 wurde angenommen.

Angenommen wird eine weitere Resolu- tion, in welcher der Hauptvorstand aufgefordert wird, in den einzelnen Sparten des Ge- werbes vierteljährliche Erhebungen über den Stand der Ar- beitslosigkeit zu pflegen und das Material den Mitglieds- schaften zuzustellen.



Heute Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis (7. Abteilung). Der gemeinsame Zahlabend findet heute bei Genick, Dresdener Str. 107/108, statt. Vortrag des Genossen Dr. S. Rosenfeld über: „Vassalle und der Preussische Landtag“.

Charlottenburg. Die 5. Gruppe hält heute Mittwoch einen gemeinsamen Zahlabend im „Vollshaus“ ab. Vortrag aus Schiller.

Schöneberg. Die Parteigenossinnen und Genossen veranstalten am Sonntag, den 17. August, nachmittags 8 Uhr, einen Familienausflug nach Schmaragdort, Restaurant „Zum Waldkater“, Inhaber H. Goetsch, Warnemünderstr. 14/15. Dasselbst gemütliches Kaffeeloch.

Steglitz. Heute finden nur Abteilungsverfammlungen statt. Für die 1. Abt. bei Schellhase, Ahornstr. 15; für die 2. Abt. bei Heilmann, Florstr. 4; für die 3. Abt. im Albrechtshof; für die 4. Abt. bei Dahl, Säbende, Pöcherfelder Str. 21. Die Genossen Peters, Dr. E. Meyer, Delmes und Daniel Stülken werden referieren.

Erster. Heute Mittwoch, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Zahlvereins bei Paul Grund, Friedrichstraße 21.

Zeuthen-Niederdorf. Die Mitgliederversammlung findet heute Mittwoch, den 13. August, bei Oldenburg in Zeuthen statt. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Alt-Mienick. Heute Mittwoch: Zahlabend. 1. Bezirk bei Henschel, Grünauer Straße. 2. Bezirk bei Joch, Köpener Straße. Der Zahlabend für den Ortsteil Falkenberg findet am Sonnabend, den 16. d. M., bei Schäfer, Schirmerstraße, statt.

Hohen-Schönhausen. Heute Mittwoch, den 13. August: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Bericht von der Frauenkonferenz. Bericht von der Verbands- und Kreis-Generalversammlung. 3. Anträge. 4. Bezirksangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Anfragen an die Gemeindevorteiler.

Lohnsdorf bei Grünau. Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr abends: Mitgliederversammlung des Zahlvereins in der „Villa Kahl“ (Inhaber Walofzer). 1. Vortrag des Gen. Groger über: „Unser Kampf in Preußen“ (Waffenstreik). 2. Diskussion. 3. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 4. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes.

Biesdorf. Heute abend pünktlich 1/2 9 Uhr Zahlabend mit Vortrag im Restaurant Haaf, Marzahnner Straße.

Röntgenal, Jepernid, Buch. Der Zahlabend am Donnerstag für Röntgenal, Jepernid und der am Freitag für Buch fällt diesmal aus.

Dafür findet am Sonnabend, den 16. August 1913, abends 8 1/2 Uhr, bei Lange, Siemensstr. 10 (Röntgenal), eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Französisch-Buchholz. Der Zahlabend findet diesmal wieder gemeinschaftlich bei Kahne, Berliner Str. 89, statt.

Karow. Der Zahlabend findet am Donnerstag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichlow, Luisenstr. 4, statt. Am selben Tage in Blankenburg bei Jäger (Kolonie).

Berliner Nachrichten.

Die Fruchtbarkeit der Kalkberge.

Wer jemals in Kalkberge-Niederdorf war, hat gewiß bedauert, daß ein so herrliches Panorama beeinträchtigt wird durch den Staub der Zementfabriken, der sich schon in weiter Entfernung ankündigt. Auf der Taddorfer Seite sind die Niederdorfer Häuser, alle Wege, Felder, Bäume wie mit Mehl überzogen. Trotzdem ist die Vegetation außerordentlich üppig, was auf die eigenartige Beschaffenheit des Niederdorfer Kalksteins zurückgeführt werden muß. Um die jetzige Zeit zeigt sich dem Besucher ein auffallender Reichtum an Obst auf den dortigen Obstbäumen, die zum Teil hohen Alters sind. Während weit über die Raef hinaus und selbst in der Obststadt Werder über eine halb verlorene Obsterte geklagt wird, kann die Ernte in den Kalkbergen kaum besser stehen. In fast jedem Jahre blüht dieser Erfolg, weil das tiefliegende Gelände starken Windschutz hat durch das vorgelagerte Kalkgebirge und weil der Kalkstaub viel Ungeziefer, das sonst dem Obst nicht abhold ist, vernichtet oder fernhält. Viele Bäume sind so ertragreich, daß die dicht beladenen Zweige geknickt werden müssen, dazu sind Birnen, Äpfel und Pfäumen von erlesener Güte, aber auch der Wein gedeiht hier prächtig. An Lauben und Spalieren, über dem Eingang zahlreicher Bergmannshäuser sieht man eine Fülle reifender Trauben hängen. Ebenso gut steht es mit dem Korn und anderen Feldfrüchten. Auch Blumen treiben so vortrefflich, daß beispielsweise Georginen stellenweise eine Höhe bis zu drei Metern erreicht haben. Auf dem Kalkgebirge hat man vor mehreren Jahren Enzian und Gelweiß angepflanzt. Der Versuch ist durchaus gelungen. Sogar Rosen findet man zwischen dem Kalkstein. Sollte es nicht möglich sein, aus Kalkberge-Niederdorf, dessen Bergabhänge brach liegen, ein zweites Werder zu machen?

Ein Bankbetrug um 30 000 M.

Einen überaus raffinierten Schwindelmannöver, bei dem zweifellos Angestellte die Hand im Spiel gehabt haben, ist die Deutsche Bank zum Opfer gefallen. Ueber den Betragswahl wie folgendes berichtet: Auf der Hauptpostenkasse der Dresdner Bank in der Französischen Straße erschien gestern mittag ein Mann, der sich als Beauftragter der Bankfirma W. Heymann u. Co. ausgab und sich auch durch eine Kontrollmarke legitimierte. Er übergab dem Kassierer eine Effektenrechnung, die über den Verkauf von Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Höhe von 30 000 M. an die Dresdner Bank lautete. Da die Rechnung alle Zeichen und Unterschriften trug, zahlte der Kassierer die Summe ansichtslos aus. Später ergab sich bei der Buchung, daß es mit dem Kauf dieser Papiere nicht seine Richtigkeit hatte. Eine genauere Untersuchung der Rechnung ergab auch, daß alle Unterschriften und Kontrollzeichen gefälscht waren. Weiter wurde durch Nachfragen sofort festgestellt, daß eine Bankfirma des angegebenen Namens nicht in Berlin existiert. Die Bank benachrichtigte nach dieser Entdeckung sofort die Kriminalpolizei, die Ermittlungen anstellte. Diese haben ganz zweifellos ergeben, daß bei dem raffiniert angelegten Schwindel ein Angestellter des Bankhauses dabei seine Hand im Spiel gehabt haben muß. Es ist sonst nicht erklärlich, wie der Schwindler, der das Geld erhob, in den Besitz der Kontrollmarke kommen konnte. Er muß auch mit dem Geschäftsgang der Dresdner Bank sehr genau Bescheid gewußt haben. Die Unterschriften, wie auch die Stempel, durch die der Verkauf der Papiere an der Börse bestätigt wurde, sind tadellos nachgemacht.

Die Dresdner Bank hat eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt für Personen aus dem Publikum, die zweckdienliche Angaben zur Entdeckung des oder der Fälscher und Betrüger machen können. Ein Teil der Belohnung soll auch den Personen zukommen, die über die Herkunft der Quittungsformulare und der Stempel Auskunft zu geben vermögen.

Die Stadt Berlin und die Radiumfrage.

Der Berliner Magistrat teilt mit: Durch die Presse ist die Nachricht verbreitet worden, daß demnächst auch für die Krankenhäuser der Stadt Berlin die Radiumbehandlung des Krebses zur Einführung gelangen und in der Stadtverordnetenversammlung die Beschaffung von Radium für die städtischen Krankenhäuser angeregt werden würde. Dazu sei bemerkt, daß die städtische Radiumkommission bereits Anfang Juli den grundsätzlichen Beschluß gefaßt hat, für die Beschaffung der nötigen Quantitäten Radium oder Mesothorium für die städtischen Krankenanstalten Sorge zu tragen. Die Direktoren der städtischen Krankenhäuser sind beauftragt worden, Vorschläge über die beste Art der Beschaffung von Radium oder Mesothorium zu machen. Die Radiumkommission wird demnächst dem Magistrat bestimmte Vorschläge über die Beschaffung von Radium oder Mesothorium unterbreiten. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß die Radiumtherapie noch keineswegs im einzelnen derartig ausgearbeitet ist, daß die Frage als geklärt bezeichnet werden könnte. Vor einer Uebersetzung ist daher zu warnen, sie würde der Sache mehr schaden als nützen.

Autobus Pankow-Neukölln.

Die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft richtet am 16. August eine Automobilverbindung nach Pankow ein. Sie kommt dadurch zustande, daß die Linie 4 von der Ede der Chaussee- und Biesenstraße durch die Chaussee- und Müllerstraße, über den Weddingplatz, die Reinickendorfer Straße, den Kettelbeckplatz, die Pankestraße, Prinzenallee, Wollank- und Breite Straße bis zur Ede der Berliner Straße durchgeführt wird. Es entsteht so eine durchgehende Verbindung vom Ringbahnhof Neukölln bis Pankow. Die Wagen verkehren werktags von Neukölln von 4.54 früh bis 12.32 nachts, von Pankow von 4.57 bis 12.30, Sonntags von Neukölln bis 1.32, von Pankow bis 1.30, in Abständen von 4-7 Minuten.

Ein großer Juwelendiebstahl

Ist in der Güntzelstraße 64 zu Wilmersdorf verübt worden. Aus der Wohnung der Frau Anna Peters wurden dort Juwelen im Gesamtwert von 50 000 M. gestohlen. Unter den erbeuteten Gegenständen befindet sich eine Perlenkette mit 99 Perlen im Werte von 10 000 M., eine Kadel mit großen Brillanten, Rubinen und Perlen im Werte von 5000 M., ein Armband mit Brillanten und Perlen (Brocantier) im Wert von 6000 M., ein Brillantanhänger im Wert von 2000 M. und eine Reihe Ringe und Armbänder. Für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Gegenstände oder eines Teiles von ihnen hat die Direktion der Versicherungs-aktiengesellschaft „Niederländischer Lloyd“ eine Belohnung von 6000 M. ausgesetzt. Ueber den Vorfall werden folgende Einzelheiten gemeldet: Am vergangenen Freitagvormittag gegen 11 1/2 Uhr bemerkte der Wirt des Hauses Güntzelstr. 64 an der Tür der Hintertreppe zu der im dritten Stockwerk gelegenen Wohnung der Privatierin Peters einen Lappen, der mit einem Reihnagel festgeheftet war. Weil ihm dies verdächtig vorkam, hob er ihn an und entdeckte jezt, daß an dieser Stelle ein handgroßes Loch aus der Türfüllung gestemmt worden war. Da ihm auch ein scharfer Brandgeruch entgegenströmte, öffnete er die nicht verschlossene Tür. Als er mit anderen Hausbewohnern eintrat, bot sich ihnen ein wüßes Bild. Alle Schränke und Behälter waren erbrochen, ihr Inhalt zum Teil im Zimmer umgeworfen und mit Spiritus und Petroleum durchtränkt. In einer Ecke brannten die Fenstervorhänge lichterloh. Sie löschten das Feuer, ehe es einen größeren Umfang angenommen hatte und benachrichtigten die Polizei. Diese fand auch noch mehrere Flaschen, die den Brennstoff enthalten hatten. Die Wohnungsinhaberin, eine Witwe, war mit ihrem Mädchen zwei Stunden vorher nach Pankow gegangen, um dort der erkrankten Mutter der Privatierin in der Wohnung zu helfen. Als sie abends gegen 5 1/2 Uhr zurückkehrte, stellten sie fest, daß die Einbrecher für 50 000 M. Sachen gestohlen hatten. Neben den Schmuckgegenständen hatten die Diebe alle Silbergegenstände und außerdem auch noch aus einer Truhe, die während des Sommers in dieser liegenden Pelze gestohlen. Von den Einbrechern hat im Hause niemand etwas gesehen. Sie hatten, nachdem sie sich vergeblich bemüht hatten, die Tür aufzufanteln, das Loch am Schloß herausgestemmt und dann durch dieses von innen den Miegel zurückgeschoben.

Nachtrag zum Fernsprechnachrichtendienst. In dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnachrichten in Berlin und Umgebung hat die Kaiserl. Oberpostdirektion einen Nachtrag hergestellt, der demnächst zur Verteilung gelangt. Nach dem Stande vom 9. Juli verzeichnet das Heft auf 52 Seiten etwas über 6000 neue Anschlüsse, die seit der Ausgabe des letzten Verzeichnisses vom April hinzugekommen sind. Für den Monat ist eine neue Auflage des ganzen Verzeichnisses beabsichtigt. Sie wird Mitte November ausgegeben. Anträge auf Veränderung oder Vervollständigung der Eintragungen sind möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 8. Oktober schriftlich und frankiert an das zuständige Fernsprechamt zu richten.

Polizei und Straßenbahn. Der Berliner Polizeipräsident erläßt folgende Verordnung, die eine Änderung des bisherigen § 1 der Kleinbahnordnung darstellt: Beschädigungen der Straßenbahn oder der ihr zugehörigen Anlagen sowie der Fahrzeuge nebst Zubehör sind verboten. Es ist verboten, unbefugt Signale zu geben, die Ausweichvorrichtungen zu verstellen oder zu versperren, die auf den Fahrzeugen befindlichen, dem Betriebe oder der Unfallverhütung dienenden Einrichtungen zu betätigen, Straßenbahnwagen zu verschieben, die freie Fahrt der Straßenbahn durch Aufstellen von Fahrzeugen oder Vieh oder durch Niederlegen von Gegenständen auf oder neben der Fahrbahn zu behindern sowie andere Handlungen vorzunehmen, die den Betrieb stören. Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Bestimmungslos aufgefunden wurde vorgestern abend in dem Hause Luisenstr. 30 die 16 Jahre alte Tochter Mathilde des dort wohnenden Zeitungshändlers Franke. Man fand das Mädchen mit einer schweren Kopfverletzung auf dem Treppenhof liegen. Da niemand Zeuge des Unglücksalles gewesen ist, wird angenommen, daß das Mädchen aus der Treppe einen Sturz erlitten hat, dadurch mehrere Stellen hinuntergefallen ist und sich beim Aufschlagen auf die Stiegen die schwere Verletzung zugezogen hat. Die Verunglückte wurde nach der nahegelegenen Charité gebracht, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde.

Vorschrift für den Obsthandel. Das Polizeipräsidium macht bekannt: Die Vorschriften des § 8 der Polizeiverordnung betreffend den gewerblichen und Handelsverkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln, vom 12. Februar 1913 finden auch auf den Handel mit frischem Obst Anwendung, soweit dieses seiner Beschaffenheit nach leicht Berureinigungen aufnehmen kann. Dazu gehören Erdbeeren, Kirchen, Himbeeren, Pfäumen, Weintrauben, Aprikosen, Äpfel, Birnen usw., die somit nur in unbedrucktem und reinem Papier, das anderen Zwecken noch nicht gedient hat, verpackt

werden dürfen. Nicht fällt dagegen unter diese Vorschrift Obst, bei dem vor dem Genuß erst die Schale entfernt werden muß, wie Bananen, Apfelsinen, Kisse usw., oder Gemüse, das erst nach Reinigung und anderer Bearbeitung verzehrt wird, da hier von einer Berureinigung, gegen die das Publikum geschützt werden soll, nicht die Rede sein kann.

Mit dem Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße dürfte noch in diesem Herbst begonnen werden. Der von Grund aus umgebaute Bahnhof ist dreigleisig angeordnet; zu den jetzigen Stadt- und Fern-(Vorort)gleisen kommt noch ein drittes Gleispaar, auf welchem die Fernzüge, deren Abfertigung längere Zeit in Anspruch nimmt, halten werden, so daß die Vorortzüge neben diesem Ueberholungs-gleis jederzeit freie Bahn finden. Der neue Bahnhof wird danach drei Bahusteige erhalten, und nach Norden zu verbreitert werden. Dies geschieht durch Ueberbauung des sämtlichen Verbindungsweges, der bisher von der Friedrichstraße nach dem Reichstagsufer führte. An seiner Stelle wird auf dem vom Eisenbahnsteig erworbenen Gelände der ehemaligen Bepiniere eine 21 Meter breite Zufahrtstraße entstehen, welche den gesamten Abfahrverkehr der Fernzüge aufnehmen soll. An der Südseite, Georgenstraße, wird sich der Anfahrtsverkehr abspielen. Für den Stadtverkehr wird eine Reihe von Zu- und Abgängen geschaffen werden, welche es ermöglichen, daß die Reisenden sowohl vom Schiffbauerdamm wie vom Reichstagsufer und von der Friedrichstraße her zum Bahnhof gelangen können; als besondere Erleichterung des letzterwähnten Zu- und Abganges ist hervorzuheben, daß der Stadtbahnsteig über die Friedrichstraße hinweg sich erstrecken wird, so daß man ihn von Osten her erreichen bzw. verlassen kann, ohne den Fahrdamm der Friedrichstraße überschreiten zu müssen. An diesen Zugänge wird deshalb auch ein Fahrkartensalter angeordnet werden. Diese Erneuerung kommt den Fahrgästen der städtischen Nord-Südbahn ebenfalls zugute, denn sie werden an der Ede der Friedrichstraße und Georgenstraße einen bequemen Uebergang auf die Stadtbahn finden. Bei Gelegenheit der Verbreiterung des Bahnhofes sollen auch die alten Stadtkulisse und Bögen abgebrochen und erneuert werden; an ihre Stelle tritt eine hohe, luftige Eisenbetonkonstruktion. Die umfangreiche Bahnhofsanlage soll durch drei Einzelhallen überdacht werden. Die Hauptschwierigkeit der ganzen Aufgabe besteht darin, daß die Bauarbeiten während des vollen Betriebes ausgeführt werden müssen. Zunächst wird der dritte Bahnsteig an der neuen Zufahrtstraße angelegt, sodann einer der älteren Bahnsteige außer Betrieb gesetzt und erneuert werden. Unter diesen erschwerten Bedingungen muß auch die Spreckbrücke verbreitert und dreigleisig ausgebaut werden, ebenso die anschließenden Brücken über das Reichstagsufer und den Schiffbauerdamm.

Aus der Spree gefischt wurde am 10. August nachmittags gegen 4 1/2 Uhr vor dem Hause Schiffbauerdamm 99 die Leiche eines unbekannt, anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden etwa 18 bis 20 Jahre alten Mannes. Die Leiche befindet sich im Schaubause. Beschreibung: Größe 1,85 Meter, Gestalt schlank, Haar dunkelblond, Gesicht länglich, Augen braun, Lippen aufgeworfen. Bekleidung: dunkelblauer Jackettanzug, Hose auf beiden Seiten schwarz gestopft, schwarze Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, weißes Vorhemd und Stragen, schwarzgrau gestreifte Strampfe. In den Taschen befand sich eine alte silberne Uhr mit Kette, ein kleines leeres Portemonnaie und ein Messer.

Nachricht erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 340 zu den Akten 1302 IV 55 13. Auch nimmt jedes Polizeirevier Nachricht entgegen.

Sondervorstellung auf der Treptow-Sternwarte. Die Direktion der Treptow-Sternwarte hat für Donnerstag, den 14. August, nachmittags 6 Uhr, einen Kino-Sondervortrag angelegt, zu dem jeder Erwachsene das Recht hat, ein Kind frei einzuführen. Das Thema lautet: „Christoph Columbus“.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Zum Parteitag in Jena.

nahm eine Generalversammlung des Zahlvereins Stellung. Genosse Scholz führte in feinem einleitenden Referat aus: Einen Hauptpunkt der Verhandlungen des diesjährigen Parteitages werde bei dem Bericht der Reichstagsfraktion deren Stellungnahme zur Militär- und Dedungsfrage bilden. Er betonte, daß man der Fraktion mit Recht den Vorwurf machen könne, sie habe nicht getan, was in ihren Kräften stand, um die ungeheure militärische Verschwendung des Volkes zu verhindern. Wenn die Meinung aber bestand, hätten die Organisationen in Protestaktionen zum Ausdruck bringen und dadurch die Fraktion unterstützen müssen. Davon sei aber nichts zu bemerken gewesen. Daß die Fraktion jedoch durch die sofortige Zulassung der zweiten Lesung die Annahme des Vorlage noch bis Juli ermöglichte, müsse auch er tadeln. In der Dedungsfrage seien es nicht die Waffen, die opponieren, sondern Mitglieder der Fraktion, die mit ihrer Ansicht in der Minderheit geblieben waren. Daß die Militärvorlage von der bürgerlichen Mehrheit angenommen wurde, war seinen Augenblick zweifelhaft, folglich bliebe nur zu entscheiden, wenn sie Kosten aufzubürden seien. Schon im parlamentarischen Bericht von 1908, und später wiederholt, sei gesagt worden, daß wir bestrebt sein müßten, den Reich die Kosten aufzubürden, wenn wir bisher keiner der Opponenten dagegen wandte, seien sie Wirtschaftliche, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung billige aber die Haltung der Fraktion, und auch er halte diese Politik für richtig, denn sonst hätten wir sicher indirekte Steuern auf Margarine, Kaffeesurrogate, Zündwaren usw. bekommen.

Der oft geäußerte Wunsch, die Kaiserfeier abzuschaffen, sei im Hinblick auf das Hindernisse in Waffenaktionen ein Hindernis. Der Beitrag zum Reichsfonds müsse von allen gefordert werden, die am 1. Mai nicht arbeiten und dennoch ihren Tagesverdienst haben. (Zustimmung.)

Der Punkt Waffenstreik und Wahlrechtsfrage müsse auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden. Die Frage des Waffenstreiks zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen sei eine Angelegenheit des deutschen Parteitages, weil alle Reaktion im Reich in Preußen ihren Ursprung habe. Er sei auch der Meinung, daß diese Verhandlungen des Parteitages viel zur Belebung der Parteibewegung beitragen würden.

In der Diskussion begründete zunächst Genosse Nietzsch einen Antrag, der im ersten Teil fordert, die „Gleichheit“ möge in Zukunft detart redigiert werden, daß der Inhalt dem Verständnis der Reueintretenden mehr angepaßt sei, und im zweiten Teil die Schaffung einer Wodezeitung wünscht.

Genosse Klitz teilt die Ansicht des Referenten betreffs der Kaiserfeier und ist auch für den Waffenstreik, wenn die Zeit gekommen ist. Das Mittel sei jedoch nicht zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts anzuwenden, der Angriff auf das Koalitionsrecht durch die geplante Änderung des Strafgesetzbuches werde vielleicht viel eher zu seiner Anwendung zwingen. Zur Haltung der Fraktion in der Militär- und Dedungsfrage, bringt Rehner eine Resolution mit folgendem Wortlaut ein:

„Der Parteitag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Reichstagsfraktion, anlässlich der Beratung der Militärvorlage 1913, welche dem Proletariat die ungeheuerlichsten Opfer auferlegt, nicht alle Mittel angewendet hat, die geeignet waren, dem Zustandekommen der Vorlage Schwierigkeiten zu bereiten. Weitere

gibt der Parteitag der Erwartung Ausdruck, daß die Reichstagsfraktion fernerhin nach dem Grundsatz handele: Diesem Militärsystem seinen Mann und seinen Groschen.

Das Verhalten der Fraktion sei nicht dazu angehen gewesen, zu Massendemonstrationen zu begeistern. Könnte die Annahme der Vorlagen nicht verhindert werden, dann müßten ihr Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. (Lebhafte Zwischenrufe: Welche? welche?) Zum Beispiel indem die Fraktion darauf bestand, die Deckungsfrage zuerst zu verhandeln. Die Beweise des Referenten, daß unsere Stellung zur Deckungsfrage stets die gleiche geblieben sei, seien irrig. Der Fraktionsantrag vom 1888 sei nicht ernst gemeint gewesen. (Lebhafte Widersprüche.) Er stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, diesem System seinen Mann und seinen Groschen. (Beifall.)

Genosse Barth ist mit der Art, wie der Massenstreik propagiert wird, nicht einverstanden. Die französische Taktik sei dilettantenhaft und zur Erreichung des Wahlrechtes tauglich das Mittel nicht, weil es die Junker nicht treffe. Von vornherein sei darauf abzielen, daß aus dem ersten Massenstreik der zweite als Steigerung herauswächst und nur dann dürfe in diesen Kampf eingetreten werden, wenn der Erfolg wahrscheinlich sei.

Genosse Böhler meint, wenn es die Fraktion hätte auf eine Reichstagsauflösung wegen der Deckungsfrage ankommen lassen, hätte sie uns einen Büchendienst erwiesen, denn dann wäre jetzt der Raub des Koalitionsrechts durch das Strafgesetz perfekt. Wollten wir der Fraktion vorwerfen, sie habe nicht genug getan, dann stellen wir ihr ein unverbildetes Armutszugnis aus. Er habe die Heberzeugung, daß alle Resolutionen, die ihr Bedauern über die Haltung der Fraktion ausdrücken, genau so unter den Tisch fallen werden, wie in der Dämpfungsfraße. Es sei nichts als Literatenstreik.

Genosse Günther begründete in längeren Ausführungen nachstehenden Antrag:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand für die über 18jährigen jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Verbindungen zu schaffen, die einen Zusammenhang zwischen Jugendbewegung und Parteiorganisation darstellen und in denen mit Hilfe der älteren Parteigenossen dem jungen Nachwuchs die Gelegenheit gegeben wird, sich Aufklärung und Wissen anzueignen, an einmal gutgeschulte Mitkämpfer im wirtschaftlichen wie politischen Kampf des Proletariats zu werden.

Genosse Preis sieht die Reife als Vorstufe des Massenstreiks an, hält aber die Massen noch nicht reif für die Anwendung des letzteren, bezweifelt auch, ob die Genossen Liebknecht, Luxemburg usw. die Verantwortung für eine derartige Aktion übernehmen möchten, denn die Gewerkschaften würden mit einem Schlag vernichtet sein. (Lebhafte Widersprüche.)

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurden die Anträge betreffend „Gleichheit“ und „Kollektivität“ mit 188 zu 161 Stimmen abgelehnt. Die Resolution Müß wurde gleichfalls abgelehnt; ein Antrag auf Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung aber angenommen. Zum Delegierten soll Genosse Scholz vorgeschlagen werden.

In einer früheren Generalversammlung waren gegen den Genossen Fritz Carl Vorwürfe erhoben worden, die zur Einsetzung einer Untersuchungskommission geführt hatten. Die Kommission hat festgestellt, daß den Genossen Carl kein Vorwurf treffen könne, aber auch dem Urheber der Vorwürfe müsse zugestanden werden, daß ihm durch eine Verkettung von Umständen Gerüchte zu Ohren kamen, die er für richtig halten konnte, die er jetzt als unbalbar erkennt und zurückgenommen hat. Die Versammlung fand 1/2 Uhr ihr Ende.

### Schöneberg.

Die Wählerliste für die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen liegt in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. August d. J.

an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 1 Uhr im neuen Rathaus, Freiherr-vom-Stein-Straße 1, Zimmer 88, zur Einsicht öffentlich aus. — Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Auslegung bei dem Magistrat zu erheben.

Die Einsicht in die Wählerliste ist unbedingt erforderlich; wer in die Liste nicht eingetragen ist, hat kein Wahlrecht. In den Bezirken 1, 2, 5, 6, 8 und 10 liegen auch in den Bezirklokalen die Wählerlisten aus.

Die Gesamtsumme aller Steuern, die der Abteilungsabteilung zugrunde liegt, beträgt 7.581.442,06 M. Zur 1. Abteilung gehören diejenigen Wähler, die mindestens einen Steuerbetrag von 1821,20 M. zahlen. Die 2. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrags von 1819,10 M. und schließt ab mit einem solchen von 287 M., während die 3. Abteilung mit dem Steuerbetrags von 296 M. beginnt.

### Steglitz.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am Montagabend an der Ecke der Schloß- und Feldstraße zugetragen. Dort geriet ein Herr Otto Witz, als er den Fahrdamm überqueren wollte, gegen den Vorderperron eines Straßenbahnwagens der Linie E und wurde umgestoßen. Er schlug mit solcher Wucht auf das Pflaster auf, daß er beunruhigend liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht, wo man feststellte, daß er eine Gehirnerschütterung sowie eine Wunde über dem rechten Auge davongetragen hatte. W. fand im Kreisstranckenhause Groß-Lichterfelde Aufnahme.

Verstärkt wurden gestern nachmittag die beiden 4 und 11 Jahre alten Knaben der in der Mariendorfer Str. 3 wohnhaften Eheleute Müller. Die beiden Kinder waren in den rauhen Bergen beim Spiel beschäftigt, als plötzlich eine Wand des Erdbereichs einfiel und die Knaben unter sich begrub. Während es gelang, den jüngsten der Knaben zu retten, konnte der älteste nur noch als Leiche herbeigeholt werden.

### Friedenau.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich gestern vormittag an der Ecke der Kaiser-Allee und des Südwest-Korso ereignet. Dort verfuhr der Kaufmann Ernst Reimann auf dem Motorwagen eines vorüberfahrenden Straßenbahnwagens der Linie 69 zu springen. Er stieß jedoch ab, kam zu Fall und geriet unter den Vorderperron des Motorwagens. Der Kaufmann erlitt eine Gehirnerschütterung und Verletzungen am linken Bein. Der Verunglückte fand im Schöneberger städtischen Krankenhaus Aufnahme.

### Treptow-Baumschulentweg.

Das historische Erntefest des Ostteils Baumschulentweg soll diesmal nicht ganz ohne Geburtswehen zur Welt kommen. Während es sonst regelmäßig am letzten Ferien Sonntag stattfand, war sein Schicksal diesmal noch wenige Tage vorher ungewiß. Schließlich haben sich die Hüter der alten lieben Ortsgewohnheiten doch noch zur Abhaltung des Erntefestes entschlossen, doch dabei den Zeitpunkt um eine Woche hinausgeschoben, so daß es nunmehr am Sonntag, den 17. August, in Szene gehen kann. Die meisten Laubenkolonien, die ja allein noch was zu ernten haben, hielten ihr besonderes Fest bereits am letzten Sonntag ab. Beim allgemeinen Erntefest des Ostteils liegt der Schwerpunkt im Zuge der Erntewagen mit dem Nachwuchs durch das schon etwas städtisch anmutende „Dorf“, an dem sich immer über 50 vollbesetzte Beihilf der verschiedensten Gattung beteiligten. Die Zahl der teilnehmenden Kinder ließ seither immer erkennen, daß wenigstens auf diesem Gebiete der „Ertrag“ noch ein guter ist. Dagegen erstreckt sich die sonstige „Ernte“ heute fast nur noch auf die fleißige Arbeit der vielen Laubenkolonisten. Bis zum vorigen Jahr hatte der Ostteil an der Ecke der Neuen Krug-Allee und der Baumschulentweg alljährlich noch ein wogendes Aehrenfeld. Jetzt hat dieses Dorfbild einer

Laubenkolonie des Roten Kreuzes weichen müssen. Die Großstadt streckt eben ihre Arme immer weiter auf die Vororte aus, und mit der Zeit wird auch jener fröhliche Abschluß der ländlichen Sommerarbeit auch hier der unaufhaltbaren Entwicklung ganz weichen müssen. Schon heute verkörpern die Reste des ehemaligen Festes der eingebrachten Ernte hier nur noch eine Erinnerung an vergangene Tage.

Dienstherren gegen Dienstmädchen. Herr Fritz Mühlig, Posthausallee 4, fühlt das Bedürfnis, auf untern in Nr. 201 veröffentlichte Darstellung seines Streit mit seinem Dienstmädchen Fräulein Jahn sich zu äußern. Fräulein J. hatte, wie wir mitteilen, gegen Herrn M. und seine Gattin Strafanzeige eingereicht mit der Beschuldigung, daß Herr M. sich der Freiheitsberaubung, der Beleidigung und der Körperverletzung und Frau M. sich der Beleidigung schuldig gemacht habe. Herrn M. genügt es nicht, daß die Staatsanwaltschaft, auf die Darstellung des Beschuldigten sich stützend, keine Freiheitsberaubung angenommen und wegen der übrigen Vorwürfe die Antragstellerin auf Privatklage verwiesen hat. Er will auch vor den Lesern des „Vorwärts“ gerechtfertigt dastehen. Von Interesse ist nur, was er zu dem Vorwurf sagt, daß er das Mädchen geohrfeigt habe. Fr. J. sei, berichtet er, auf ihn „losgegangen“, so daß er sie habe „zurückstoßen“ müssen, aber es sei unrichtig, daß sie hierbei irgendwelche Beschädigungen davongetragen habe. Das wollen wir gern glauben, daß die ihr von einem Arzt bescheinigten Beschädigungen — eine Schwellung beider Hoden, eine auf Druck außerordentlich schmerzhaft Anschwellung der Knochenhaut des Fußbeins, eine starke Blutüberfüllung der Wangenschleimhaut, ein Trommelfell des rechten Ohres eine trichterförmige Eintreibung — nicht bei dem „Zurückstoßen“ entstanden sind. Herr Mühlig übersendet uns das ihm auf seinen Wunsch ausgefertigte Attest eines anderen Arztes, durch den er Fr. J. hat untersuchen lassen. Dieser Arzt behauptet, daß er bei der „genauen Spiegeluntersuchung beider Ohren“, weder in den äußeren Gehörgängen noch an den Trommelfellen eine Spur einer Verletzung oder Blut“ gefunden habe. Auf seinen Wunsch habe Fr. J. sich dann noch von einem Ohrenspezialisten untersuchen lassen sollen, sie habe das aber abgelehnt. Von den Schwellungen im Gesicht und am Kopfe steht in diesem Attest kein Wort, wohl deshalb nicht, weil Herr M. nur über die Ohrenuntersuchung ein Attest haben wollte. Daß Fr. J. nachher nicht noch zu einem dritten Arzt gehen wollte, kann man verstehen. Sie selber hatte ja bereits vom ersten Arzt ein Attest, das ihr genügt. Will Herr Mühlig es nicht für besser halten, die Diskussion über seine Affäre zu schließen? Wir tun das hiernit.

### Wannsee.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Gemeindevorsteher in ehrenden Worten des verstorbenen Gemeindevorstehers Geh. Bauis Ansmann, der bis zum letzten Augenblick für die Gemeinde gearbeitet habe; einer Strafe im oberen Ortsteil hat man seinen Namen gegeben. Bewilligt wurden dann circa 6000 M. für die Herstellung eines Schmudplatzes sowie eines Fußweges vor der neuen Kirche. Der Reichsverband für olympische Spiele hat um eine Unterstützung. Wenigst wurden ihm bis auf Widerruf jährlich 50 M., wofür die Gemeinde den „ehrenden“ Titel einer Förderin erhält. Für Jugenddeutschland hat sich die Gemeinde gleichfalls schon sehr angestrengt, überhaupt scheint für solche Zwecke Geld keine Rolle zu spielen. Für die Vobelschwingerischen Kolonien wurden 100 M. bewilligt. Der Lebernahme der Florastraße wurde unter einigen kleinen Bedingungen zugestimmt.

### Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretersitzung. Die Landespolizeiliche Genehmigung zur Umbauung des Kanalisationsverfahrens aus dem jetzigen Kohlebreitläuferverfahren in das Rieselssystem, das dem der Gemeinde Lichtenberg angeschlossen wird, ist erfolgt; mit den erforderlichen Arbeiten wie Umbau der Märanlage in eine Pumpstation und Druckrohrverlegung wird alsbald begonnen werden, so daß der neue Betrieb am 1. April 1914 aufgenommen werden kann. Als Material für das Druckrohr hat man sich nach langem Streit im Anschluß an ein erneutes Sachverständigengutachten für Schmelzblei entschieden. Der der Gemeinde gehörende Stätteplatz an der Lauener Straße wird an den bisherigen Pächter für 2000 M. auf ein Jahr wieder verpachtet, nachdem infolge der mangelnden Rentabilität ein Pachtmakler von 1000 M. als billig erachtet wurde. Dem vorliegenden Vertrag mit dem Postbüro, betreffend Auflassung des im neueingemeindeten Ortsteil Kobelsdorf gelegenen Strohenlandes, stimmte die Vertretung zu. Ein Antrag auf Herstellung eines provisorischen Verbindungsweges mit diesem Ortsteil fand im Hinblick auf die erfolgte Neubefestigung der Rummelsburger Straße keine Unterstützung. In der Angelegenheit des mit der Gesellschaft Berliner Ostbahnen abgeschlossenen Vertrages, betreffend den zweigleisigen Ausbau ihrer Straßenbahn, ist vom Zweverband Groß-Berlin das Ersuchen an die Gemeinde gestellt worden, alle aus diesem Vertrage entstehenden Verpflichtungen zu übernehmen, wonach dann die Genehmigung durch den Zweverband erfolgen könne. Da bekanntlich dieser Vertrag am 31. März 1912 in einer Sonntagsitzung am letzten Tage vor dem Inkrafttreten des Zweverbandes geschlossen wurde, war die Vertretung der Ansicht, daß hier der Zweverband ausschaltete; eine gewählte Kommission soll jedoch bei dem Verbandsdirektor dieserhalb vorstellig werden. Eine Vorlage wegen Haftpflichtversicherung der Gemeinde fand Annahme mit der Maßgabe, daß in der Frage der die Schule betreffenden Haftpflichtangelegenheiten eine besondere Versicherung vorbereitet werden soll. Zum Brandenburgischen Städtetag wurden außer dem Bürgermeister die Vertreter K o a d und N u t h delegiert.

Wegen der Scharlach- und Diphtherieepidemie ist für die Volksschulen, das Realgymnasium und das Lyzeum der Schulankang bis auf weiteres hinausgeschoben worden, da noch fortgesetzt Fälle dieser Erkrankungen vorkommen. Besonders hart ist die Familie eines Einwohnere getroffen worden, dem drei Kinder infolge dieser Epidemie durch den Tod entrissen wurden.

### Kallberge-Rüderdörf.

Ein Opfer seines Berufs ist der Arbeiter Fritz Rasche aus Kallberge geworden. Er war in der Löffelschen Ziegelei beschäftigt. Er hatte auf einer mehrere Meter hohen Brücke zu tun und stürzte während der Arbeit infolge Fehltrittens in die Tiefe. Mit dem Kopf schlug der Verunglückte so wuchtig auf den Erdboden auf, daß ein schwerer Schädelbruch eintrat, der fast sofortigen Tod zur Folge hatte.

### Weißensee.

Nach ein Abtrünniger. Der Gemeindevorsteher Jechner läßt öffentlich mitteilen, daß er ebenfalls der alten Fraktion Volet folgt. Ihm sagt der Beschluß nicht, sich an der nächsten Gemeindevorsteherwahl nicht zu beteiligen. Er wird jetzt als „Wider“ sein Mandat ausüben. Ueber seinen Entschluß will er demnächst genauere Auskunft geben.

### Hohen-Neuendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst verlas der Vorsteher ein Schreiben vom Reichsausschuß des Jugendbundes, worin um rege Unterstützung und Förderung der Ziele dieses Bundes, die ebenfalls in dem Schreiben näher bezeichnet waren, ersucht wurde. Die Besprechung hierüber endete damit, daß 30 M. laufende Unterstützung jährlich bewilligt wurden. Der Vertreter Handke sowie unser Genosse stimmten dagegen. Die Vertretung beschäftigte sich dann mit der Vergebung der Wassermesserlieferungen. Der Vorschlag der Kommission, der auch unser Vertreter angehört, ging dahin, die Firma Reinecke, die ein Nachangebot gemacht hatte, nicht zu berücksichtigen und den Auftrag der Firma Siemens u. Halske zu erteilen. Vier weitere Firmen hatte die Kommission von vornherein ausgeschlossen. Die Vertretung trat diesem Vorschlag jedoch

nicht bei. Vielmehr wurde der sonderbare Antrag des Vertreters Kupper, der sehr viel für die Firma Reinecke redete, die Submission aufzugeben und direkt mit den Firmen Siemens und Reinecke zu verhandeln, angenommen. Genosse Hoffmann wandte sich energisch gegen diesen Antrag, konnte jedoch die Annahme desselben nicht verhindern, da mit ihm nur die übrigen Kommissionsmitglieder mit Ausnahme des Antragstellers gegen den Antrag stimmten. Der Betrag für die 270 in Frage kommenden Messer beläuft sich auf 7000 bis 8000 M.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Borsigwalde-Wittenau. Donnerstag, 14. August, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus.

Weißensee. Freitag, den 15. August, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Widdermühlstr. 6.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Märchenerzählerin.

Märchenerzählerin — früher, als die Welt sich noch nicht so schnell drehte, war es die Großmutter, auch noch lange, lange Zeit, nachdem der Spinnrocken verschwunden war. Wenn es dämmerte, saßen sich die Kleinen zu Füßen der Großmutter, schauten ihr erwartungsvoll in das gültige Gesicht und sie begann dann zu erzählen: von den drei Männlein im Walde und der Heze und dem Knusperhäuschen und von dem tapferen Schneiderlein und vom Aschenputtel, und die Kleinen machten ganz große Augen, und wenn die Geschichte recht gruselig wurde, dann kuschelten sie sich in die Rockfalten der Großmutter und sie strich ihnen beruhigend über den blonden oder braunen Scheitel.

Die Großmütter von heute in den Kreisen, die sich zur „Gesellschaft“ rechnen, verstehen mehr vom Kurzweil als vom Volksmärchen, und gar den Enkel-Märchen zu erzählen, haben sie gar keine Zeit. Die Großmütter von heute, elegant frisiert und geschmückt, mit sechzig Jahren noch die Frau von dreißig vorwärtend, müssen in Gesellschaften und ins Theater und müssen flirten und auch einmal den neuen Tango-Tanz ausprobieren. . . . sie sind alles, was eine müßige Frau sein kann, nur keine Märchenerzählerin.

Da setzt sich auch hier ein ökonomisches Gesetz durch, daß ein Gegenstand, der durch die Wandlung der Verhältnisse nicht mehr im Haus zum eigenen Gebrauch angefertigt wird, als Ware auf dem Markt auftritt. Früher braute sich jeder seinen Hausbrot selber, heute haben wir Hunderte von Großbäckereien L.-G. Früher erzählte die Großmutter die Märchen, heute — darüber gibt folgende Anzeige aus der Tageszeitung einer preussischen Großstadt Aufschluß:

### Märchenerzählerin.

Im den Herrschaft, ihre Kinder für einige Stunden des Tages sorglos zu entziehen, erzähle ich diesen in deren Hause Märchen. Es wird mehrere befreundete Kinder, je abwechselnd in deren Hause, für jede Stunde zusammengebracht. Eine von allen Kindern kaum zu erwartende Stunde, bezweckt auch gleichzeitig eine Erholung ihrer Angehörigen. Preis per Stb. 1 M. Abonn. bil. Off. u. S. 315 Exp.

Aber selbst wenn diese erste berufsmäßige Märchenerzählerin ein besseres Deutsch spricht als sie schreibt, wird sie, fürchten wir, nicht auf ihre Kosten kommen, denn nicht nur die Großmütter, auch die Kinder haben sich gewandelt: fürmisch verlangen sie, statt sich über Hänsel und Gretel etwas vorzuzählen zu lassen, in den Kienlopp, wo als neuester Sensationsfilm für die Jugend Kottlappchen gegeben wird (mit einem echten Wolf aus Hagenbeds Tierpark in Stellingen!) . . .

### Festnahme einer Diebesbande.

In Hamburg wurden ein Fensterputzer Wodenfuß und zwei Irenwörter festgenommen, die durch Bandendiebstahl in Hamburg und Berlin in mehr als 50 Einbruchsfällen, außerdem auch in Wien Waren im Werte von mehreren Hunderttausend Mark erbeutet haben; in Hamburg und in Wandbeck wurden ihre Warenlager, die sie in eigens gemieteten Räumen untergebracht hatten, beschlagnahmt; man vermutet, daß noch weitere existieren. Wodenfuß, der erst im Oktober 1912 eine siebenjährige Zuchthausstrafe beendet hatte, hat auch vielfach Postbriefkästen beraubt und die dabei erbeuteten Geschäftsbriefe zu Betrügereien aller Art benützt.

### Ein Duell zwischen Vater und Sohn.

In dem französischen Dorfe Suffière im Departement Creuse beschloß der Pächter Vlanchar und sein Sohn Jean, die beide in das gleiche Mädchen verliebt waren, ihren Streit durch einen Zweikampf zu entscheiden. Einzige Zeugin dieses Duells war die ungewundene Geliebte. Nachdem zuerst jeder drei Revolverkugeln abgegeben hatte, gingen die Kämpfer mit dem Messer aufeinander los. Jean tötete seinen Vater durch einen Stich in die Brust. Der Mörder wurde verhaftet.

### In den französischen Alpen verirrt.

Drei deutsche Studenten, die an der Universität Grenoble Vorlesungen hören, sind am 8. d. Mts. zu einer Bergtour nach der Casque du Keron aufgebrochen. Die Bergtour gilt als sehr gefährlich und unzugänglich und die Touristen werden vor dem Besteigen der Gegend gewarnt. Bergbewohner hörten aus den Bergen verzweifelte Hilferufe, die jedenfalls von den Studenten herrührten, und versuchten nach der Stelle zu gelangen. Ihr Verbleiben blieb jedoch ergebnislos. Nun ist am Montagmorgen gegen 3 Uhr eine Gruppe Alpinisten nach dem Unglücksort abgegangen, um, falls dies noch möglich ist, den Deutschen Hilfe zu bringen. Bis jetzt aber sind sie noch nicht zurück.

### Kleine Notizen.

Schweres Bootunglück in Triest. Ein mit fünf Personen besetztes Boot, das von der Küste ins offene Meer fuhr, kenterte aus noch unklareren Ursachen. Drei von den Insassen konnten gerettet werden, eine Dame ist ertrunken, der fünfte Insasse, eine junge Wiener Kontoristin, wurde von einem Haifisch in die Tiefe gezogen.

Aus der besten der Welten. Oittore Rot hat in Curin bei Amiens eine Frau Francoise zu einer ungeliebten Tat getrieben. Sie erhängte zwei ihrer ungeliebten Kinder im Alter von zwei und drei Jahren und nahm sich darauf selbst das Leben.

Soldaten als Einbrecher. In Verdun brachen am Sonntag nachmittags der Sergeant Dupuy und der Soldat Kenouard vom 10. Jägerbataillon bei einem Juwelier ein und stahlen eine Menge Schmuckwaren. Als sie flüchten wollten, versperrte ein Infanterist vom 164. Regiment ihnen den Weg und veranlaßte ihre Verhaftung durch die Polizei.

### Jugendveranstaltungen.

Franz-Buchholz. Die Arbeiterjugend spielt jeden Mittwoch abends 8 Uhr und Sonntag nachmittags von 3-6 Uhr. Treffpunkt: Hauptstraße, Ecke Vorstraße. Wir bitten die Eltern, ihre Kinder auf diese Spiele und Veranstaltungen hinzuweisen. Der Jugendausflug